Nr. 1
Juli/August '97

Enough is enough!

4,- DM

Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik und Kultur in Schleswig - Holstein

Themenschwerpunkt Lübeck:

Brandanschläge, Nazis und Staatsanwälte



Aus dem Inhalt:

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

„Go together" sagten sich die Redaktionen von ATZE Kiel und AZ Lübeck - so entstand die Idee, aus zwei regionalen schleswig-holsteinischen Antifa-Zeitungen eine Zeitschrift für ganz Schleswig-Holstein zu machen.

Die Enough is enough *soll aber mehr werden als einfach die Addition ihrer Vorgängerinnen: Die Vorzüge beider Zeitungen beibehalten (detaillierter Hintergrund, Theorie und Debatte der* ATZE, *Praxisbezug und Aktualität der* AZ*), ein besseres Layout und einen höheren Verbreitungsgrad erreichen, das ist unser Ziel.*

Viele Ziele

Vor allem aber wollen wir mit der neuen Zeitschrift auf die aktuellen Entwicklungen in antifaschistischer und antirassistischer Politik reagieren. Nicht zufällig ist den Tendenzen innerhalb der faschistischen Szene Schleswig-Holsteins viel Raum gewidmet: mit dem Aufmarsch in Bad Segeberg haben die Nazis gezeigt, daß sie mobilisierungsfähig sind, über die Grenzen ihrer einzelnen Organisationen hinweg. Dazu korrespondiert die Zusammenarbeit zwischen REPs und NPD (mindestens) in Lübeck. Zu den Ergebnissen dieses braunen Aufschwunges gehört der Brandanschlag auf die St. Vicelin-Kirche in Lübeck - pünktlich in der Nacht nach dem Aufmarsch in Segeberg, der seine Fortsetzung mit Schmieraktionen und einem weiteren Brandanschlag auf eine Kirche -der St. Augustinus-Gemeinde- in Lübeck fand; eine militante Kampagne der Faschisten.

Eine antifaschistische Politik, die diesen Tendenzen erfolgreich entgegentreten will, kommt nicht ohne Hintergrundinformationen aus: die Drahtzieher im braunen Netz identifizieren und ihre Namen und Gesichter publik machen, das ist und bleibt Aufgabe einer unabhängigen antifaschistischen Presse.

Der Kampf gegen die Faschisten und gegen den staatlichen und gesellschaftlichen Rassismus müssen Hand in Hand gehen - deshalb werden Berichte und Kommentare zu Asyl- und Flüchtlingspolitik, zum rassistischen Normalzustand fester Bestandteil der Zeitschrift sein. In dieser Ausgabe halten sich die Themenkomplexe ziemlich die Waage, in Zukunft kann es vorkommen, daß sich dies zur einen oder anderen Seite verschiebt - wir machen das von der jeweiligen Lage abhängig. Auch Artikel zu historischen Themen, sowie Diskussionsbeiträge sind geplant, die kulturelle Seite -der Verzerrer- mit Plattentips wurde von einer der beiden Zeckenfunk-Redaktionen gestaltet. Der Zeckenfunk ist das Radio-Projekt des Lübecker Bündnis, er sendet alle zwei Wochen Donnerstags im Lübecker Offenen Kanal.

Zusammenarbeit in Schleswig-Holstein

Die Arbeit von Basisbewegungen findet vor Ort statt - auf kommunaler Ebene. Aber sie kommt ohne Vernetzung, Koordination und Zusammenarbeit nicht aus. Diese Position gehört zum Hintergrund und der Entstehung der Enough is enough, ist aber gleichzeitig auch unser Ziel: wir werden über Ereignisse und Aktivitäten aus Städten und Gemeinden berichten und streben an, über die Zeitschrift auch mehr Zusammenarbeit von Personen, Gruppen und Initiativen zu erreichen. Dabei kommt es natürlich auch auf Euch, die Leserinnen und Leser, an. Interessante Fotos, Artikel, Termine, Karikaturen und Tips sind von uns heiß begehrt (ganz toll, wenn Eure Beiträge sogar noch auf Diskette kommen!).

Unterstützen könnt Ihr uns natürlich auch, indem Ihr die Zeitung weiterverkauft, bzw. feste Verkaufsstellen in Kneipen, Cafés, Infoläden und Zentren einrichtet. Natürlich gibt es bei der Abnahme von mehreren Exemplaren auch Rabatt (siehe letzte Seite).

Vielleicht drängt sich die Frage bei Euch auf, wen Ihr denn da eigentlich unterstützen sollt, wer also die Zeitung macht. Die frühere ATZE-Redaktion, zusammengesetzt aus verschiedenen Kieler Gruppen und Einzelpersonen, die sich mit dem Thema Antifaschismus beschäftigen, arbeitete selbstständig. Vor kurzem feierte sie ihr zehnjähriges Bestehen.

Die Lübecker AZ dagegen war die letzten fünf Jahre die Zeitung des Lübecker Bündnis gegen Rassismus. Insgesamt blickt auch die AZ auf stolze zehn Jahre des Erscheinens zurück. Ab September 1996 brachte das Lübecker Bündnis statt der AZ das **PROZESSINFO** *zum Verfahren gegen Safwan Eid wegen des Brandanschlags Hafenstraße heraus. In 22 Infos wurde jeder Verhandlungstag berichtet und kommentiert. Erfahrung in Kiel und Lübeck mit der Herausgabe von Publikationen ist also reichlich vorhanden, in diesen beiden Städten sitzen folglich die Kernredaktionen. Bereits zur vorliegenden Ausgabe ist es gelungen, KorrespondentInnen aus den wichtigsten Regionen Schleswig-Holsteins zu gewinnen. Dies schlägt sich in unserem Regionalteil „Von Nord nach Süd" nieder.*

Wir sind gespannt auf Eure Reaktionen, jedenfalls erst einmal viel Spaß beim lesen!

Wünscht Euch

Die



-Redaktion

Enough is enough!

Zeitschrift für antirassistische und antifaschistische Politik und Kultur in Schleswig - Holstein

Hg.:
Enough is Enough-
Redaktionskollektiv/Kiel,
Lübecker Bündnis gegen Rassismus

Redaktion:
c/o *Initiativenzentrum*
Schweffelstraße 6
24118 Kiel

Abo und Vertrieb:
c/o *alternative*
Willy-Brandt-Allee 9
23554 Lübeck

V.i.S.d.P.: A. Hoffmann

Bankverbindung:
C. Kleine
Kto. 566406-201
Postbank HH
BLZ 200 100 20
Stichwort: *„Enough“*

Auflage: 1500

Erscheinungsweise:
4x/Jahr

Nachdruck:
In antirassistischen und antifaschistischen Publikationen mit vollständiger Quellenangabe, sonst nur nach Rücksprache mit der Redaktion

Abo:
20,- DM für 4 Ausgaben,
ab 5 Exemplaren 20% Rabatt
ab 30 Exemplaren 25% Rabatt

Inhalt



Biedermänner und Brandstifter greifen Kirchenasyl an!

In der Nacht zu Sonntag den 25. Mai wurde ein faschistischer Brandanschlag auf die katholische St. Vicelin-Kirche in Lübeck verübt. Die im Stadtteil St. Jürgen gelegene Kirche wurde durch das Feuer fast vollständig zerstört. Die Täter hinterließen auf der Kirchenmauer fünf Hakenkreuze in weißer Farbe, dazu den Namen "Harig". Drei weitere, sehr ähnliche Anschläge, folgten dann im Juni.



Hintergrund: die evangelische St.-Marien-Gemeinde und der ihr vorstehende Pastor Harig gewähren seit dem 9. Mai einer algerischen Familie Kirchenasyl.

Konservative und Neofaschisten - Hand in Hand!

Dieser Umstand hatte bereits kurz nach Bekanntwerden zu heftigen Reaktionen auf konservativer und neofaschistischer Seite geführt. Gehetzt werden durfte in den *Lübecker Nachrichten (LN)*, einem Springer-Blatt mit Monopolstellung. Hierbei tat sich besonders der Kreisvorsitzende der Lübecker *CDU* und schleswig-holsteinische Landtagsabgeordnete **Thorsten Geißler** hervor. Er nannte den Schritt „völlig unverständlich", und außerdem: „Kirchen sind keine rechtsfreien Räume. In einem Rechtsstaat entscheiden über die Gewährung von Asyl nicht Kirchenvorstände, sondern legitimierte Behörden und unabhängige Gerichte", so Geißler. Auch der Lübecker Kreisverband des Evangelischen Arbeitskreises der *CDU* drückte sein Bedauern über die Entscheidung der St.Marien-Gemeinde aus. Daß über Kirchenasyl immer erst dann nachgedacht wird, wenn die rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft sind, leuchtet den Konservativen scheinbar nicht ein. Aufgegriffen wurde die CDU-Hetze auch vom Stockelsdorfer Neofaschisten **Jörn Lemke**. In einem betont harmlos formulierten Leserbrief, den die *LN* am Pfingstwochenende an exponierter Stelle (Rubrik *Leser-Meinung*) abdruckten, stimmte er der *CDU* voll und ganz zu. Eben jener Jörn Lemke sollte nur eine Woche später, am Sonnabend den 24. Mai, also am Tag vor dem Brandanschlag auf die St. Vicelin-Kirche, als Träger des Leittransparentes des Nazi-Aufmarsches in Bad Segeberg auftreten (siehe auch Artikel „Back on the streets").



Jörn Lemke (rechts) auf dem Nazi-Aufmarsch in Bad Segeberg

LESER-MEINUNG

Kirche hat andere Aufgaben

Von JÖRN LEMKE, Stockelsdorf

Zum Streit um das Kirchenasyl für algerische Familie: Ich stimme der CDU voll und ganz zu, da dieses Verhalten nicht nur „völlig unverständlich", sondern auch rechtlich höchst bedenklich ist. Wenn ein Gericht in einem freiheitlichen Rechtsstaat den Asylantrag in mehreren Instanzen ablehnt und sogar die Härtefallkommission dem Antrag nicht zustimmt, hat die christliche Kirche nicht das Recht, dies zu ignorieren. Da die Abschiebung von unabhängigen deutschen Gerichten angeordnet wurde, muß sich auch die Kirche diesem Beschluß fügen.

Meiner Meinung nach sollte die Kirche sich vorrangig um andere gesellschaftspolitische Dinge kümmern. Oder hat die Kirche den vielen Obdachlosen, die im Winter unter Brücken schlafen mußten und dort teilweise erfroren sind, Kirchenasyl gewährt? Sorgt die Kirche dafür, daß alle Familien, die der Kirche angehören für ihre Kinder einen Kindergartenplatz bekommen? Ich bitte daher alle Kirchenmitglieder, darüber nachzudenken.

Schon wieder St. Jürgen!

Der erneute faschistische Anschlag in Lübeck ereignete sich im Stadtteil St. Jürgen. In eben diesem Stadtteil hat es innerhalb des letzten Jahres eine ganze Reihe faschistisch motivierter Anschläge gegeben (siehe Kasten „Kette faschistischer Gewalt"). Daß es dort einen Bodensatz von rechtsorientierten bis faschistischen Jugendlichen gibt, demonstrierten auch die Ereignisse auf der Mahnwache am Tag nach dem Brandanschlag. Dort provozierten ca. ein Dutzend Jugendliche aus dem Stadtteil. Als sie schließlich auch noch eine Reichskriegsflagge ausbreiteten, schritten einige entschlossene AntifaschistInnen ein und nahmen ihnen die Flagge ab. Nun sah sich auch die Polizei genötigt einzugreifen. Es blieb allerdings bei der Personalienfeststellung und einer kurzen Durchsuchung des Rucksacks eines jungen Neofaschisten.

Faschistische Provokationen...

Auch die organisierte militante neofaschistische Szene meldete sich zu Wort: in einem Flugblatt, das in der Woche nach dem Brandanschlag in der Nähe der abgebrannten Kirche in einigen Briefkästen landete, werden Linke und AntifaschistInnen für den Brand verantwortlich gemacht. Presserechtlich verantwortlich für dieses Pamphlet zeichnet der ehemalige Vorsitzende der inzwischen verbotenen neonazistischen *Nationalen Liste* **Thomas „Steiner" Wulff** aus Hamburg. Herausgegeben wurde das Flugblatt von einem sog. *„Aktionskomitee für HARIGe Angelegenheiten"*. Dahinter steckt das *„Nationale und Soziale Aktionsbündnis Norddeutschland"*, ein Zusammenschluß militanter Neofaschisten, wie *Bund für Gesamtdeutschland (BGD)*, *Junge Nationaldemokraten (JN)*, *Freie Nationalisten* etc. (siehe ebenfalls Artikel „Back on the streets"). Am 27. Mai meldeten die Lübecker Neofaschisten **Jürgen Gerg** und **Ulrich Schwetasch** zwei Demonstrationen für den 31. Mai an. *NPD*-Mitglied Gerg kündigte unter dem Motto „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche" verschiedene Redner der *JN* an. Schwetasch gab sich als Vertreter eines *VBündnis Rechts für Lübeck"* zu erkennen. Hinter dem Bündnis stehen nach seinen Angaben Mitglieder der *Republikaner*, der *NPD*, Teile der *DVU* und *„nicht gebundene Rechte"*. Das Motto dieser Nazi-Demo sollte lauten *„Kirchenasyl - Wider Gesetz und Recht!"*. Ein Motto also, daß der *CDU*-Hetze gegen das Kirchenasyl mehr als ähnlich ist. Der Anmelder Schwetasch ist seit Anfang der 80er Jahre aktiver Nationalsozialist und war in dieser Zeit am Aufbau von *NPD/JN-Strukturen* im Kreis Segeberg führend beteiligt. Später war er in der *DVU* aktiv, aus der er jedoch nach Streitigkeiten mit Parteichef **Gerhard Frey** ausgeschlossen wurde. Nachdem er sich versuchsweise bei Linken in Lübeck angebiedert hatte, tritt der zur Zeit trockene Alkoholiker Schwetasch wieder ganz offen als Neonazi auf. So nahm er unter anderem an einem Nazi-Aufmarsch am 1. Mai im niedersächsischen Hannoversch-Münden teil.

... und die Republikaner

Auch die *Republikaner* wollten am 31. Mai an die Öffentlichkeit. Zum Thema „Widerstand gegen den Euro-Wahnsinn" sollte eine Saalveranstaltung im philipinischen Restaurant *Marquez* in Lübeck-Moisling stattfinden. Als Redner war der ehemalige baden-württembergische Landtagsabgeordnete der *Republikaner* **Dr. Richard Eckert** vorgesehen. Diese faschistischen Provokationen konnten nicht unbeantwortet bleiben!

Nazi-Aktivitäten verhindert!

So kündigte das *Lübecker Bündnis gegen Rassismus* sofort Gegenaktionen für den 31. Mai an. Daraufhin wurden beide geplanten Nazi-Aufmärsche vom Ordnungsamt verboten. Das Verwaltungsgericht bestätigte das Verbot.



Schluß mit der Kriminalisierung der Nationalen Opposition!

Die Forderung nach politischen Verboten ist ein Zeichen der Hilflosigkeit einer argumentationsschwachen linksliberalen Kaste.

Das Verbot nationaler Gruppierungen ist ein Zeichen der Angst eines bankrotten Staatssystems vor einer jungen, politischen Alternative.

Aktionskomitee für HARIGe Angelegenheiten

viele Freie Nationalisten, Bund für Gesamtdeutschland (BGD), Initiative gegen Drogenfreigabe und Junge Nationaldemokraten - Schleswig-Holstein (JN)

im NATIONALEN UND SOZIALEN AKTIONSBÜNDNIS NORDDEUTSCHLAND



Ulrich Schwetasch (rechts) beim Nazi-Aufmarsch am 1. Mai in Hannoversch-Münden



Schriftsteller Günter Grass vor seiner beschmierten Bürotür

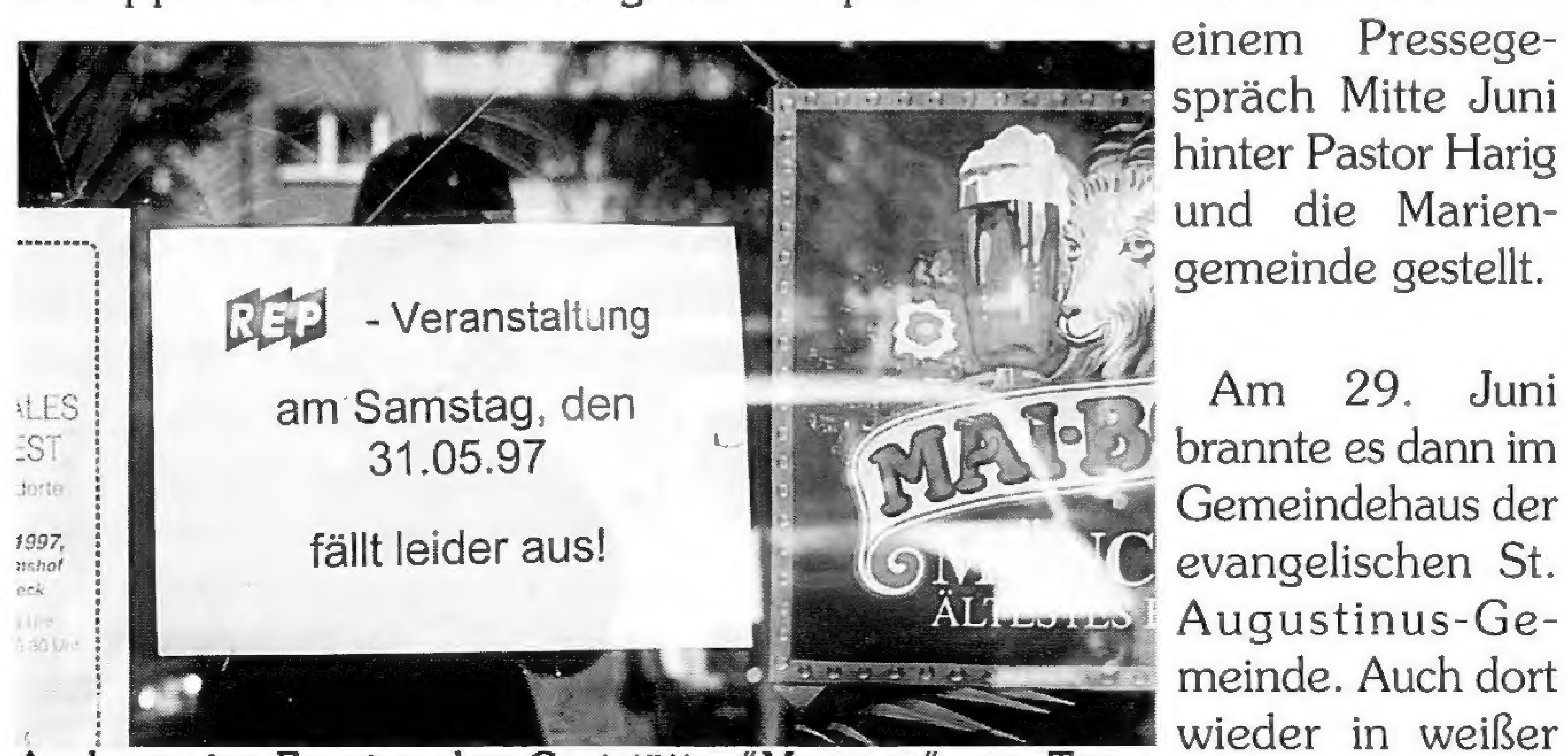
Die Veranstaltung der *Republikaner* wurde wegen zu erwartender Ruhestörung mit dem Verweis auf das Gaststättengesetz verboten. So fand die *Republikaner*veranstaltung konspirativ organisiert im internen Kreis in einem Restaurant im Lübekker Stadtteil Kücknitz statt. Allerdings sprach nicht, wie angekündigt, Dr. Eckert -im war abgesagt wordensondern nur der neue *REP*-Kreisvorsitzende **Torsten Mey**. Die antifaschistische Demonstration "Gegen Biedermänner und Brandstifter" hingegen konnte wie geplant am 31. Mai stattfinden. Ca. 800 Menschen verhinderten so ein offenes Auftreten von Faschisten in Lübeck - nur eine Woche nach dem Brandanschlag auf die Vicelin-Kirche.

Aufgeklärt?

Inzwischen scheint der Brandanschlag aufgeklärt zu sein: Mitte Juni wurde gegen den 19jährigen **Christian Prudlo** Haftbefehl erlassen. Er soll nach eigenen Angaben einen Schuppen an der Kirche aufgebrochen und mit einer Signalpistole auf darin stehende Gasflaschen geschossen haben. Dabei ging der Schuppen in Flammen auf. Das Feuer griff von dort auf das Kirchendach über. Der 15jährige Bruder des Brandstifters, **Daniel Prudlo**, soll zusammen mit dem 17jährigen **Dennis Tretow** die Kirchenwände beschmiert haben. Alle Tatverdächtigen kommen aus St. Jürgen und sind der dortigen rechten Jugendszene zuzuordnen. Mittlerweile hat Christian Prudlo sein Aussageverhalten geändert, wahrscheinlich riet ihm seine Anwältin dazu, weitere Aussagen zu verweigern.

Unaufgeklärt!

Mit dem Anschlag auf St. Vicelin war die neofaschistische Kampagne gegen das Kirchenasyl jedoch nicht beendet: am Mittwoch, den 25. Juni wurden an die evangelische Jakobikirche und an die Haustür zum Büro und Archiv des Schriftstellers Günter Grass je zwei Hakenkreuze und der Schriftzug „Harig" gesprüht. Günter Grass hatte sich in einem Pressegespräch Mitte Juni hinter Pastor Harig und die Mariengemeinde gestellt.



Aushang im Fenster der Gaststätte "Marquez" am Tag vor der geplanten Veranstaltung

Am 29. Juni brannte es dann im Gemeindehaus der evangelischen St. Augustinus-Gemeinde. Auch dort wieder in weißer Farbe gesprühte Hakenkreuze und die Drohung „Harig, wir kriegen dich". Vergleicht man die Schriftzüge, steht fest, daß zumindest die letzten beiden Anschläge von den gleichen Tätern begangen wurden.

Bei dem Brandanschlag auf St. Augustinus entstand Sachschaden von mehreren zehntausend DM, obwohl das Feuer von einem Passanten relativ schnell bemerkt worden war und die Feuerwehr nur wenige Minuten später am Brandort eintraf. Ein 33jähriger Mann wurde zwar am Tag nach dem Anschlag festgenommen, hatte sich aber lediglich verdächtig gemacht, weil er sich der Festnahme entziehen wollte. Er wurde wieder auf freien Fuß gesetzt.

Die Verlautbarungen von Polizei und Staatsanwaltschaft (StA Dr. Böckenhauer...) waren bezeichnend: es sei nicht sicher, ob es einen politischen Hintergrund bei dem St.-Augustinus-Anschlag gebe.

Konsequent!

Die Konsequenz aus dem Brandanschlag für die antifaschistische Arbeit muß sein, der Hetze von konservativer und neofaschistischer Seite, vor allem gegen Flüchtlinge, noch schärfer entgegenzutreten und sowohl die Biedermänner, als auch die Brandstifter aus ihrer (teilweisen) Anonymität heraus an die Öffentlichkeit zu zerren.

Flüchtlinge schützen!

Kein Fußbreit den Faschisten!

SBW

St. Jürgen: Kette faschistischer Gewalt

St. Jürgen war in der Vergangenheit mehrmals Ort von faschistischen Aktivitäten:

Juni '96: Feuer im StudentInnen-Wohnheim der Fachhochschule Lübeck. Ein Student stirbt. Die Namen aller nicht deutschen StudentInnen an den Klingeln der Eingangstür sind durchgestrichen. Als Hakenkreuzschmierereien entdeckt wurden, versuchte die Polizei den Vorfall zu vertuschen. Die Öffentlichkeit wurde mit dem Hinweis auf einen technischen Defekts ruhig gestellt.

2. August '96: Ein junges Paar vereitelt einen Brandanschlag auf das türkische Lokal „Marmara". Die Gaststätte liegt im Erdgeschoß eines StudentInnen-Wohnheimes, in dem 55 Menschen schlafen. Die Polizei findet auf dem Parkplatz zwei Molotov-Coctails; auf die Fenster des Lokals und mehrere Autos wurden mehrere schwarze Hakenkreuze gesprüht.

16. Januar '97: Unbekannte malen drei 20 Zentimeter große Hakenkreuze an das Haus von Bischof Karl Ludwig Kohlwage, außerdem erhält er einen Drohanruf: wer für Schwarze einstehe, dem stecke man das Haus über dem Kopf an, sagt eine Stimme.

17. Januar '97: Ein Jahr ist seit dem Anschlag auf das Flüchtlingswohnheim in der Hafenstraße vergangen. Am Abend ist ein Gedenkgottesdienst in der St. Jürgenkapelle an der Ratzeburger Allee vorgesehen. Am Morgen zuvor werden an der Kirchenwand fünf mit mattweiser Farbe aufgesprühte Hakenkreuze und faschistische Parolen entdeckt. Noch vor Beginn des Gottesdienstes werden sie entfernt.

26. Februar '97: Eine Gartenlaube auf dem Grundstück des Bischofs Kohlwage wird angezündet. Am Wintergarten hinterlassen die Täter Hakenkreuze, gesprüht mit weißer Lackfarbe. Wie schon im Januar sind die Kreuze spiegelverkehrt.

25. Mai '97: Brandanschlag auf die St. Vicelinkirche. Die Täter hinterlassen fünf mit weißer Farbe gesprühte Hakenkreuze und den Namen eines evangelischen Pastors an der Kirchenwand. Sie setzen einen angrenzenden Holzschuppen in Brand, von dem aus das Feuer später auf die Kirche übergreift.

Interview: Pastor Harig



Welche Kriterien muß ein Asylbewerber erfüllen, damit ihm Kirchenasyl gewährt wird?

Kirchenasyl hat folgende Voraussetzungen,erstens müssen alle rechtsstaatlichen formalen Schritte, die überhaupt möglich sind, gelaufen sein. Solange es noch irgendeinen staatlichen Verfahrensweg gibt, solange besteht noch Hoffnung und solange gibt es kein Kirchenasyl. Erst wenn das Verfahren gelaufen ist, kann der Fall also überhaupt eintreten. Und er kann auch erst dann eintreten, wenn man beim Prüfen dieses Falles zu der Einschätzung kommt, daß anzunehmen ist, daß dem Asylbewerber, der abgeschoben werden soll, Gefahr an Leib und Leben droht, eine Foltersituation zu befürchten ist oder eine nach unserem Rechtsempfinden unverhältnismäßige Bestrafung zu erwarten ist. Auf diese drei Fälle grenzt es sich ein.

Können wirtschaftliche Gründe eine Rolle spielen?

Nein, es geht um ein politisches Asyl im strengen Sinn. Es geht nicht um einen Fall von Sozialhilfe - eindeutig nicht.

Wie stehen sie zur Parole: „Bleiberecht für alle!" ?

Die halte ich für naiv. Beim Kirchenasyl geht es nicht um die Parole: „Bleiberecht für alle!". Es geht um den Schutz von Leuten, die unmittelbar gefährdet sind, an Leib und Leben.
Es geht um Situationen, in denen die Menschenrechte komplett und ganz und gar auf dem Spiel stehen.

Am 25.Mai wurde die katholische St.Vicelin - Kirche bei einem Brandanschlag vollständig zerstört. Ihr Name neben fünf Hakenkreuzen auf die Kirchenmauer gesprüht. Welches Ziel verfolgten die Brandstifter Ihrer Meinung nach mit dem Anschlag?

Ich nehme nach wie vor an, daß die Brandstiftung durch einen Zeitungsartikel ausgelöst worden ist, in dem auch mein Name genannt war. Ich habe das Kirchenasyl öffentlich für den Kirchenvorstand vertreten, da ich im Moment Vorsitzender dieses Gremiums bin. Was die Brandstifter bezweckt haben, das weiß ich natürlich auch nicht, weil ich nicht mit ihnen geredet habe. Ich nehme schon an,



Mehrere Hundert SchülerInnen demonstrieren gegen rechte Gewalt...

daß eine Menge an der Überschrift der „Lübecker Nachrichten“ dran ist: „Aus Frust!“. Es kommt darauf an, den Frust zu verstehen. Da sind Leute frustriert und haben etwas getan, was sie sicher so nicht überblickt haben.

Haben politische Motive Ihres Erachtens einen Rolle gespielt?

Ich kann und will das natürlich nicht ausschließen. Aber ich bin ja auch im Zustand der Vermutung. Die Polizei, hoffe ich, weiß das, und es wird dann hoffentlich auch öffentlich werden, warum sie es getan haben und ob Politik eine Rolle gespielt hat.

Wie gehen sie mit der Kritik aus konservativen Kreisen, insbesondere mit der des Lübecker CDU - Kreisvorsitzenden und schleswig - holsteinischen Landtagsabgeordneten Thorsten Geißler um, der im Bezug auf das Kirchenasyl von Rechtsbruch spricht?

Die Diskussion darüber hat angefangen. An unserer Entscheidung haben wir keinen Anlaß, etwas zu ändern. Da hat es auch keine Unsicherheit gegeben. Das Gespräch mit denen, die dagegen sind, hat angefangen. Es ist auch schon die Frage gestellt worden, ob nicht zum Beispiel die Äußerung von Herrn Geißler und Frau Pohl-Laukamp, daß wir nichts wüßten, daß es falsch sei und daß die Kirche kein rechtsfreier Raum sei, nicht auf diesen oder jenen in seiner Gegnerschaft bestätigend gewirkt hat. Aber darüber ist zu diskutieren.

Wie sieht die Diskussion innerhalb der Kirche nach dem Brandanschlag zu den Themen Kirchenasyl und Neofaschismus aus?

Es gibt einen sehr starken Zusammenhalt der Kirche in der Unterstützung unserer Entscheidung. Ich habe noch nie den Rücken so freigehabt, zur Kirche hin, wie bei dieser Aktion. Die ökumenische Verbindung hat noch einen Schub bekommen. Dadurch, daß wir was entschieden haben und die anderen eine sehr böse Folge davon getragen haben, ist so eine Art Verbundenheit hergestellt worden. Diese ist schon irgendwie neu und wir erleben sie auch sehr bewußt, das kann man eigentlich für beide Seiten sagen. Wir haben jetzt die Aufgabe, auf das zu reagieren, was da ausgelöst worden ist. Da sind wir in der Verantwortung und hoffen, daß wir mit vielen zusammenarbeiten können, die das genauso erleben wie wir.

Was fordern Sie von Stadt, Staat und Gesellschaft?

Ich wünsche mir schon und das kann ich auch für den ganzen Kirchenvorstand sagen, daß es so etwas wie einen Kurswechsel gibt in Sachen Umgang mit Fremdem und Fremden. Ich erwarte nicht, daß das in drei Tagen geschieht. Das ist ein komplizierter Prozeß, der sich über eine ganze Zeit hinstrecken wird. Einzelne Elemente dieses Kurswechsels sind ja auch bekannt, das sind Forderungen, die schon lange auf dem Tisch liegen, z.B. die Änderung des Staatsbürgergesetzes. Außerdem brauchen wir ein Einwanderungsgesetz. Das ist die einzig vernünftige Form mit denen umzugehen, die aus wirtschaftlichen Gründen kommen - was ja nicht übel zu nehmen ist, wie ich finde. Nur darüber kann geregelt werden, wieviel geht und wieviel nicht geht.

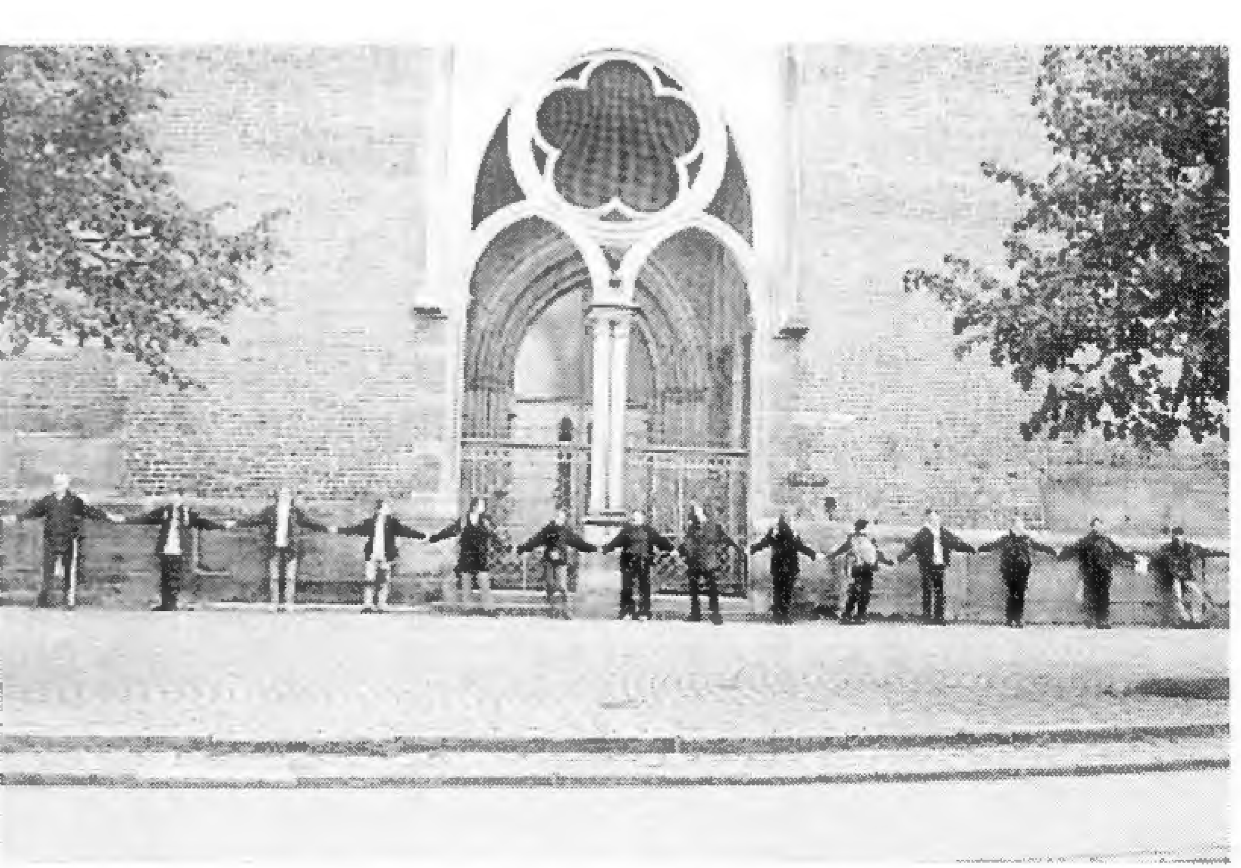
Am Montag nach dem Brandanschlag organisierte die Gruppe „Basta - Linke Jugend“ eine Demonstration, an der ca.350 SchülerInnen teilnahmen. Sie trug das Motto: „Kein Vergeben, kein Vergessen“ - Den Rechten Terror bekämpfen!“. Wie stehen Sie zu dem Motto?

Mir ist die Aktion erst kurz vorher bekannt geworden. Als ich dann rüberging, kam ich schon zu spät. Ich hätte die SchülerInnen gern alle in die Kirche eingeladen, um mit ihnen dann über das Motto zu reden. Ich halte das Motto nicht für der Weisheit letzter Schluß. Man kann sehr wohl vergeben und man muß sehr wohl vergeben können, was aber nicht heißt, daß man sich aus der Verantwortung stiehlt oder andere aus der Verantwortung entläßt.

Welche Probleme, glauben Sie, kommen noch auf die Gemeinde in Bezug auf das Kirchenasyl zu? Brauchen Sie noch Hilfe und Unterstützung?

Ja! Wir brauchen auf jeden Fall noch eine Menge Hilfe und Unterstützung. Wir werden sie brauchen. Im Moment haben wir alles, aber das wird nicht immer so bleiben. Wir werden ganz bestimmt noch - auch öffentlich - um Hilfe bitten bzw. auf die ganzen Hilfsangebote zurückkommen, welche wir bekommen haben. Wir brauchen immer Zeit von einzelnen Menschen zur Betreuung der Familie und Geld, um sie zu versorgen, daß liegt ja komplett bei uns. Das Entscheidende ist nicht, was in den ersten vier Wochen passiert, sondern was nach einem Jahr, nach anderthalb Jahren oder wenn es schlimm kommt nach zwei Jahren passiert - das ist der eigentliche Punkt. Ein Kirchenasyl dauert im Regelfall ja sehr lange.

SBW
(22. Juni '97)


... und stellen sich schützend vor das Kirchenasyl!

Keine Abschiebungen! -Auch nicht nach Algerien!

Seit dem 9.Mai 1997 befindet sich eine algerische Familie im Kirchenasyl der St. Marien-Gemeinde in Lübeck. Dies führte -wie nicht anders zu erwarten- zu massiven Reaktionen in konservativen und CDU-Kreisen. Der Kirche wurde Rechtsbruch vorgeworfen.

Zwei Wochen später brannte die St. Vicelin-Kirche, sie war mit Hakenkreuzen besprüht und die Schmierereien nahmen eindeutig Bezug auf das Kirchenasyl. Der faschistische Hintergrund der Brandstifter wird von Polizei und Staatsanwaltschaft als „unreflektierte politische Ideologie" abgetan, „die die Jugendlichen aufgeschnappt hätten".

In den Reaktionen der Öffentlichkeit auf diesen Anschlag trat die Situation der algerischen Familie und die Tatsache, daß er auch ihr galt, in den Hintergrund. Wir möchten daher an dieser Stelle einen Überblick über die politische Situation in Algerien geben und darstellen, wie in der BRD mit algerischen Flüchtlingen umgegangen wird.

Die politische Situation in Algerien

Algerien ist der zweitgrößte Staat Afrikas und fast siebenmal so groß wie die BRD. Mit etwas über 27 Millionen EinwohnerInnen ist es relativ dünn besiedelt. 1830 wurde Algerien französische Kolonie. Die Unabhängigkeit wurde 1962 erst nach einem langen und blutigen Befreiungskrieg erreicht. Frankreich blieb bis heute der größte Handelspartner. In den letzten 15 Jahren hat sich das Land dem Westen stark angenähert. Nachdem es Ende der achtziger Jahre zahlungsunfähig war, akzeptierte es die Auflagen des IWF zur Privatisierung von Staatsunternehmen, die Abwertung der Währung und drastischen Einschränkungen von Sozialleistungen. Seit 1991 herrscht in Algerien ein Krieg, in dem bis jetzt ca. 70.000 Menschen ums Leben gekommen sind. In den Medien der BRD hat sich das Bild durchgesetzt, daß „Sicherheitskräfte" einer demokratischen Regierung gegen „terroristische Fundamentalisten" kämpfen. Eine wirklich kritische und differenzierte Berichterstattung erfolgt nicht. 1962 bildete die Befreiungsbewegung *FLN* die neue Regierung und erklärte sich zur Einheitspartei, andere Parteien wurden nicht zugelassen. Eine Opposition konnte sich daher nur im Umfeld der Moscheen bilden. Nach einem 1980 vom Militär niedergeschlagenen „Berber-Aufstand" und der sich 1985 verschärfenden Finanzkrise verstärkten sich soziale Auseinandersetzungen. 1989 versprach der Staat umfassende Reformen einzuführen. Aus den 1990 durchgeführten Kommunalwahlen ging die *FIS* (Islamische Heilsfront) unerwartet als Sieger hervor. Ein von der FIS ausgerufener Streik wurde 1991 von Sonderkommandos der Armee blutig beendet. Tausende FIS-Anhänger und Mitglieder wurden verhaftet. 1992 sollten dann Parlamentswahlen durchgeführt werden. Sie wurden nach dem ersten Wahlgang, den die FIS gewonnen hatte, durch einen Militärputsch unterbrochen und abgesagt. Die Armee ergriff die Macht und ernannte Boudiaf, einen der FLN-Gründer, zum Präsidenten. Gleichzeitig begann eine Großoffensive gegen die FIS. Es wurden über 30.000 Menschen festgenommen, über 12.000 von ihnen verschwanden in vier großen Internierungslagern in der Wüste. Ein bis heute ungeklärtes Attentat auf Boudiaf verschärfte noch den Kurs der Regierung. Schon vorher gab es eine Welle von Bombenanschlägen und Attentaten, die alle den islamischen Parteien angelastet wurden. Dies sicherlich nicht unberechtigt: Tausende von Zivilisten sind von islamischen Gruppen getötet worden. Es wurden politische und religiöse Persönlichkeiten, Geschäftsleute, Lehrer, JournalistInnen - vor allem Frauen - ermordet. Es gab und gibt Entführungen, Vergewaltigungen und wahllose Bombenanschläge. Auf der einen Seite stützt sich die Militärregierung neben Armee und Polizei auf anonyme Sonderkommandos und Todesschwadrone. Auf der anderen Seite gibt es die *GIA* (*Groupe Islamique Armé*), die sich zu einer Terrorgruppe etabliert hat, die nicht nur kritische JournalistInnen umbringt, sondern auch FIS-Führer, die sich an Verhandlungen beteiligen. 1995 ging Zeroual nach massiven Wahlfälschungen als Sieger aus den Präsidentschaftswahlen hervor. Die Parlamentswahlen im Juni diesen Jahres gewann die von ihm gegründete RND (Nationaldemokratische Partei). Auch diesmal beklagten die Oppositionsparteien massive Wahlmanipulationen. Das neugewählte Parlament hat praktisch keine Befugnisse, der Präsident mit der Armee im Hintergrund bleibt die entscheidende Instanz. Der Krieg geht seitdem unvermindert weiter. Bombenattentate treffen PassantInnen in „islamischen" und „regierungstreuen" Vierteln von Algier, „islamische" Dörfer werden aus der Luft angegriffen und zerstört. Sondergerichte haben im ersten Jahr ihres Bestehens über 1100 Todesurteile verhängt, davon 964 in Abwesenheit. Politi-



Abschiebung vom Berliner Flughafen Schönefeld

sche Gegner der Regierung werden systematisch gefoltert. Die Presse wird streng zensiert. Opfer von Regierungsmaßnahmen werden als „Terroristen“ bezeichnet, im Kampf getötet oder auf der Flucht erschossen. Amnesty international, Berichte des amerikanischen Außenministeriums und selbst das Auswärtige Amt ziehen nicht in Zweifel, daß in Algerien gefoltert und hingerichtet wird, die Versammlungs-, Religions- und Pressefreiheit eingeschränkt ist, und Frauen diskriminiert werden.

Algerische Flüchtlinge in der BRD

Die Zahl der in die BRD geflohenen AlgerierInnen stieg von 22 Asylanträgen 1986 auf 11262 1993. Die faktische Abschaffung des Asylrechts in dem Jahr führte dazu, daß die Zahl drastisch sank, auf 1447 im Jahr 1995. 1996 betrug die Anerkennungsqoute 1,17 %. In Schleswig-Holstein leben zur Zeit 490 AlgerierInnen, 165 sind von Abschiebung bedroht. Die meisten Flüchtlinge kommen aus dem Umfeld der FIS und geben entsprechende politische Aktivitäten sowie Verfolgung durch staatliche Organisationen als Fluchtgrund an. Eine weitere Gruppe sind Kriegsflüchtlinge oder Deserteure. Die drittgrößte Gruppe kommt aus dem demokratischen Spektrum des Landes oder waren UnterstützerInnen des Militärregimes. Sie geben an, von Islamisten bedroht zu sein und nicht von der Regierung geschützt zu werden, oder wurden wegen ihres Engagements für Demokratie und Menschenrechte von der Regierung bedroht. Und viele Menschen fliehen einfach, weil sie sich durch die Kriegssituation bedroht fühlen. Die Begründung für die Ablehnung der Asylanträge ist in den meisten Fällen, daß die Flüchtlinge über ein sogenanntes „sicheres Drittland“ eingereist sind. Das Bundesamt interessiert nicht der Fluchtgrund, sondern der Fluchtweg. Asylanträge von FIS-Mitgliedern werden mit der Begründung abgelehnt, die Methoden ihrer Verfolgung seien zwar nicht rechtsstaatlich, aber so weit verbreitet, daß sie von der Bevölkerung hingenommen werden müßten, sie stellen in den Augen der Entscheider keine individuelle Verfolgung dar. Bei Flüchtlingen aus dem demokratischen Spektrum wird argumentiert, sie würden zwar verfolgt, nämlich von den Islamisten, dies sei aber keine staatliche Verfolgung und daher kein Asylgrund. In der BRD leben zur Zeit etwas 23.000 Flüchtlinge aus Algerien, 8000 sind zur Ausreise verpflichtet. Sie werden bei Abschiebungen häufig gefesselt und geknebelt und von Bundesgrenzschutzbeamten begleitet. Diese müssen aber für den gleichen Tag einen Rückflug buchen können, denn *eine Übernachtung in Algier ist zu gefährlich* (!). Von der deutschen und der algerischen Regierung wurde daher jetzt ein „Rücknahmeprotokoll“ ausgehandelt. Danach sollen demnächst algerische Polizisten die „Schüblinge“ auf deutschen Flughäfen übernehmen und selbst nach Algerien begleiten. Die Kosten trägt die BRD. Diese Tatsachen sind in der Öffentlichkeit so gut wie nicht bekannt. Schon lange wird von Flüchtlingsinitiativen ein Abschiebestop nach Algerien verlangt. Aber Innenminister Wienholtz läßt auch aus Schleswig-Holstein weiter abschieben.

Gründe für das Kirchenasyl in Lübeck

Die algerischen Familie, die jetzt zunächst Schutz in der Mariengemeinde gefunden hat , sollte Mitte Mai abgeschoben werden. Das Ehepaar mit vier Kindern,darunter ein vier Monate alter Säugling, war vor knapp fünf Jahren in die BRD eingereist. Der Ehemann war in Abwesenheit zu einer zehn- und dann zwanzigjährigen Haftstrafe verurteilt worden, weil er angeblich an einem Diebstahl von Waffen durch eine algerische Freiheitsbewegung aus einer Militärkaserne beteiligt war. Der Asylantrag und auch ein Asylfolgeantrag wurden abgelehnt. Und zwar mit der Begründung, daß Kopien von Gerichtsurteilen grundsätzlich kein Beweiswert beizumessen ist. Die Kopie beweise nicht die inhaltliche Richtigkeit. Auch die Zerstörung des elterlichen Hauses des Familienvaters fand keine Beachtung. Ein Antrag bei der Härtefallkommission wurde „auf Grund der Rechtslage“ abgelehnt. In seiner Not wandte sich der Familienvater schließlich an die Kirchengemeinde. Diese ist jetzt bemüht, in Gesprächen mit Innenminster Wienholtz eine Wiederaufnahme des Verfahrens zu erreichen, und über eine Härteklausel ein dauerhaftes Bleiberecht für die Familie zu erreichen. Alle Beteiligten sind darauf eingestellt, daß sich das Kirchenasyl noch eine ganze Zeit hinziehen wird. Der enorme Druck unter dem die Familie steht ist wohl kaum zu ermessen.

BR

Safwan ist unschuldig! -Die Staatsanwälte nicht!

Am 30. Juni hat die Große Strafkammer des Landgerichts Lübeck Safwan Eid vom Vorwurf der Brandstiftung im Flüchtlingsheim Hafenstraße im Januar 96 freigesprochen. Damit sind die rassistischen Ermittlungen, die Täter-Opfer-Umkehrung, der Staatsanwälte Böckenhauer, Schultz und Bieler zumindest juristisch gescheitert.

Doch ob Safwans Freispruch auch dazu führt, daß die Vertuschung des folgenschwersten rassistischen Brandanschlages in der Geschichte der BRD aufgedeckt wird, ob die tatsächlichen Brandstifter zur Rechenschaft gezogen werden, ob die Machenschaften der ermittelnden Staatsanwälte und leitenden Polizeibeamten Konsequenzen nach sich ziehen, ist fraglich.

Aus der Geschichte des Brandanschlages, der Ermittlungen und des Prozesses resultiert ein dreister juristischer und journalistischer Umgang mit der gesellschaftlichen Realität: nicht nur Politik und Justiz, auch breite Teile der Medien haben bewußt an der Täter-Opfer-Umkehr und der Spurenverwischung zu den Faschisten mitgestrickt.

Ein Blick zurück: in der Nacht zum 18. Januar 1996, irgendwann zwischen 3.00 und 3.40 Uhr bricht im Flüchtlingsheim in der Lübecker Hafenstraße 52 Feuer aus. Obwohl die Feuerwehr nur wenige Minuten nach dem ersten Notruf am Brandhaus eintrifft, kommt für 10 Menschen jede Hilfe zu spät. Monique Bunga mit ihrer Tochter Nsusanna, Rabia El Omari, Sylvio Amoussou, Francoise Makodila mit ihren Kindern Legrand, Christelle, Christine, Miya und Jean-Daniel Kosi sterben in den Flammen. Kurz nach Beginn der Löscharbeiten werden drei junge Männer aus Grevesmühlen von der Polizei kontrolliert: **Maik Wotenow** (er gibt den Beamten einen falschen Namen an), **René Burmeister** und **Heiko Patynowski**. Sie waren der Polizei wegen ihres Skinhead-Outfits aufgefallen. Am nächsten Tag werden sie zusammen mit ihrem Kumpel **Dirk Techentin** (der die drei auf ihrer Tour nach Lübeck begleitete, später aber allein mit einem gestohlenen Golf GTI unterwegs war) erst als Zeugen vernommen, dann als Tatverdächtige festgenommen. Bei den Vernehmungen widersprechen sie sich (z.B. was Zeiten und Orte ihres Aufenthaltes in Lübeck angeht), bei einer Untersuchung stellt eine Gerichtsmedizinerin frische, d.h. höchstens 24 Stunden alte Sengspuren „*wie sie typisch für Brandstifter sind*" in den Gesichtern von Burmeister, Patynowski und Techentin fest.

Am 19. Januar wurden alle vier jedoch wieder freigelassen - eine Polizeistreife hatte gemeldet, daß sie den beigen Wartburg mit drei Insassen um 3.19 Uhr an der Tankstelle Paddelügger Weg in Lübeck-Moisling gesehen habe, ein entsprechender Kassenbon, der u.a. den Kauf von 1,5 Liter Zweitaktergemisch auswies, wurde ebenfalls vorgewiesen. Am gleichen Tag meldete sich der Rettungsassistent Matthias Hamann bei der Polizei (es gibt allerdings darüber keinen Aktenvermerk) und meldete, sein Freund Jens Leonhardt habe eine wichtige Beobachtung gemacht. Als Leonhardt daraufhin vernommen wurde, gab er an, mit Safwan im Verletztensammelbus ein Gespräch geführt zu haben. Safwan habe ihm erzählt, „*wir warn's*", und weiter, es habe Streit mit einem Familienvater gegeben, deswegen habe man dem Benzin an die Haustür gekippt und angezündet, das Benzin sei dann brennend die Treppe heruntergelaufen, dann habe die ganze Treppe gebrannt. Safwan wurde noch am gleichen Tag von der Polizei abgeholt, einen Tag später, am 20. Januar erging Haftbefehl gegen ihn. Dieser Haftbefehl hatte es in sich: behauptete Staatsanwalt Dr. Böckenhauer doch glatt, es habe Streit zwischen Safwan Eid und dem Familienvater Gustave Sossou gegeben, aus Rache hätten Safwan und unbekannte Mittäter deswegen Benzin an Gustaves Tür gegossen und angezündet.

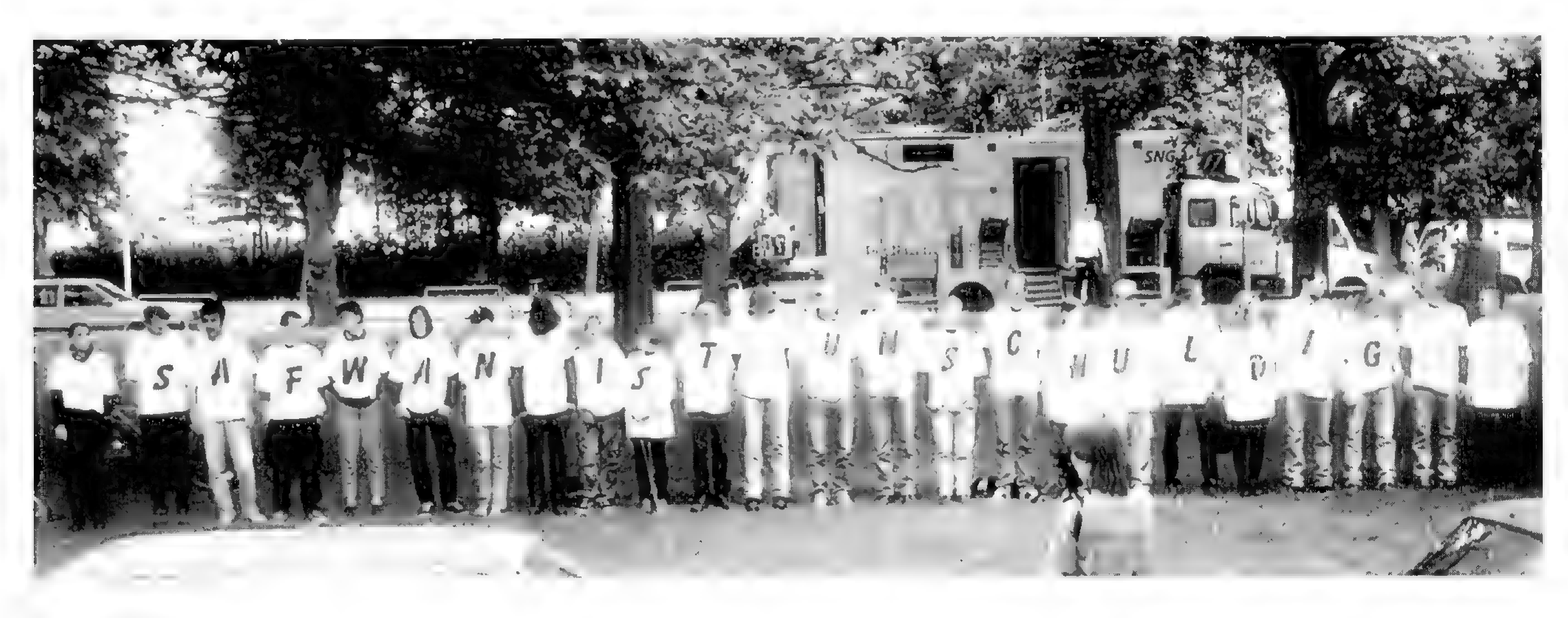
Erlogene Haftgründe

Einen Tag zuvor war das Gegenteil von Böckenhauers Behauptungen bereits Akteninhalt: aus der Vernehmung von Gustave Sossou war nicht zu entnehmen, daß er Streit mit Safwan gehabt habe, Familienvater war er auch nicht. Und die Polizei hatte noch keine gründlichen Untersuchungen am Tatort vornehmen können, so daß der behauptete Brandausbruchsort an Gustaves Tür, wie alles andere auch, bloße Erfindungen des Staatsanwaltes waren. Wie er begann, sollte Böckenhauer mit seinen Ermittlungen weitermachen: um den Verdacht gegen Safwan, vielmehr gegen die HausbewohnerInnen insgesamt zu

schüren, waren dem Ankläger alle Mittel recht. Auf der Pressekonferenz der Staatsanwaltschaft zu Safwans Verhaftung machte sich Oberstaatsanwalt Klaus-Dieter Schultz der Falschaussage schuldig: den MedienvertreterInnen gegenüber behauptete Schultz, Safwan habe den Brandausbruchsort "*...der uns zu diesem Zeitpunkt (...) nicht bekannt war, genau bezeichnet*". Tatsächlich hat Safwan die gesamte Zeit über den Beamten seine Unschuld beteuert. Mit der „genauen Bezeichnung" durch Safwan meinte Schultz die Aussage Leonhardts...

Offensichtlich waren sich Staatsanwaltschaft und Polizei über die Rolle der Medien damals noch nicht im klaren, wollten durch ihre falschen Angaben die Vorverurteilung Safwans sicherstellen und allen kritischen Nachfragen vorbeugen. Warum soll ein vernünftiger junger Mann das Haus anzünden, in dem er selber, seine Familie und Freunde leben, warum soll er deren Tod riskieren? - eine so offensichtliche Lücke in den Behauptungen der Behörden, die aber bisher kaum eine Rolle spielte Erst später muß den Ermittlern klargeworden sein, daß sie gut durchdachte, logische, überzeugende Konstruktionen überhaupt nicht nötig hatten. Die Medien funktionierten auch so, sprachen mit den vier Grevesmühlenern gleich die gesamte Republik frei und von der *Welt* bis zur *taz* klang es mal offen höhnisch, mal intellektuell verbrämt: „*man müsse Abschied nehmen vom Bild des guten Ausländers*", die „*Betroffenheitsbürger*" sollten Abstand davon nehmen, sofort an einen rassistischen Anschlag zu denken, wenn ein Flüchtlingsheim oder MigrantInnenhaus brennt. Entsprechendes Flehen von Seiten der etablierten Politik war schon Stunden nach Bekanntwerden des Feuers zu hören: Heide Simonis bedauerte die Lübeckerinnen und Lübecker „*fast genauso*", wie die Flüchtlinge aus dem Heim. Der Ruf der Hansestadt ist „fast" genauso wichtig, wie das Leben und die Gesundheit von nichtdeutschen Menschen!? Auch der Präses der Lübecker Industrie- und Handelskammer machte sich Sorgen, „*daß Lübeck nicht mehr mit Holstentor und Marzipan in Verbindung gebracht wird, sondern mit Brandanschlägen*".

Rassismus schadet manchmal... dem Image des Landes! Wie passend kam da die Aussage des Sanitäters Leonhardt. Ärgerlich, daß die Flüchtlinge aus dem Heim sich an die Öffentlichkeit wandten: Gustave Sossou widerlegte das Märchen Böckenhauers, daß sich der Anschlag gegen ihn gerichtet habe, im Fernsehen. Ein erster Widerstand gegen die Ermittlungen - und die Ermittler verhängten flugs eine Nachrichtensperre! Auch jetzt protestierten die Medien nicht, äußerten gar Verständnis, daß der öffentliche Druck die Ermittlungen natürlich belasten muß.



Motiv - und kein Alibi

Inzwischen war bewiesen worden, daß das Skinheadoutfit der Grevesmühlener kein Zufall war: Heiko Patynowski „kritsierte" Brandanschläge: sie würden deutsches Gut versauen...! René Burmeister sagte, er sei „*neutral gegenüber Juden, Negern, Ausländern und Wessis*" und hört die *Böhsen Onkelz*, Dirk Techentin war mit seiner Gruppe „*in Rostock dabei*", rechts war er aber „*nur bis Ende 1993*". Maik Wotenow will pünktlich kurz vor dem Brandanschlag seine rechte Gesinnung aufgegeben haben, trägt aber eine Jacke mit *Deutschland*- und *Sieg Heil*-Aufschrift, hat eine Reichskriegsflagge im Zimmer und schändete schon jüdische Friedhöfe. Das mögliche Motiv lag (und liegt!) offen auf der Hand: faschistische Ideologie, rassistischer Haß.

Und ihr Alibi? Daß mindestens drei von den vier am Tatort waren, wird nicht nur durch die Polizeikontrolle belegt: es gibt Aussagen, daß sie eine Frau mit Kind aus dem Haus springen gesehen haben (dabei kann es sich nur um Monica Bunga mit ihrer Tochter gehandelt haben, die war aber schon tot, bevor die ersten Einsatzkräfte von BGS und Polizei am Haus eintrafen), außerdem wollen sie einen brennenden Menschen gesehen haben, als sie zum Feuer gegangen seien.

Bei dieser Person kann es sich nur um Sylvio Amoussou gehandelt haben, dessen Tod im Feuer des Vorbaus immer noch Rätsel aufgibt. Diese Fakten sprechen dafür, daß die Behauptung der Staatsanwälte, erst nach dem Eintreffen der BGS-Beamten seien die Grevesmühlener in

der Hafenstraße angelangt, definitiv falsch ist.

Das andere Bein des Alibis ist ebenso brüchig: selbst wenn es sich bei dem Wartburg an der Tankstelle um den von Wotenow und Co. gehandelt haben sollte (vieles spricht für mindestens zwei Grevesmühlener Wartburg, die in der Tatnacht unterwegs waren - Burmeister hatte auch einen zweiten zur Verfügung), gäbe es nur ein Alibi für den Zeitraum um 3.19 Uhr herum. Wann aber das Feuer tatsächlich gelegt wurde, ist bisher absolut unbekannt. Den Weg von Moisling bis zum Brandhaus kann aber in weniger als zehn Minuten bewältigt werden.

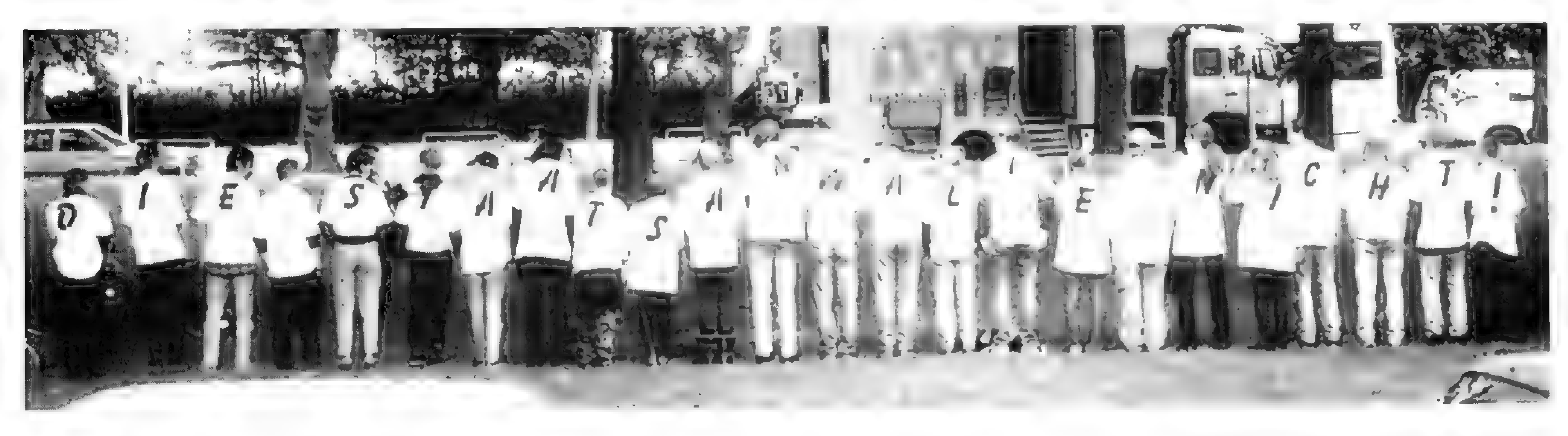
Die „Erklärungen", die Techentin, Wotenow und Burmeister für die Sengspuren in ihren Gesichtern abgaben waren dann eher erheiternd: mit dem Feuerzeug in den Benzinkanister geleuchtet, am Ofen verbrannt, versucht, mittels Haarspray einen Hund anzuzünden. Dies fanden dann auch die Lübecker Staatsanwälte nicht besonders öffentlichkeitswirksam - und fabrizierten eine Erklärung, die sich aus den Vernehmungen überhaupt nicht ergab: vielleicht resultierten die Sengspuren ja vom In-Brand-Setzen gestohlener Autos, spekulierten sie. Die Strategie von Böckenhauer und Komplizen, auf Krampf die vier Nazis zu entlasten und jede noch so abenteuerliche Beschuldigung gegen Safwan zusammen zu klauben, hatte Folgen. Safwan blieb fast sechs Monate in Untersuchungshaft.

Als Komplize Böckenhauers fungierte u.a. der Amtsrichter Pohlenz, der selber den Sanitäter Leonhardt vernahm, und dennoch verlautbaren ließ, daß Safwan den 1. Stock als Brandausbruchsort bezeichnet habe - in den Ermittlungsakten findet sich in keiner Vernehmung, nicht von Leonhardt, nicht von Safwan, jemals ein solcher Satz. Daß die Untersuchungshaft, die gesamten Ermittlungen gegen Safwan einen Akt vollständiger Willkür darstellten, interessierte nur wenige: aus den ansonsten treu den Behörden ergebenen Medien ragten anfangs nur das Fernsehmagazin *Monitor* und die *Junge Welt* heraus. Das blieb bis zu Safwans Entlassung so. Zwischen seiner Entlassung und der Hauptverhandlung, tat mit einmal der Großteil der manchmal liberalen Presse so, als hätten sie schon immer gewußt, daß Safwan unschuldig ist.

Reaktion der Linken

Es bedurfte der langen Hauptverhandlung nicht, um Safwans Unschuld und den rassistischen Charakter der Ermittlungen zu erkennen. Aus der antifaschistischen/antirassistischen Bewegung gab es prompte und unterschiedliche Reaktionen auf Safwans Verhaftung. Einige brauchten keine Fakten, sie stritten gleich ab, daß ein Flüchtling für den Brand verantwortlich sein könnte. Andere zeigten sich sehr durch die staatsanwaltschaftlichen Behauptungen sehr verunsichert. Noch Wochen, nachdem die Dreistigkeit der behördlichen Lügen nachgewiesen war, mußte teilweise auch auf Veranstaltungen der antifaschistischen Szene quasi den „eigenen Leuten" Safwans Unschuld nachgewiesen werden.

Das *Lübecker Bündnis gegen Rassismus*, das noch am 18. Januar selber die politischen Konsequenzen (Dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen, Bleiberecht, Asylpraxis, Umgang mit faschistischen Organisationen, Rassismus von Staat und etablierten Parteien) angemahnt hatte, fand sich unter starken Druck gesetzt. Dem Zwang, schnell öffentlich zu reagieren, stand eine Situation gegenüber, die geprägt von Gerüchten, Spekulationen und sehr unterschiedlichen Interpretationen war. Eine Frage war, ob auch an den Tatverdacht gegen einen Flüchtling parteilich herangegangen werden muß. Das Bündnis wollte nicht per se ausschließen, das jemand unter den Bedingungen, die die Asylpraxis Flüchtlingen aufzwingt, zu Kurzschlußreaktionen getrieben werden kann. In den ersten Tagen nach Safwans Verhaftung hat sich das Bündnis folgerichtig darauf beschränkt, die Darstellungen der Flüchtlinge und die Zweifel an den staatsanwaltlichen Ermittlungen zu publizieren. Parallel dazu stand es für uns außer Frage, daß die dezentrale Unterbringung und das Bleiberecht für die Überlebenden unabhängig von Brandursache und Täter steht. Denn der staatliche Rassismus ist auf jeden Fall einer der Hauptfaktoren für die Brandkatastrophe.



Die Situation machte es auch erforderlich, daß eine eigenständige Recherche begonnen wurde, deren Durchführung wir zuerst für unmöglich erachteten. Durch Zusammenarbeit mit anderen antirassistischen Gruppen und auch JournalistInnen ergab sie jedoch wichtige Erkenntnisse.

Anti-Konstruktiv

Noch bevor wir uns vollends von Safwans Unschuld überzeugt hatten, forderten wir schon seine Freilassung und prangerten die einseitigen Ermittlungen an. Der Tatverdacht gegen die Grevesmühlener war zu jedem Zeitpunkt stärker, als jemals

gegen den jungen Libanesen.

Wir haben später als andere Gruppen die Einstellung der Ermittlungen gegen ihn gefordert - hatten aber dann eindeutige Fakten als Grundlage. An der Politik des Bündnis haben sich vor allem „antinationale" Gruppen gerieben. *Café Morgenland* leistete sich wütende Polemiken, die das Bündnis sogar in die Nähe faschistischer Parteien rückte (die Bezeichnung „Lübecker Bündnis für Volk und Heimat").

Anlaß war eine geplante Demonstration in Grevesmühlen, zu der das Bündnis bewußt nicht aufrief - und dies öffentlich. Mit dem fanatischen Anspruch auf den alleinigen Besitz der Wahrheit und einer sektiererischen Suche nach der politischen Isolation kommentierten diese Gruppen die Ereignisse nach dem Brandanschlag. Doch der Eifer hielt noch nicht einmal bis zum Beginn des Prozesses gegen Safwan (im September 96) an. Die Beeinflussung der Verhandlung schmeckte wohl zu sehr nach Akzeptanz der bürgerlichen Justiz, und nach Druck auf eine Gesellschaft, deren Veränderung sie längst aufgegeben haben.

IUK nimmt Arbeit auf

Auch die Gründung der *Internationalen Unabhängigen Kommission* (IUK) aus namhaften europäischen Persönlichkeiten (darunter z.B. Beate Klarsfeld) lief an der antifaschistischen Bewegung fast vorbei. Um die Etablierung der IUK hatte sich besonders Gabriele Heinecke bemüht, noch bevor sie Safwans Verteidigerin wurde und den Lübecker Anwalt Hans-Jürgen Wolter ablöste, der allzu zahm mit den Konstruktionen gegen seinen Mandanten umgegangen und zur notwendigen Öffentlichkeitsarbeit gegen die Willkür der Staatsanwälte nicht der Lage war.

Später wurde der IUK vorgeworfen, sie sei von Gabriele Heinecke instrumentalisiert worden. Der zeitliche Ablauf ihrer Gründung und Frau Heineckes Rolle dabei wurde bewußt übersehen - der Nichtbeachtung seiner Rechte als Beschuldigter mußte folgerichtig die Diffamierung seiner AnwältInnen folgen. Eine Strategie, die bis zum staatsanwaltschaftlichen Plädoyer beibehalten wurde.


Die IUK-Mitglieder Hans Langenberg, Beate Klarsfeld, Christian Bruschi und Mario Angelelli vor der Lübecker Synagoge

Die IUK traf sich zweimal in Lübeck, zum Prozeß schickte sie zudem BeobachterInnen. Nach der gründlichen Sichtung der Akten folgten mehrere Zwischenberichte und Empfehlungen (siehe Infokasten). Die Empfehlungen entsprachen im wesentlichen den Forderungen von antirassistischen Gruppen, allerdings waren sie wesentlich zahmer, moderater ausgedrückt.

Die enge Zusammenarbeit mit der antifaschistischen Bewegung suchte die IUK bisher nicht. Und über längere Phasen hinweg ließ sie auch wenig bis nichts von sich hören, wobei wir allerdings auch die finanziellen (Reisekosten, Unterkunft) und organisatorischen (Übersetzungen in vier Sprachen) Hindernisse berücksichtigen müssen.

Die von uns gewünschten Funktionen der IUK - ein verstärkter Druck durch internationale Beobachtung, die größere Öffentlichkeit durch das Urteil seriöser Persönlichkeiten und dadurch ein tatsächliches Wahrnehmen des bedeutsamen Lübecker Justizskandales - konnten nicht bewirkt werden.

Nicht nur einseitig, sondern rassistisch

Während sich die IUK konstituierte, und ein Großteil der Medien Safwan schon so gut wie verurteilt hatte, verlor die Lübecker Staatsanwaltschaft jegliche Souveränität und ging auf den verbliebenen Widerstand los. In Hamburg ließ man 1 (in Worten ein!) Flugblatt der Antinationalen beschlagnahmen, beim *Lübecker Bündnis gegen Rassismus* wurden dann gleich etliche Plakate und Flugblätter, besonders aber zwei Computer beschlagnahmt. Anlaß war ein Plakat, auf dem StA Böckenhauer vor das Brandhaus montiert war, Grund war der Vorwurf, rassistisch ermittelt zu haben.


STAATSANWALTSCHAFT
bei dem Landgericht

702 Js 2026/96

Telefon: (04 51) 3 71-0
Durchwahl: (04 51) 3 71-11 72
Telefax: (04 51) 3 71-13 09
Telex: 26842 stal d

8. Mai 1996

Herrn
René Burmeister
Wismarsche Straße 117

23936 Grevesmühlen

Ermittlungsverfahren
gegen S
wegen Verdachts des Mordes u.a.

Ihre Beschuldigtenvernehmung
vom 10.01.1996

Sehr geehrter Herr Burmeister

Ich habe das strafrechtliche ...

Mit freundlichem Gruß

Dr. Böckenhauer
Staatsanwalt

Beglaubigt
Justizangestellte

Nun ist es nichts neues, daß der Staat vorgibt, er sähe auf dem rechten Auge nicht, auch eine entsprechende Justiz (mensch denke nur an das Mannheimer Skandalurteil „gegen" NPD-Deckert) kann kaum mehr überraschen. Doch in diesem Buch haben Schultz, Böckenhauer, Bieler und die Beamten der Sonderkommission ein neues Kapitel geschrieben. Zusammen mit der öffentlichen Reaktion darauf, erreicht dieses Justizstück eine neue Qualität. Eine Auswahl aus der Liste der Maßnahmen und „Pannen":

- Mit dem Lauschangriff auf Safwans Zelle während der Untersuchungshaft wurde gegen das Grund-

gesetz verstoßen - dies bestätigte sogar die Große Strafkammer

- Die Spanplatte aus dem 1.OG, auf der laut LKA das Feuer angeblich ausgebrochen sein soll -der Tatort also- wird auf dem Müll entsorgt, und natürlich will kein/e BeamtIn verantwortlich sein

- Flüchtlinge (auch Minderjährige) wurden ohne DolmetscherIn und Rechtsbelehrung vernommen, dabei auch von Polizeibeamten mit Abschiebung bedroht, „*wenn sie nicht die Wahrheit sagen*"

- die Aussagen der Flüchtlinge zum Verhältnis zwischen den BewohnerInnen werden pauschal als unglaubwürdig abgetan - glaubwürdig soll sein, was die Staatsanwaltschaft sich ausdenkt: tödliche Konflikte im Haus

- Victor Attoey wird trotz seiner Verletzungen und seines Zeugenstatus nach Nigeria abgeschoben

- Wichtige Brandspuren im Vorbau (z.B. Durchbrennungen des Fußbodens) werden „übersehen", die Fundorte von Asservaten nicht festgehalten, Leichen vor der Dokumentation ihrer Lage abtransportiert, die Spuren am Leichenfundort von Sylvio (im Vorbau) weggeräumt

- Der PKW Wartburg der Grevesmühlener wurde nicht kriminaltechnisch untersucht, die von der Gerichtsmedizinerin Dr. Gerling asservierten und dann der Kripo übergebenen versengten Haare der Nazis verschwinden

- ZeugInnenaussagen, daß Patynowski und Wotenow quasi den Brandanschlag gestanden haben, wurde nicht weiter nachgegangen, Wotenow und Burmeister können sogar einem Prozeß wegen Autodiebstahls fernbleiben, ohne daß dies unmittelbar Haftbefehle nach sich zieht

- Die staatsanwaltschaftlichen Thesen zum Brandverlauf kommen nicht ohne eine eigenwillige Physik aus: Benzin muß die Fähigkeit haben, bergauf zu fließen, und Feuer soll nach unten brennen



Keine unserer beliebten Böckenhauer-Montagen: der Staatsanwalt konnte nach der Urteilsverkündung den Protest nicht meiden...

- Kronzeuge Leonhardt ist glaubwürdig, obwohl sich in seinen Aussagen diverse Widersprüche finden, sein „bester Freund" Hamann wehrsportähnliche Paintballspiele betreibt und sich bei der Durchsuchung seines Spindes ('89 wegen Diebstahls) Nazi-Propaganda fandt.

Das rassistische Vorgehen der Staatsanwälte zieht sich durch ihre gesamten Ermittlungen hindurch und bis in den Prozeß hinein: sie wollen unbedingt einen Hausbewohner als Brandstifter, zerren jede Absurdität herbei, verdrehen, erfinden, konstruieren. Den Grevesmühlener Nazis gegenüber gebärden sich die Staatsanwälte als Strafverteidiger, wollen selbst deren faschistische Gesinnung wegleugnen, unterlassen alles, was einen Beweis oder nur mehr Indizien hervorbringen kann. Dabei haben die Ermittler längst die Grenzen der Legalität überschritten, und müßten wegen Verdacht der Strafvereitelung und Beweisunterdrückung selbst zum Gegenstand von Ermittlungen werden.

Der Umgang mit den unliebsamen HausbewohnerInnen ist entsprechend: auf der verzweifelten Suche nach einem Motiv wird im Intimleben herumgestochert, der Aufenthaltsstatus als Druckmittel benutzt. Die Lebensrealität von Flüchtlingen wird ausgeblendet, „*jede Andersartigkeit zum Verdacht*" (Nebenklagevertreterin Ursula Ehrhardt). Nützt auch das nichts, malen die Staatsanwälte ein Bild, daß die Flüchtlinge als zu dumm darstellt, um sich gegen die politische „Instrumentalisierung" ihrer Anwältinnen zu wehren. Am 4. Juni plädierte die Staatsanwaltschaft auf Freispruch - nachdem sie in der Plädoyersbegründung zuvor die gesamte Beweisaufnahme verdrehte und Safwan weiterhin beschuldigte, eine widerliche Verleumdung des Libanesen als prozessuales Abschiedsgeschenk von Böckenhauer. Das Plädoyer demonstrierte, um was es den Staatsanwälten seit dem 20. Januar ging. Nicht um das Urteil, sondern um die öffentliche Verarbeitung von Ermittlungen und Prozeß, die die Täter-Opfer-Umkehr mit sich brachten. Parallelen zur mittelalterlichen Inquisition sind unübersehbar. Und wie auch dabei, wollten schaulustiges (Medien-)Volk und Ankläger, daß Safwan gefälligst seine Unschuld beweise. Das Prinzip bürgerlich-demokratischer Justiz, ihm die Schuld nachweisen zu müssen, wurde bereitwillig auf dem Altar der deutschen Reinwaschung geopfert.

Das Urteil

Am 30. Juni kam dann der erwartete Freispruch. Auch dem Antrag der Verteidigung, Safwan Eid eine Haftentschädigung zu gewähren, da er nicht für die Anklage verantwortlich sei, wurde entsprochen. Die Begründung des Urteils war mit Spannung erwartet worden, nachdem Richter Rolf Wilcken bereits im April erklärte, daß er selbst unter dem Grundsatz „Im Zweifel gegen den Angeklagten" „nichts belastendes sehe". Doch den Mut, juristisch mit der Anklage abzurechnen, brachte das Gericht nicht auf: in einer scheinbaren Objektivität verteilte das Gericht Kritik an alle Beteiligten. Zwar gingen die schärfsten Worte an die Adresse der Staatsanwaltschaft, allerdings nicht in dem Maße, wie sie es verdient hätte. Die Formulierung, „die Ermittlungen haben das Maß erforderlicher Gründlichkeit nicht immer erreicht" war wohl die harmloseste Erklärung, die das Gericht zum

Verschwinden von Beweismitteln überhaupt finden konnte. Deutlicher bezog sich die Kammer auf die Abhörprotokolle und die öffentlichen Spekulationen Böckenhauers zu einer möglichen Revision: als „ungewöhnlich“ wurde die Medienpolitik des Staatsanwaltes bezeichnet, und: die Abhörprotokolle waren definitiv unzulässig, und belastendes gegen Safwan hätten sie zudem sowieso nicht hergegeben. Auch das Plädoyer der Ankläger erhielt Schelte, als Wilcken meinte, das es nicht angehe, nur einige Zeuginnen und Zeugen zu werten, andere aber, wie auch den Tod Sylvio Amoussous und den Brand im Vorbau vollkommen zu negieren.

Politisierung

Scharfe Kritik äußerte die Kammer an der „Politisierung des Verfahrens“, die schon angesichts der Opfer überflüssig und unpassend gewesen sei. Wilcken ging dabei auch auf „Gruppen, die ohne die Beweisaufnahme abzuwarten, den Freispruch des Angeklagten durchsetzen wollten, Gruppen, die ihren selbstgewählten Namen nicht verdienen.“ Diese Sätze mußten den Staatsanwälten gut gefallen. Die Kammer ignoriert, daß in einem Land, in dem es täglich zu rassistischer Gewalt kommt, ein brennendes Flüchtlingsheim bereits einen politischen Charakter hat. Und erst recht war die Täter-Opfer-Umkehr ein politischer Akt - gerade wegen der Opfer war die politische Arbeit notwendig. Das Verhalten der Kammer selbst demonstriert, wie unzureichend eine rein juristische Abarbeitung des Brandanschlages ist.

Im Übrigen sieht das Gericht zwei primäre Brandherde, sowohl an der vom LKA bezeichneten Stelle im 1.OG, als auch im Vorbau. Es nimmt eine Schwelbrandphase im 1.OG, sieht aber eine zeitliche Einordnung auch der Brandlegung für ungeklärt an. Den Zeugen Leonhardt erklärt auch das Gericht für glaubwürdig, sieht keine Verstrickungen in rechtsextreme Aktivitäten, erkennt aber wenigstens, daß seine Aussagen absolut nicht zum angenommenen Brandgeschehen passen.

Daß die ehemaligen BewohnerInnen sich von Wilcken sagen lassen mußten, sie hätten ihre Aussagen „nachträglich zumindest gefärbt“, daß Safwans Verhalten nach der Rettung vom Dach als „auffällig“ bezeichnet wurde, hinterläßt einen schlechten Nachgeschmack. Safwan wirkliche Gerechtigkeit angedeihen zu lassen war die deutsche Justiz bislang nicht fähig. Eine Verfolgung der wirklichen Tatverdächtigen ist nicht abzusehen, auf den „Komplex Grevesmühlen“ ging Richter Wilcken nicht ein einziges Mal ein.

Wenigstens fiel die Bemerkung, daß ein Freispruch aus Mangel an Beweisen ein normales Vorgehen ist, später ergänzte RAin Klawitter, daß bereits 1968 die Unterteilung von Freisprüchen abgeschafft wurde. Freispruch heißt unschuldig - das mag juristisch so sein, für die Öffentlichkeit ist es anders: entsprechend sah die Presse am Tag danach aus, ja, man konnte Safwan die Tat nicht nachweisen, aber... Für viele JournalistInnen wird der Brandanschlag Hafenstraße kein Thema mehr sein.

So sind alle entscheidenden Fragen auch nach dem Freispruch ungeklärt: bleiben die Tatverdächtigen aus Grevesmühlen weiterhin unbehelligt? Ist die Vertuschung des rassistischen Brandanschlages für Böckenhauers politische und behördliche Vorgesetzte wichtiger, als die Malereine vom demokratischen Rechtsstaat? Oder ist vielmehr die Ignoranz der eigenen Gesetze zunehmend erwünscht? Die antifaschistische Bewegung wird jedenfalls dadurch erneut gezwungen, ihr Hauptaugenmerk auf die Verteidigung bürgerlich-demokratischer Grundsätze zu richten und hat nur beiläufig die Möglichkeit, mit eigenen, linken Positionen vorzutreten. Denn nur den Staat als rassistisch anzuprangern, reicht nicht, seine Entwicklung hin zur Willkür muß auch gestoppt werden. Den bisherigen politischen Erfolg der Staatsanwälte zu kippen, die tatsächlichen Täter und ihre juristischen Komplizen zur Verantwortung zu ziehen ist eine anspruchsvolle, aber notwendige Aufgabe.

HPW



Der Vorsitzende Richter Rolf Wilcken (links) und Staatsanwalt Böckenhauer (grinsend) bei der Begutachtung des abgebrannten Flüchtlingsheimes.

Weitere Informationen:

P

des Lübecker Bündnis gegen Rassismus

Ausführliche Berichterstattung und Kommentierung über den Prozeß gegen Safwan Eid. Das Bündnis hat jeden Prozeßtag besucht, es werden bei Erscheinen dieser Zeitung alle 22 Infos komplett vorliegen. Sie können beim *Lübecker Bündnis gegen Rassimsus, c/o alternative, Willy-Brandt-Allee 9, 23554 Lübeck* (Tel.& Fax: 0451-7020748) bestellt werden. Es sind noch Einzelexemplare erhältlich, es gibt die Prozeßinfos aber auch schon gesammelt (für DM 5,-)

Berichte der Internationalen Unabhängigen Kommission

bei: Schoolplein, Advokatenkollektief, Schoolplein 5 A, 3581 PX Utrecht, Niederlande, e-mail: iuk@mail.nadir.org

Das Bleiberecht durchsetzen - Kanther darf nicht durchkommen!

39 Flüchtlinge sind in der Nacht zum 18.Januar 1996 knapp den Flammen entkommen. Sie haben in den folgenden Monaten noch an ihren Verletzungen zu leiden gehabt, waren quälenden und beschuldigenden Verhören ausgesetzt, wurden in den Medien und durch die Staatsanwälte als unfähig hingestellt, miteinander auskommen zu können. Nur ihre Rolle als ZeugInnen hat sie (Victor Attoey ausgenommen, der bereits im Mai 96 abgeschoben wurde) vor der Deportation in Hunger, Folter und Elend bewahrt.

Dabei war es eine der ersten Forderungen gleich nach dem Brandanschlag, daß diesen Menschen ein dauerhaftes Bleiberecht in Deutschland gewährt werden muß. Die Flüchtlinge aus der Hafenstraße warten noch immer auf die Einlösung dieser Forderung.

Nur drei Erwachsene und ein Kind haben bisher eine Aufenthaltsbefugnis, weitere sechzehn Erwachsene und acht Kinder sind lediglich geduldet. Vier Erwachsene und ein Kind haben ihr Asylverfahren noch laufen, eine Frau mit ihren drei Kindern ist als asylberechtigt anerkannt.

„Eine Gruppenlösung wird es nicht geben", ließ Innenminister Manfred Kanther im Juni 97 verkünden, eine „Lex Lübeck" sehe der Rechtsstaat nicht vor. Bereits zuvor hatte Kanther Stellung bezogen: Wenn den Brandopfern eine Sonderstellung eingeräumt würde, könne ja jeder kommen und sein Haus anzünden, um in Deutschland zu bleiben - Rassismus und zynische Menschenverachtung als Aushängeschild der Bundesregierung. Der Lübecker Bürgermeister Michael Bouteiller ist der Überzeugung, daß er rechtlich keine Möglichkeit hat, das Bleiberecht zu gewähren, stattdessen sei der schleswig-holsteinische Innenminister Wienholtz gefragt.



Kanther zynisch-Wienholtz feige

Der hat sich nicht nur als politischer Feigling erwiesen, als er flugs die Verantwortung an den Bundesabschiebeminister weiterreichte. Auch auf einer Veranstaltung in Lübeck (noch 1996), auf der er direkt mit Flüchtlingsschicksalen konfrontiert war, zeigte er eine Bürokratenmentalität, die ihn gerade einmal als einen kleinen Sachbearbeiter einer Behörde empfahl. Verwaltung statt Politik war seine Devise, die logische Konsequenz für ihn war jegliche Vermeidung von Konfrontation mit der CDU-Opposition im Land und deren reaktionären Kameraden in Bonn. Eine Resolution im schleswig-holsteinischen Landtag, die sich für das Bleiberecht aussprach, änderte daran gar nichts: sie enthielt keine Verpflichtung der Abgeordneten und MinisterInnen zum eigenen Handeln, sondern bat lediglich Kanther um eine humane Geste. Damit demonstrierte die Landes-SPD sowohl erneut ihre naive Haltung gegenüber der Bundesregierung, als auch ein Politikverständnis, daß das Schicksal von 39 Menschen für sie kein Anlaß ist, auch nur einen Hauch von Widerstand zu erwägen.

Im Juni 97 hat die Bundestagsfraktion von *Bündnis 90/ Die Grünen* gleichfalls die Forderung unterstützt, ebenfalls mit Verweis auf Kanthers Verantwortung. So positiv die Stellungnahme der Fraktion auch sein

mag, sie zementiert das Vorgehen von Wienholtz, den eigenen Handlungsspielraum zu ignorieren und das Schicksal von fast vierzig Menschen in die Hände des Bundesinnenministers zu legen. Der Bock ist der Gärtner - wollen Grüne und SPD demnächst die Atomindustrie mit dem nuklearen Ausstieg beauftragen?

Initiative des *Runden Tisches*

Auch unabhängige Kampagnen haben bisher keinen eindeutigen Erfolg zu verzeichnen: Die Initiative des *Runden Tisches* der Stadt Lübeck für das Bleiberecht war ermutigend: mit viel Aufwand (und Geld) wurden alle Lübecker Haushalte per Postwurfsendung um die Unterstützung der Kampagne aufgefordert. Zwar sind bisher zwischen drei- und viertausend Unterschriften zusammengekommen, im Verhältnis zum Aufwand ist das aber eher mager. Ein Aktionstag des Runden Tisches -mit Infoständen und einer Kundgebung in der Lübecker Fußgängerzone- war zwar gelungen (erstaunlich viele Gruppen und Parteien beteiligten sich, es kamen ansehnlich viele Unterschriften zusammen), eine Wende konnte trotzdem nicht erreicht werden. Die Reaktionen in der Bevölkerung waren sehr gemischt, bei sehr vielen Menschen hat der konstruierte Verdacht gegen Safwan Eid eine negative Haltung zur Frage des Bleiberechts hinterlassen. Nun steht das Bleiberecht für die Überlebenden unabhängig von der Brandursache und den Tätern, aber die Ermittlungen und den Prozeß vollkommen von der Kampagne trennen zu wollen, hat sich als falsch erwiesen. Besonders Kirchen und SPD begrenzen die Frage allein auf die humanitäre Seite, die drohende Abschiebung und der Umgang mit Flüchtlingen hat aber einen eindeutigen politischen Charakter. Und dazu gehören nun einmal auch die Ermittlungen und die Täter-Opfer-Verdrehung.

Es besteht kein Anlaß zu einer defensiven Herangehensweise, die selbstverständlich aufkommende Aspekte, wie eben die Frage nach den Tätern, ausklammert. Und Kirchen und SPD ist sehr zu empfehlen, sich dem Widerstand gegen die Willkürjustiz anzuschließen.

Zur Zeit besteht aber die große Gefahr, daß jede Initiative für das Bleiberecht in einer Sackgasse landet. Wenn keiner das Bleiberecht verfügen will, alle auf Kanther verweisen, es bei Forderungen belassen, wie soll es dann weitergehen?



Manfred Kanther, mit harter Hand

Wie weiter?

Zur Urteilsverkündung wird die Frage des Bleiberechts noch einmal in die Öffentlichkeit kommen, handelt dann keinE PolitikerIn droht das öffentliche Vergessen zum Freibrief für die Abschiebebehörden zu werden: nach und nach können die Schicksale individuell "abgewickelt" werden - die Bürokratie beendet dann, was die Faschisten angefangen haben: Flüchtlinge raus...

An konkreten Vorstellungen wird beim Runden Tisch überlegt, eine Anzeige mit der Forderung und den bisherigen UnterstützerInnen in einer großen Tageszeitung wie der Frankfurter Rundschau zu schalten. Benefizkonzerte würden nicht nur der Finanzierung der Kampagne dienen, sondern gleichfalls helfen, Menschen auf die Dringlichkeit humanitären Handelns in dieser Frage aufmerksam zu machen.

Die Landesregierung wird wohl zudem den Betroffenen direkt gegenüberstehen: ein Besuch der Flüchtlinge in Kiel ist angedacht, vielleicht werden dabei die gesammelten Unterschriften dem Innenminister übergeben. Die Möglichkeiten zur Schaffung öffentlichen Drucks sind damit aber auch beinahe ausgereizt.

Fatal wäre es jetzt, von antirassistischer Seite aus zu versuchen, das Bleiberecht anhand der Einzelfälle durchzusetzen. Auch wenn die Situation der Kinder oder die erlittenen Verletzungen samt notwendiger medizinischer Weiterversorgung, Argumente in Fülle ergäben, das Risiko gerade für die jungen ledigen Männer, keinen Schutz in den wenigen verbliebenen Nischen der Asylgesetzgebung zu finden, ist zu groß. Das Bleiberecht muß für die gesamte Gruppe der Brandüberlebenden gelten, eine Ausnahme ist schon zuviel! Zumal die Stärke der Überlebenden durch ihr Verhalten als Gruppe, als solidarischer Zusammenhang -trotz aller Spaltungsversuche, trotz der verschiedenen Verdachtskonstruktionen- entstanden ist.

Politischen Preis hochsetzen

Nach wie vor ist die Entscheidung über die Möglichkeit von Abschiebungen der Opfer offen: gegen das Bleiberecht sprechen sowohl Kanther, als auch die Untätigkeit der schleswig-holsteinischen SPD samt Landesregierung. Dafür spricht vor allem der Einsatzwille vieler Menschen in Lübeck und anderswo, weit über die antirassistische Bewegung hinaus.

Die Gruppen vor Ort haben versichert, Abschiebungen seien nur mit Hilfe eines massiven Polizeieinsatzes durchzusetzen. Kommt es zu einem solchen Einsatz, werden Kanther und seine Spießgesellen die Abschiebungen mit polizeistaatlichen Mitteln durchsetzen können. Es liegt dann an uns allen, wenigstens den politischen Preis so hoch wie möglich festzusetzen.

HPW

Härtefall(kommission) für Flüchtlinge!

Seit Oktober 1996 gibt es in Schleswig - Holstein eine sogenannte Härtefallkommission für von Abschiebung bedrohte Flüchtlinge. Die Einrichtung dieser Kommission war Bestandteil der Koalitionsvereinbarungen zwischen SPD und Bündnis 90/ Die Grünen nach der Landtagswahl im letzten Jahr. Sie soll beratend für das Innenministerium und die Ausländerbehörden tätig sein und Empfehlungen geben, wenn nach ihrer Ansicht in der bevorstehenden Abschiebung eine besondere Härte zu sehen ist.

Härtefall bedeutet in diesem Zusammenhang, daß sich ein Asylverfahren über viele Jahre hingezogen hat oder die Situation in den Herkunftsländern ungeklärt oder wechselhaft ist. Die Kommission soll ein behördenunabhängiges Beratungsgremium sein, das sich aus acht Mitgliedern von Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Flüchtlingsorganisationen und dem Innenministerium zusammensetzt. In Schleswig-Holstein sind der Caritasverband, die Arbeiterwohlfahrt, die nordelbische Kirche, das Rote Kreuz und der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein und eine weitere Flüchtlingsorganisation neben dem Innenministerium beteiligt.

Hintergrund für die Tätigkeit dieser Kommission war 1996 die sogenannte Härtefallregelung, auf die sich die Innenminister aller Länder geeinigt hatten. Danach konnte Flüchtlingen, die vor mehr als 8 Jahren in die Bunderepublik eingereist sind, sich außerdem in die "wirtschaftliche Ordnung der BRD eingefügt haben", das heißt nicht auf Sozialhilfe angewiesen sind und Arbeit haben, und die sich strafrechtlich nichts haben zu Schulden kommen lassen, eine Aufenthaltsbefugnis erteilt werden. Auch wenn ihr Asylantrag abgelehnt worden war. Diese Härtefallregelung galt nur bis Ende 1996. Die Kriterien dieser Regelung sind aber nach wie vor für die Entscheidungen der Härtefallkommission geltend.

Die meisten Anträge wurden bisher von ausreisepflichtigen AsylbewerberInnen gestellt, die bei Abschiebung nach Zaire, Syrien, Algerien oder Iran um ihr Leben fürchten mußten.

Viele Anträge bezogen sich auch auf Härten im familiären Bereich, bspw. von Familien mit in Deutschland geborenen und aufgewachsenen Kindern, die das Herkunftsland ihrer Eltern nie gesehen haben und die Sprache nicht sprechen. Oder es bestand die Gefahr, daß Familien auseinandergerissen wurden durch unterschiedlichen Ausgang des Asylverfahrens bzw. bei Volljährigkeit der Kinder.

Beispiele für die psychische Ausnahmesituation der Betroffenen sind auch Härtegründe wie Suicidgefährdung, Psychosen, Stresssymptome und psychosomatische Krankheitsbilder.

Gnadeninstanz?

Die Betroffenen setzen große Hoffnung in die Härtefallkommission und glauben sie sei eine Art Gnadeninstanz. Dies ist jedoch ein großer Irrtum. Der Wortlaut des Ausländergesetzes erlaubt humanitäre Lösungen nicht. So ist es Flüchtlingsfamilien so gut wie nie möglich, ohne ergänzende Sozialhilfe auszukommen. Die Eltern bekommen keine Arbeitserlaubnis, weil sie keine Aufenthaltsbefugnis haben, die Aufenthaltsbefugnis erhalten sie nicht, weil sie auf Sozialhilfe angewiesen sind. Und welcher Flüchtling findet eine Arbeit, die es ihm ermöglicht, eine fünfköpfige Familie zu ernähren? Die meisten arbeiten, wenn überhaupt,als Putzhilfen, Tellerwäscher oder haben einen 610 DM-Job.

Und für Flüchtlinge, denen die „Ausreisepflicht" gerichtlich bestätigt wurde, darf die Härtefallkommission keine widersprechende Empfehlung geben. Logische Folge davon ist, daß in fast keinem Fall positive Empfehlungen an das Innenministerium bzw. die Ausländerbehörden möglich waren.

Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein als Vertreter von sehr vielen Flüchtlingsorganisationen im Land sieht denn auch seine Teilnahme an der Kommission sehr kritisch. Es werden Hoffnungen bei den Flüchtlingen geweckt, denen in keiner Weise Rechnung getragen werden kann. Das Innenministerium und die Ausländerbehörden beruhigen ihr Gewissen, indem sie auf die Härtefallkommission verweisen, wohlwissend, daß diese an ihren Entscheidungen letztendlich nichts ändern kann.

Und schließlich werden durch negative Entscheidungen die rassistischen Sondergesetze dieses Landes legitimiert.

Dies ist aus der Sicht der Flüchtlingsinitiativen politisch fatal. Es sollte von ihrer Seite schnell deutlich gemacht werden, daß sie dieses Spiel nicht länger mitspielen und ihre Mitarbeit bei dieser Alibiveranstaltung eingestellt wird.

Lübecker Flüchtlingsforum

(Das Flüchtingsforum trifft sich jeden Donnerstag um 19 Uhr, im *Akzente*, Fleischhauerstr. 32, Lübeck)

Back on the streets

Faschistische Organisierung in Schleswig-Holstein schreitet voran

24. Mai 1997: Begleitet von starken Polizeikräften demonstrieren 150 FaschistInnen durch die Innenstadt von Bad Segeberg. Ungestört können sie dort eine ursprünglich für Plön angekündigte Kundgebung durchführen. Einzelne Polizisten, die angesichts der Uniformierung und der von den Nazis gehaltenen Reden auf eine Auflösung der Veranstaltung drängen, werden von der Einsatzleitung abgewiesen. Die Nazi-Demo in Bad Segeberg war die bisher letzte Veranstaltung in einer immer dichter folgenden Reihe von Treffen und Aktionen faschistischer Organisationen in Schleswig-Holstein in den letzten zwölf Monaten. Entschlossenes Auftreten von AntifaschistInnen blieb bisher aus. Die Kenntnis der Strukturen und der taktischen Orientierung des Feindes sind eine Voraussetzung, um dies zu ändern. Der folgende Text will hierzu einen Beitrag leisten.

Das Verbot einiger neonazistischer Gruppen, wie z.B. der *Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei* (FAP), der *Nationalen Liste* (NL), der *Wiking-Jugend* (WJ) oder der *Nationalistischen Front* (NF), zwischen Ende 1992 und Anfang 1995 hat die Aktions- und Organisationsformen der Nazi-Szene deutlich verändert. Zwar waren zunächst die Rekrutierungs- und Mobilisierungsmöglichkeiten eingeschränkt, auch die Zahl öffentlichkeitswirksamer Aktionen ging zurück - aber einen dauerhaften Eingriff in die Nazistrukturen stellten diese Verbote nicht dar. Die Infrastruktur der Gruppen blieb unangetastet, die Geldmittel waren rechtzeitig beiseite geschafft worden, und eine wirksame Einschränkung der Aktivitäten der Kader und Mitglieder dieser Gruppen (u.a. durch Veröffentlichung ihrer Namen) blieb aus.

Die mit den ersten Verboten einsetzende Diskussion über geeignete zukünftige Organisationsformen führte zur Herausbildung zweier Strömungen:

- Ein Teil der Nazi-Szene begann mit dem Aufbau oder der Unterstützung sog. „unabhängiger Kameradschaften". In diesen sammeln sich Nazis meist ohne formale Mitgliedschaft auf dezentraler Basis; die bundesweite Zusammenarbeit wird gesteuert über eine Kaderstruktur regional anerkannter Führungspersonen.

- Ein anderer Teil wechselte zu den *Jungen Nationaldemokraten* (JN), der Jugendorganisation der NPD, die an der Notwendigkeit einer einheitlich geführten und auftretenden bundesweiten Organisation festhielt. Einige von ihnen, wie der Führungskader der verbotenen NF, Steffen Hupka, erreichten dort schnell erheblichen Einfluß.

- Diese beiden Strömungen arbeiten auf vielfältige Weise bei Aktionen zusammen, wobei die Beschaffung und intensive Nutzung moderner technischer Hilfsmittel (Fax-Anschlüsse, Mobiltelefone, Mailboxen, Info-Telefone, Internet) stark an Bedeutung zugenommen haben.


Nazidemonstration am 24. Mai 1997 in Bad Segeberg


Schleswig-Holsteinische Nazis in München am 1. März (Ausriß)

Für Schleswig-Holstein und Hamburg läßt sich die Veränderung nach den Verboten der FAP und der NL am 24. Februar 1995 anhand einiger markanter Entwicklungen und Aktionen nachvollziehen.

Die norddeutsche Bewegung

Ein erster Ansatz für den Aufbau neuer Strukturen im Raum Hamburg und Schleswig-Holstein nach den Verboten war die sog. *Norddeutsche Bewegung* (NDB) unter Leitung des ehemaligen FAP-Funktionärs **Andre Goertz** und -z.T.- des damaligen Hamburger JN-Landesvorsitzenden **Jan Zobel**. Ihr ordneten sich (ehemalige) Mitglieder der verbotenen FAP, der *Deutschen Liga für Volk und Heimat* (DLVH), der JN und NPD sowie organisationsunabhängige Faschisten zu.

Zur Verbreitung ihrer politischen Vorstellungen und zur Mobilisierung für Aktionen nutzte die NDB die „Nationalen Info-Telefone" in Hamburg und Halstenbek (ehemalige FAP-Bundesgeschäftsstelle) sowie die Zeitschrift *Der Standard - Deutschlands einzige Zeitung des progressiven Nationalismus.* Der Untertitel verwies auf den Ansatz der NDB, für den Neofaschismus in der Bundesrepublik zentrale Themen wie Antisemitismus und Auschwitzleugnung aus taktischen Gründen in der Propaganda zurückzunehmen; stattdessen sollten unverfängliche Themen bei der Agitation in den Vordergrund gestellt werden.

Entsprechend dieser Taktik machte sich Goertz in einer Ansage des *Nationalen Info-Telefons* über eine im dänischen Roskilde organisierte Nazi-Demonstration zu Ehren des Verbrechers Rudolf Heß lustig. Die JN-Zeitung *Einheit und Kampf* zeigte auf ihrer Titelseite ein Foto des Nazimarsches mit der Schlagzeile *Faschingsumzug in Dänemark.* In *Einheit und Kampf* hatten Goertz und Zobel maßgeblichen Einfluß gewonnen.

Der Versuch der NDB-Spitze, ein eigenständiges Profil mit dem sog. „progressiven Nationalismus" zu entwickeln und dieses auch bei den Nazis der Jungen Nationaldemokraten zu verankern, verschärfte die Auseinandersetzungen in der NPD-Jugendorganisation und führte Anfang 1997 zur Auflösung der JN-Landesverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein durch die Parteiführung. In der Anfang 1997 erschienenen Ausgabe von *Einheit und Kampf* begründet der JN-Bundesvorsitzende **Holger Apfel** Veränderungen in der Redaktion mit der Notwendigkeit, die „Schreibtischtheorie" des „progressiven Nationalismus" zurückzudrängen, und kündigt an, die Zeitschrift wieder „zu einem Sprachrohr des gesamten nationalen Widerstandes" zu machen. Hierfür findet er auch in großen Teilen der Schleswig-Holsteiner JN Unterstützung.

Jan Zobel kündigte nach der Auflösung des Landesverbandes an, die „progressiven Nationalisten" würden sich neu orientieren, evtl. in Richtung FDP. Gegenwärtig ist der Einfluß von Goertz und Zobel in der norddeutschen Nazi-Szene stark zurückgegangen; in Nazi-Zeitungen wie dem *Bramfelder Sturm* (s.u.) wird gar „Redeverbot für 'Türken-Goertz'" (Andre Goertz ist mit einer türkischen Frau verheiratet) gefordert.

Faschisten üben Aktionseinheit

Auch wenn das Ziel, eine *Norddeutsche Bewegung* zu schaffen, nicht erreicht wurde (und diese Aktivitäten selten unter dieser Bezeichnung stattfanden, um nicht ein Verbot zu provozieren), so hat dieses Projekt doch zur stärkeren Vernetzung von Nazis in Hamburg und Schleswig-Holstein beigetragen. Hiervon profitiert zur Zeit eine Sammlungsbewegung, die in den letzten Monaten verschiedene Aktionen durchgeführt hat. Sie tritt als lose Aktionseinheit auf, der sich verschiedene Gruppen zuordnen:

- *Bund für Gesamtdeutschland* - diese Partei hat ihren Hauptsitz in Duisburg. Ihr Agitationsschwerpunkt war lange Zeit der Revanchismus. In der BGD-Zeitung *Unsere deutsche Heimat* wurde zum Beispiel ausführlich für die *Aktion Eigentumssicherung Schlesien* geworben. Seit einiger Zeit entwickelt der BGD eine thematisch umfassendere faschistische Propaganda und solidarisiert sich mit bekannten Neonazis. In Schleswig-Holstein treten u.a. **Andreas Rothmann** (Kiel) und **Andre Schwelling** für den BGD auf.

- *Freiheitlicher Volksblock* - die Gruppe wurde von dem ehemaligen Mitglied der verbotenen *Nationalistischen Front* **Thomas Scharf** gegründet und hat ihren Organisationsschwerpunkt in Süddeutschland. Die Gruppe tritt uniformiert auf und hat eine eigene Frauengruppe. Um **Sven Lörchner** in Eutin-Fissau sammelt sich eine Nazi-Gruppe, die sich am FVB orientiert. In Schleswig-Holstein ist der FVB erstmals massiv bei der Nazi-Demonstration in Bad Segeberg am 24. Mai aufgetreten.

- *JN / NPD* - die *NPD* und ihre Jugendorganisation traten in den letzten Jahren in Schleswig-Holstein selten eigenständig auf. Sie beteiligten sich allerdings z.b. gemeinsam mit anderen Gruppierungen an einer Demonstration zum Jahrestag des Todes von Rudolph Hess 1994 in Kaltenkirchen. Massiv tauchte in der jüngeren Vergangenheit Propagandamaterial der JN und der ihr verbundenen Zeitung *Einheit und Kampf* in der Region Flensburg auf. Inzwischen wird auch ein internes Informationsblättchen herausgegeben. Der ehemalige DVU/DLVH-Landtagsabgeordnete **Ingo Stawitz** trat Anfang dieses Jahres in die *NPD* ein. Im Hintergrund waren allerdings *JN*- und *NPD*-Mitglieder an fast allen



FVB-Frauengruppe in Bad Segeberg


Redner in Bad Segeberg: Thomas Wulff (HH) und Konrad Petraschek (rechts: FVB)

Naziaktivitäten in Schleswig-Holstein beteiligt. Dabei nutzten sie zum Teil andere Organisationen, wie zum Beispiel der JN-ler **Andreas Rothmann** den *Bund für Gesamtdeutschland.*

• *Deutsche Liga für Volk und Heimat* - enge Verbindungen der *DLVH* zur militanten Nazi-Szene ließen sich bereits in der Zeit erkennen, als sie noch Abgeordnete im schleswig-holsteinischen Landtag stellte. An ihrem Landesparteitag Mitte September 1994 nahm eine größere Gruppe Nazi-Skins teil; mit Blick auf gemeinsame Aktionen gab es offizielle Gespräche mit der neonazistischen *Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei* (FAP). Mit **Philip Steinbek** wurde ein ehemaliger Ausbilder und Organisator bei Wehrsportübungen Mitarbeiter der DLVH-Fraktion im Landtag. **Thomas Wulff** (Spitzname „Steiner“) trat dem Hamburger Landesverband bei. Letztes Jahr entschloß sich die *DLVH* aufgrund der schlechten Wahlergebnisse, ihren Parteienstatus abzulegen und sich in einen Verein umzuwandeln. Wulff und Umfeld wandten sich gegen diese Umwandlung zum Verein, weil damit die Vorteile des Parteienstatus geopfert würden (z.B. Verbot nur durch das Bundesverfassungsgericht).

• *Patriotische Jugend* - seit 1995 existiert in Hamburg-Bramfeld eine neonazistische Gruppe namens *Patriotische Jugend* (PJ). Sie besteht zumeist aus ehemaligen Mitgliedern der verbotenen *Nationalen Liste* (NL). Seit Oktober 1995 taucht die *Patriotische Jugend* als Herausgeberin des Nazi-Skin-Magazins *Bramfelder Sturm* auf; dieser wird seit Dezember 1994 von ehemaligen NL-Mitgliedern um **Thorsten Bärthel** und **André Schweling** herausgegeben. Die PJ vertreibt über eine Postfachadresse in Henstedt-Ulzburg auch Propagandamaterial und beteiligte sich an verschiedenen Nazidemonstrationen, so am Rudolph-Hess-Gedenkmarsch in Schneverdingen 1995, an der Demonstration am 1. Mai 1996 in Berlin und an den letzten Demonstrationen in Schleswig-Holstein. André Schwelling betätigte sich als Ordner bei der Demonstration in Bad Segeberg. Für den *Bramfelder Sturm* fungierte **Rainer Krause** zeitweise als presserechtlich Verantwortlicher (Ausgabe Nr. 8). Seit Ausgabe Nr. 11 erscheint das Magazin unter dem Titel *Hamburger Sturm.* Die Umbenennung wird folgendermaßen begründet: „Doch inzwischen wird der BS weit über die Grenzen Hamburgs hinaus im ganzen Reiche gelesen ... .” Der *Bramfelder/Hamburger Sturm* enthält neben Konzertberichten und ähnlichem regelmäßig auch politische Berichte, in denen eine harte Auseinandersetzung mit anderen Nazigruppen geführt wird. Nachdem im dänischen Roskilde 1995 ein versuchter internationaler Hessmarsch am Widerstand der Bevölkerung gescheitert war - die Nazis wurden massiv angegriffen und mußten fluchtartig die Stadt verlassen - wurde die Aktion gegenüber Kritikern hart verteidigt. Insbesondere jegliche Kritik an NS-Parolen und ähnlichem wird scharf zurückgewiesen. Gegenüber den Vertretern des „progressiven Nationalismus“ wird extrem feindlich Stellung bezogen, beispielsweise forderte ein Artikel den später auch erfolgten Ausschluß Jan Zobels aus der JN. Kritik wird aber auch an Veranstaltungen der „traditionellen“ Nazigruppierungen formuliert. Nach der Demonstration der NPD gegen die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ in München am 1. März dieses Jahres kritisierte der *Hamburger Sturm* die Abreisse der Busse als „übereilt“ und „panisch“. Es wird empfohlen, Ordnerdienst und ähnliches in Zukunft von „erfahrenen“ Kameraden übernehmen zu lassen und offensiv gegen Antifaschisten vorzugehen. Kritisiert wird, daß nicht versucht wurde, die Demonstration mit Gewalt auf den Münchner Marienplatz zu führen. Über die eigentliche Kritik hinaus, liegt hierin ein weiteres Angebot zur überorganisatorischen Zusammenarbeit.


André Schwelling - *Patriotische Jugend* - als Ordner in Bad Segeberg



Ingo Stawitz ehemals DVU-DLVH, inzwischen NPD, Redner in Bad Segeberg

Führende Nazi-Kader aus diesen Gruppen treten zugleich örtlich mit eigenen faschistischen Gruppen in die Öffentlichkeit. Insgesamt präsentiert sich die schleswig-holsteinische Naziszene zur Zeit als eng verwobene Gemeinschaft verschiedener lokaler Gruppen, Kameradschaften, Bündnisse und Parteimitglieder, die kontinuierlich zusammenarbeiten.

➡ In Henstedt-Ulzburg wurde anläßlich des sog. Volkstrauertages am 17. November 1996 im Namen des BGD von Nazis ein Trauerkranz auf dem Henstedter Friedhof niedergelegt. Personelle Überschneidungen bestehen hier zur DLVH und zur *Patriotischen Jugend*.

➡ In Bad Segeberg wurde nach der Entlassung von **Bernd Tödter** aus dem Knast, wo er wegen Mordes einsaß, ein Freundeskreis nationaler Aktivisten / Kameradschaft Nordmark gegründet. Über diesen werden Wehrsportaktivitäten organisiert. Die „Kameradschaft Nordmark" trat bei der Demonstration am 24. Mai 1997 mit eigenen Transparenten auf.

➡ In Flensburg gibt es eine Nazi-Gruppe mit guten Kontakten zur JN. Als "Bürgerinitiative gegen Gewalt und Drogen!" tritt sie unter Führung von **Tim Kirschner** u.a. mit Flugblättern gegen das alternative Wohnprojekt Hafermarkt auf und fordert „Weg mit dem Projekt Hafermarkt" - keine städtischen Gelder" und „Verbot des aggressiven Bettelns". Kirschner hat u.a. die Teilnahme Flensburger Nazis an der geplanten bundesweiten NPD-Demo in Leipzig am 1. Mai 1997 koordiniert.

➡ Im Raum Rendsburg sammeln sich junge Faschisten in der *Jugendinitiative Kreis Rendsburg-Eckernförde* (vgl. Beitrag in diesem Heft).

Mitglieder und Mitläufer dieser Gruppen treffen sich bei Aktionen, Veranstaltungen oder Konzerten, knüpfen neue Verbindungen, festigen bestehende Kontakte und verabreden Aktionen und weitere Treffen. Im vorpommerschen Klein Bünzow fanden 1996 alleine zehn Konzerte mit Nazi-Bands statt. Die Elmshorner Nazi-Band *Kraftschlag* spielte dort ebenso wie bei einem Konzert in Göteborg am 24. Juni 1995. Von den 1000 Besuchern kamen etwa 300 aus der Bundesrepublik. **Kai Stüwe** aus Reinfeld war mit seiner Nazi-Band *Freikorps* u.a. auf USA-Tournee und ist Leiter der *Hammerskins* in Schleswig-Holstein. Die Hammerskins verstehen sich als „Elite" der Skinbewegung und als „*Vorkämpfer der weißen Rasse*".


Kooperation: Thomas Wulff in Verhandlungen mit der Polizei - Bad Segeberg

Die Nazi-Szene verfügt über eine umfassende Infrastruktur inner- und außerhalb Schleswig-Holsteins. In Neumünster-Gadeland treffen sich regelmäßig Nazis im Club 88 (8 = 8. Buchstabe im Alphabet, so daß 88 für H.H. = Heil Hitler steht), für dessen Betrieb **Christiane Dolscheid** eine Konzession erhalten hat. Klamotten, CDs mit Nazi-Musik oder -Schriften können in Läden wie dem *Buy or Die-Shop* in Hamburg-Lohbrügge oder im *Piccadilly-Shop* (Kiel) erworben oder bei Versandhandeln bestellt werden. In Böklund betreibt **Sven Grade** den Vertrieb *Leserland Nord*, in Burg/ Dithmarschen gibt es Bücher beim Buchdienst Nord (**Tim Schatowitz**) usw. usf.



„Club 88" in Neumünster-Gadeland

Regelmäßig finden auch Fußballturniere statt, wo sich Naziskins aus dem gesamten norddeutschen Raum (Tostedt, Neumünster, Bremen, Hamburg) einfinden.

Nazis im Saal und auf der Straße...

Mit dem Ziel, die Nazi-Szene in Schleswig-Holstein politisch zu orientieren, zu einen und aktionsfähig zu machen, fanden in den letzten Monaten eine Reihe von Veranstaltungen bzw. Aktionen statt:

➡ September 1996: In Hartenholm (Kreis Segeberg) finden sich über 100 FaschistInnen zu einer Veranstaltung des „*Bündnis rechts für Deutschland*" ein, das auf die Kooperation von DLVH und NPD zurückgeht. Als Redner sprechen **Uwe Schäfer**, NPD-Landesvorsitzender (Plön), zu „*Arbeitsplätze für Deutschland*", Ingo Stawitz (DLVH-Landesvorsitzender) zu „*Politik in Schleswig-Holstein*" und **Prof. Dr. Klaus Weinschenk** (Ex-Landesvorsitzender der REP in Berlin) zu „*Die geistige Lage der Deutschen*". In einer Pressemitteilung des „*Bündnis rechts*" teilt **Jens Katzer** (JN) über das Ziel des „*Bündnis rechts*" mit, es solle " *allen sozial und deutschnational gesinnten Menschen ein gemeinsames und parteiübergreifendes Forum bieten. Künftig soll die Parteizugehörigkeit nur von untergeordneter, dafür das gemeinsame Ziel (Bekämpfung der verfehlten Politik der Etablierten) von größter Bedeutung sein.*"

➡ Das „Bündnis Rechts für Deutschland" führt am 10. November 1996 eine Veranstaltung mit dem Nazi-Terroristen **Manfred**



Rattenfänger mit pseudosozialen Forderungen

Roeder durch. Es sprechen erneut Stawitz und Schäfer. Das Treffen wird besucht von Faschisten aus NPD, DLVH, BGD, JN, REP und von *„freien Nationalisten"*.

➡ In Bad Segeberg findet am 30. November 96 eine Nazi-Demo unter dem Motto *„Kampf den Drogendealern in der Politik - Heide Moser tritt zurück!"* statt. Als Veranstalterin tritt die *Initiative gegen Drogenfreigabe* mit Postfachadresse in Henstedt-Ulzburg auf.

➡ Das „Bündnis Rechts" führt im März 1997 in Nortorf eine weitere Veranstaltung durch. Erneut sprechen Stawitz und Schäfer. Gastredner ist der Faschist **Wolfgang Juchem** der *Aktion Freies Deutschland*. Die Leitung der Versammlung liegt bei **Kurt Bunde**.

➡ Eine für den 15. März 1997 in Segeberg von **Stefan Kallweit** angemeldete Demo wird vom Landrat verboten. Die *Initiative gegen Drogenfreigabe* weicht nach Quickborn aus, wo etwa 40 FaschistInnen mit Sprechchören wie *„Schleswig-Holstein Widerstand - Drogen raus aus unserem Land"* ungestört durch die Stadt ziehen. Als Redner treten Ingo Stawitz und Thomas Wulff aus; es nehmen Nazis aus NPD, DLVH, BGD und "freie Nationalisten" teil, von denen einige aus dem Sauerland anreisen.

➡ In der Nähe Neumünsters findet am 16. März der *1. Landeskongreß des Nationalen Widerstandes* statt. Die formelle Leitung liegt bei Andreas Rothmann vom BGD (Kiel), im Hintergrund ist Thomas Wulff (Ex-NL) federführend tätig. Als Redner treten Stawitz, Schäfer und **Pierre Krebs** vom *Thule-Seminar* auf. Ziel der Veranstaltung ist die Vernetzung der Nazis und ihre Aktivierung. Schäfer und Stawitz sprechen sich hinsichtlich der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein für ein gemeinsames Auftreten aus, halten ein Zusammengehen mit REP und DVU jedoch für eher unwahrscheinlich. Wulff fordert in seiner Ansprache dazu auf, **„Politik auf die Straße zu tragen und sich nicht in Hinterzimmern zu verstecken"**. Zum Abschluß spielt der Nazi-Liedermacher *Sleipnir*.

➡ Eine ursprünglich für den 24. Mai 1997 in Plön von Sven Lörchner angemeldete Demonstration unter dem FVB-Slogan *„Deutschland in Not"* wird dort verboten, kann dann jedoch in Segeberg nach Anmeldung durch **Thekla Kosche** stattfinden. Etwa 150 Nazis (DLVH, JN, NPD, BGD, FVB, „Freie Nationalisten") marschieren unter Polizeibegleitung durch die Stadt. Es sprechen Ingo Stawitz, Thomas Wulff und **Konrad Petraschek** (FVB). Anschließend findet in einer Gaststätte in Klein Gladebrügge eine Saalveranstaltung der Nazis statt.

Die hier skizzierte Entwicklung der Nazi-Struktur und ihrer Aktivitäten läßt sich in fünf Punkten zusammenfassen, die für antifaschistische Gegenwehr Bedeutung haben:

1. Die faschistischen Aktionen und Veranstaltungen sind besser organisiert als Anfang der 90er Jahre. Auf der Basis örtlicher „Kameradschaften" oder Ortsgruppen und über die Vernetzung der jeweiligen Kader finden Mobilisierungen zu öffentlichen Aktionen und internen Veranstaltungen statt. Diese laufen weitgehend ungestört ab.

2. Organisationsegoismen der verschiedenen Gruppen und Organisationen sind in den Hintergrund getreten. Die Vernetzung der Nazi-Szene in Schleswig-Holstein schreitet voran, ohne daß die Schaffung einer einheitlich nach außen auftretenden Organisation im Vordergrund steht. Als Aktionseinheit verschiedener Gruppen mit unterschiedlichem Status (lokale Gruppe, Partei, themenbezogene Initiative) läßt sich eine großer Teil der Nazi-Szene einbinden.

3. Die Nazis treten mit ihrer Hetze und ihrer sozialen Demagogie verstärkt offensiv in der Öffentlichkeit auf. Mehrfach konnten sie in der vergangenen Zeit Demonstrationen durchführen. Dies ist jedoch nur Teil ihres „Kampfes um die Straße": je stärker ihr Selbstvertrauen, desto schärfer wird der Terror gegen Linke, Flüchtlinge, MigrantInnen, Feministinnen...

4. Die faschistischen Gruppen versuchen verstärkt an Themen anzuknüpfen, die in der Öffentlichkeit breit diskutiert werden, z.B. Drogenpolitik oder sexualisierte Mißhandlung von Kindern und Pornographie. Sie nutzen diese Themen als Plattformen für ihre faschistischer Propaganda.

5. Für die Kommunalwahl im Frühjahr 1998 ist mit einem verstärkten Auftreten von Faschisten zu rechnen, u.a. in Gestalt von Kandidaturen und Aktionen. Die wachsende Einigung und die Durchsetzung von Propaganda und Aktion auf den Straßen sollen auch in parlamentarische Vertretung (incl. Zugang zu Infrastruktur und Geldmitteln) umgesetzt werden.

VF

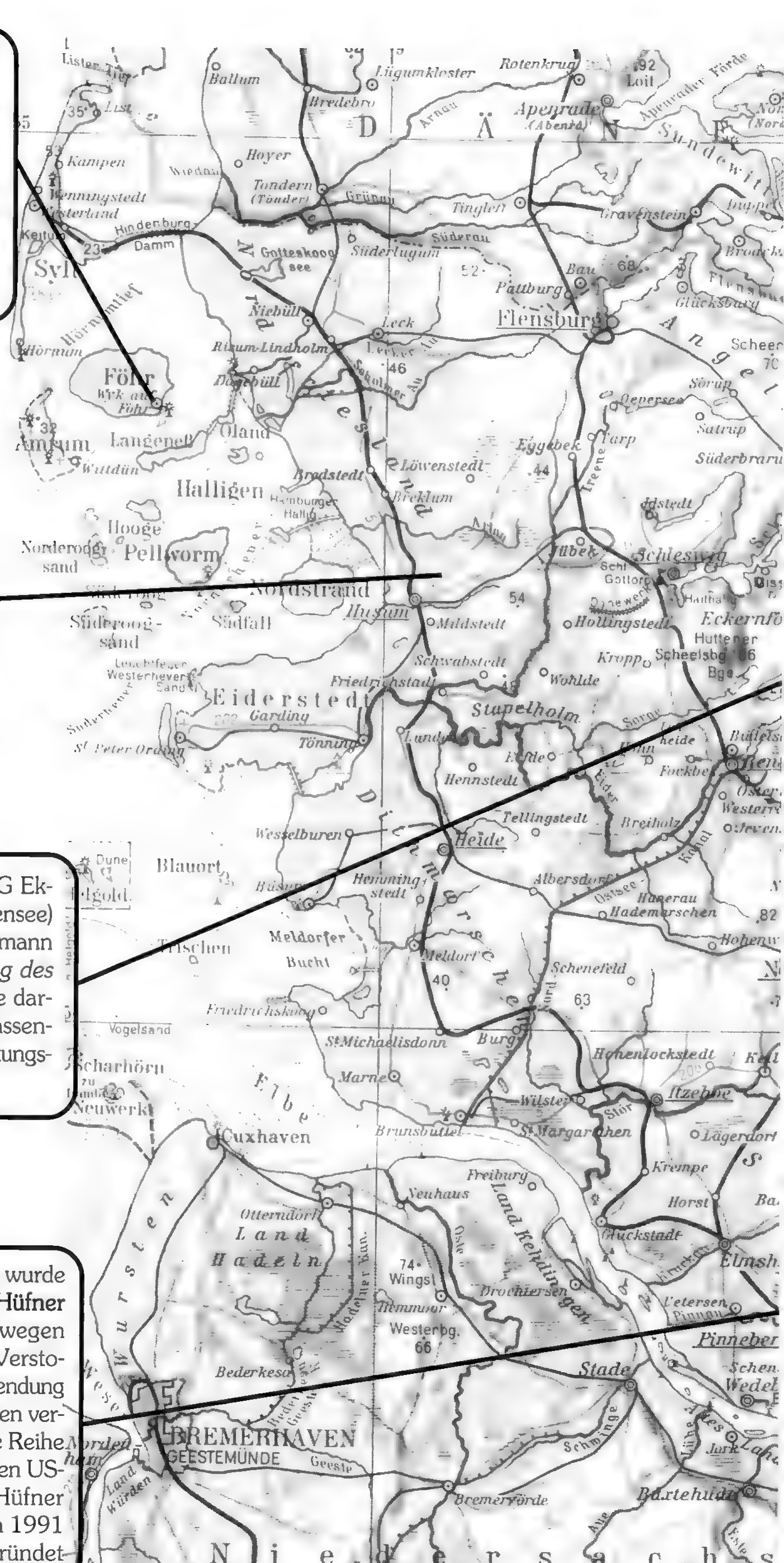
Schon gehört?

Für den *Bund Freier Bürger (BFB)*, der um die rassistisch, neoliberal und revanchistisch eingestellten WählerInnen buhlt und vom ehemaligen FDP-Funktionär Manfred Brunner geführt wird, lehnt sich nun auch **Siegfried Pelz** aus Wyk auf Föhr aus dem Fenster. In einer Anzeige im Flensburger Tageblatt Ende Mai forderte er u.a. den Rücktritt von Kohl und Waigel. Pelz ist Landesvorsitzender des BFB-Landesverbandes Schleswig-Holstein.

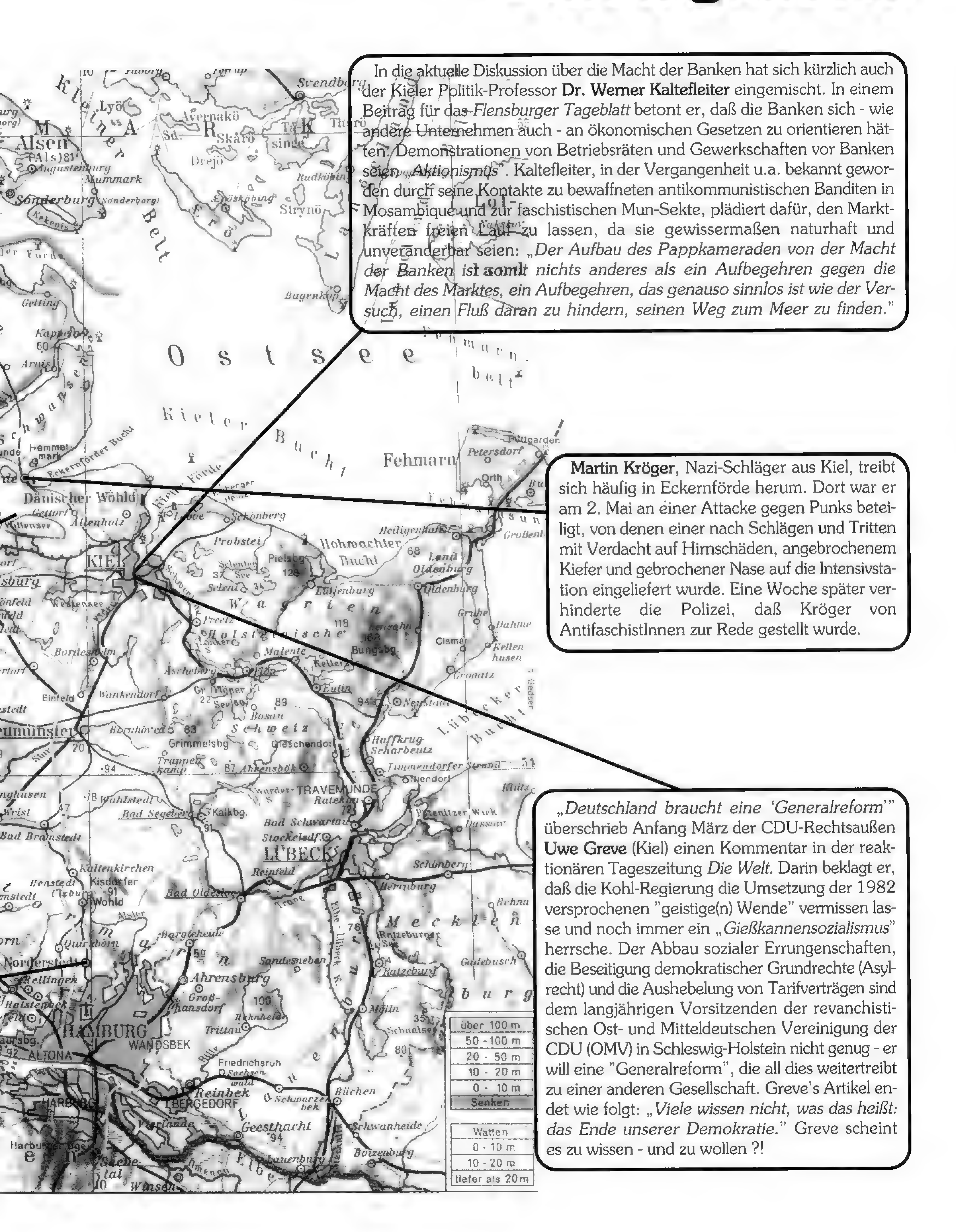
Erneut hat sich im Juni 1997 der Verleger antisemitischer Literatur, **Roland Bohlinger** (Viöl), mit einem Bettelbrief an seine Kundschaft gewandt. Zu stark vergünstigten Preisen kann jede Menge Hetzliteratur erworben werden, damit Bohlinger dringend benötigtes Bargeld erhält.

Wegen zweifacher Volksverhetzung hat das AG Ekkernförde Mitte April **Horst Ochmann** (Groß Wittensee) zu einer Geldstrafe von 7.200.- DM verurteilt. Ochmann ist Herausgeber des *Anzeiger der Notverwaltung des Deutschen Ostens im Deutschen Reich* und hatte darin antisemitische Ansichten verbreitet und den Massenmord an den Juden sowie die Existenz der Vernichtungslager der Nazis in Zweifel gezogen.

Zu 18 Monaten Haft wegen sexueller Nötigung wurde Ende April der Norderstedter Neonazi **Michael Hüfner** verurteilt. Bereits im Juni 1993 war er u.a. wegen versuchter schwerer Brandstiftung in vier Fällen, Verstoßes gegen das Waffengesetz, Beleidigung und Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen verurteilt worden. Auf Hüfners Konto ging eine ganze Reihe von Anschlägen unter dem Zeichen der gewalttätigen US-amerikanischen Rassistengruppe *KuKluxKlan*. Hüfner gehörte einer etwa elfköpfigen Gruppe an, die sich 1991 unter dem Namen *Blut und Ehre Division* gegründet hatte.



Schon gehört?

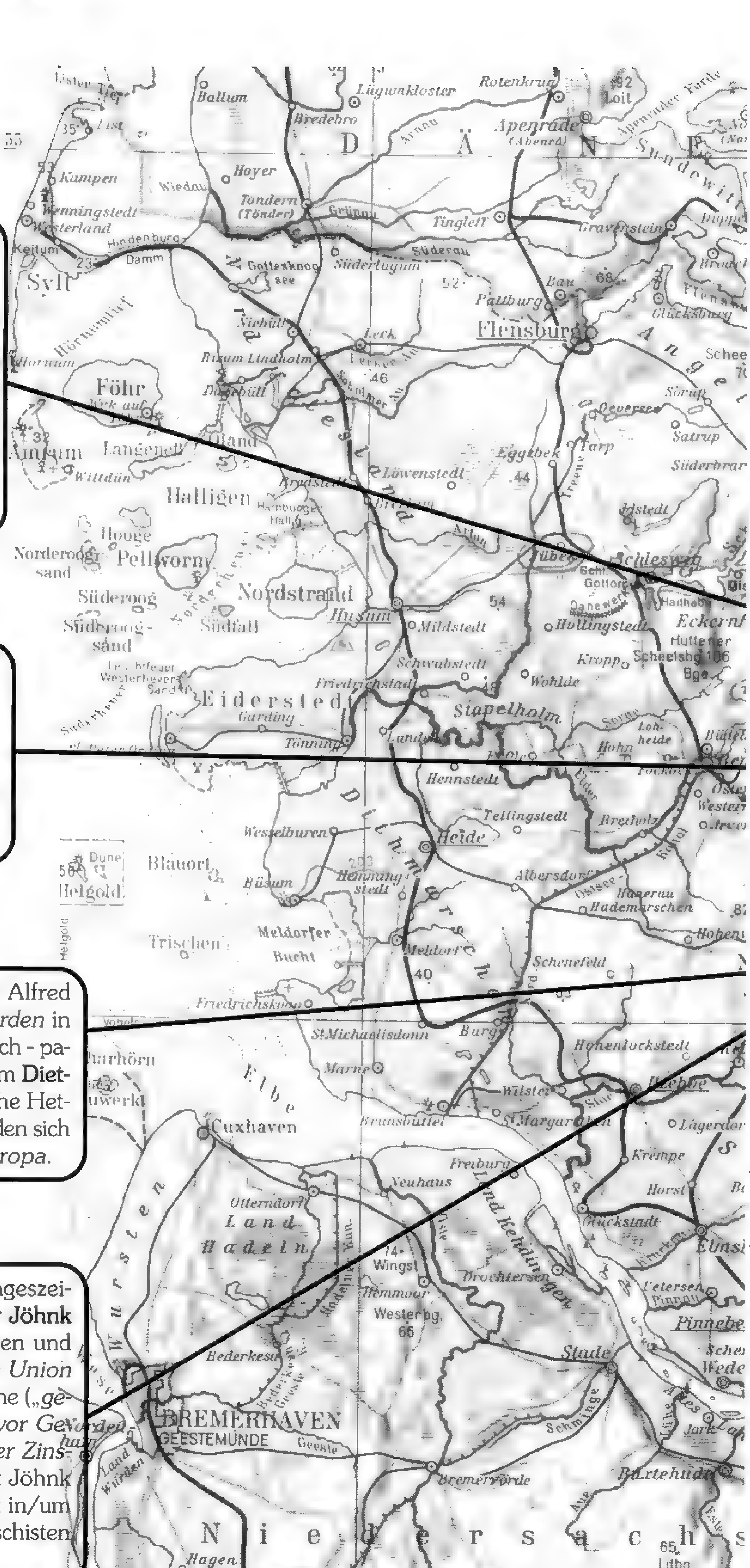


In die aktuelle Diskussion über die Macht der Banken hat sich kürzlich auch der Kieler Politik-Professor **Dr. Werner Kaltefleiter** eingemischt. In einem Beitrag für das *Flensburger Tageblatt* betont er, daß die Banken sich - wie andere Unternehmen auch - an ökonomischen Gesetzen zu orientieren hätten. Demonstrationen von Betriebsräten und Gewerkschaften vor Banken seien „Aktionismus". Kaltefleiter, in der Vergangenheit u.a. bekannt geworden durch seine Kontakte zu bewaffneten antikommunistischen Banditen in Mosambique und zur faschistischen Mun-Sekte, plädiert dafür, den Marktkräften freien Lauf zu lassen, da sie gewissermaßen naturhaft und unveränderbar seien: *„Der Aufbau des Pappkameraden von der Macht der Banken ist somit nichts anderes als ein Aufbegehren gegen die Macht des Marktes, ein Aufbegehren, das genauso sinnlos ist wie der Versuch, einen Fluß daran zu hindern, seinen Weg zum Meer zu finden."*

Martin Kröger, Nazi-Schläger aus Kiel, treibt sich häufig in Eckernförde herum. Dort war er am 2. Mai an einer Attacke gegen Punks beteiligt, von denen einer nach Schlägen und Tritten mit Verdacht auf Hirnschäden, angebrochenem Kiefer und gebrochener Nase auf die Intensivstation eingeliefert wurde. Eine Woche später verhinderte die Polizei, daß Kröger von AntifaschistInnen zur Rede gestellt wurde.

„Deutschland braucht eine 'Generalreform'" überschrieb Anfang März der CDU-Rechtsaußen **Uwe Greve** (Kiel) einen Kommentar in der reaktionären Tageszeitung *Die Welt.* Darin beklagt er, daß die Kohl-Regierung die Umsetzung der 1982 versprochenen "geistige(n) Wende" vermissen lasse und noch immer ein *„Gießkannensozialismus"* herrsche. Der Abbau sozialer Errungenschaften, die Beseitigung demokratischer Grundrechte (Asylrecht) und die Aushebelung von Tarifverträgen sind dem langjährigen Vorsitzenden der revanchistischen Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU (OMV) in Schleswig-Holstein nicht genug - er will eine "Generalreform", die all dies weitertreibt zu einer anderen Gesellschaft. Greve's Artikel endet wie folgt: *„Viele wissen nicht, was das heißt: das Ende unserer Demokratie."* Greve scheint es zu wissen - und zu wollen ?!

Schon gehört?



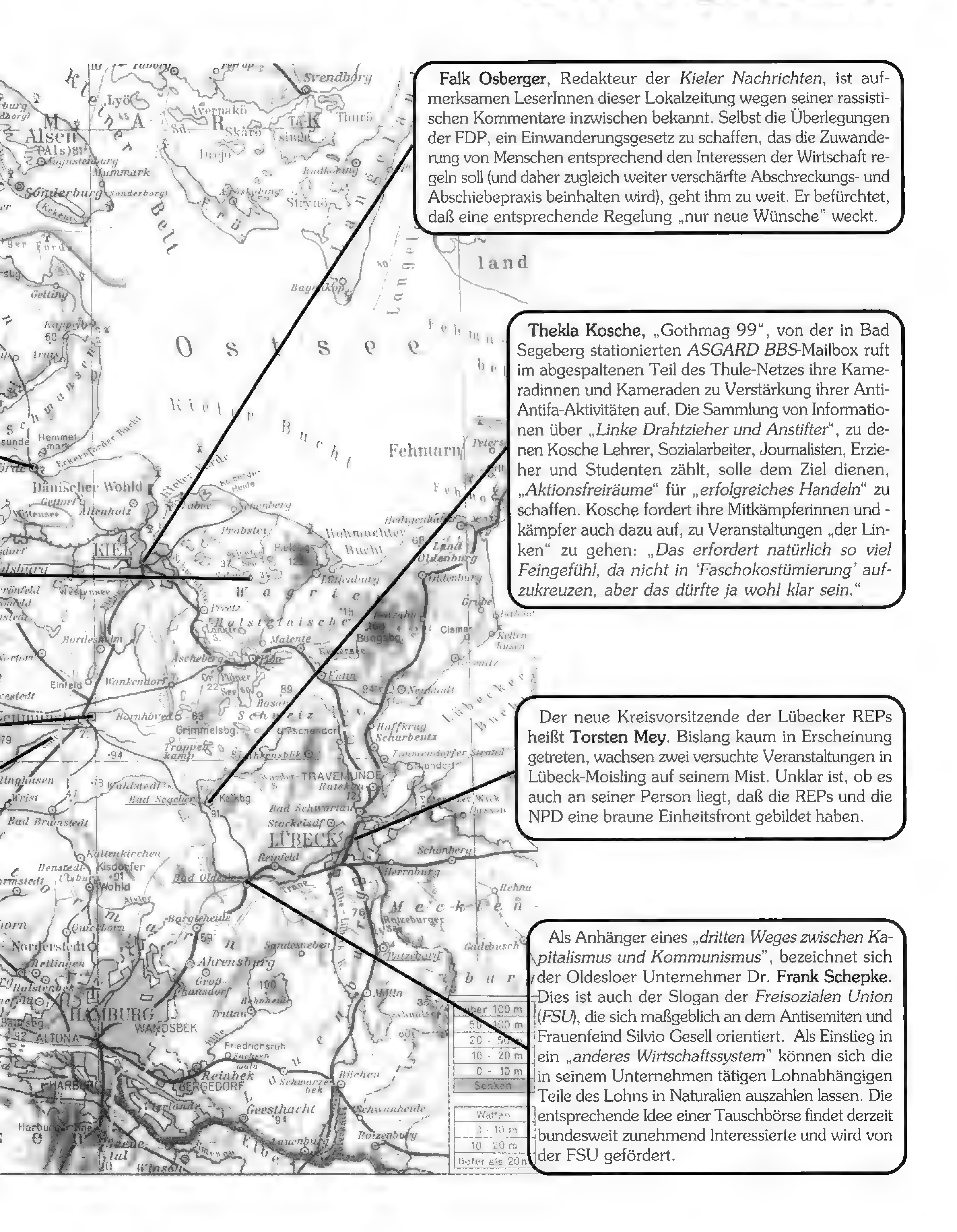
Die Junge Union (Kreis Rendsburg-Eckernförde) hat sich der Kampagne gegen die Bodenreform, die nach 1945 in der späteren DDR eingeleitet wurde, angeschlossen. Als Vorsitzender zeichnet **Daniel Günther** verantwortlich für eine große Anzeige, die im März 1997 in der Tageszeitung *Die Welt* erschien. Die demokratisch zustandegekommene Enteignung der Junker, die sich als Steigebügelhalter der Nazis betätigt hatten, wird seit einigen Monaten offensiv von Teilen der CDU, FDP und von Faschisten bekämpft.

„Das andere deutsche Nachrichtenmagazin", Nachfolger der antisemitischen Monatszeitschrift *CODE*, wurde im November 1995 eingestellt. Seit August 1996 bemüht sich **Dietmar Munier**, Verleger faschistischer Literatur und revanchistischer Aktivist in der Region Kaliningrad, darum, das Magazin neu herauszubringen.

Der *Deutschland-Bewegung* des Rechtsaußen Alfred Mechtersheimer fühlt sich der *Deutsche Kreuzorden* in Neumünster verbunden. Unter dem Motto „Christlich - patriotisch - jugendbewegt" verbreitet die Gruppe um **Dietmar von Seht** (Neumünster) vor allem antiislamische Hetze. Werbeanzeigen des Deutschen Kreuzordens finden sich u.a. in der *Jungen Freiheit* und in *Nation + Europa*.

Gleich zweimal war der *Holsteiner Courier* (Tageszeitung für Neumünster) im März Forum für **Walter Jöhnk** aus Wasbek. Ähnlich wie die an dem Antisemiten und Frauenfeind Silvio Gesell orientierte *Freisoziale Union* (*FSU*) verbindet er radikal daherkommende Sprüche („*gehören die Verantwortlichen für dies System ... vor Gericht!*") mit sozialer Demagogie („*Aussetzung der Zinszahlungen an die Kapitaleigner*"). Hoffnung setzt Jöhnk auf „Jugend-Initiativen"; unter diesem Namen ist in/um Rendsburg seit einiger Zeit eine Gruppe junger Faschisten aktiv.

Schon gehört?



Falk Osberger, Redakteur der *Kieler Nachrichten*, ist aufmerksamen LeserInnen dieser Lokalzeitung wegen seiner rassistischen Kommentare inzwischen bekannt. Selbst die Überlegungen der FDP, ein Einwanderungsgesetz zu schaffen, das die Zuwanderung von Menschen entsprechend den Interessen der Wirtschaft regeln soll (und daher zugleich weiter verschärfte Abschreckungs- und Abschiebepraxis beinhalten wird), geht ihm zu weit. Er befürchtet, daß eine entsprechende Regelung „nur neue Wünsche" weckt.

Thekla Kosche, „Gothmag 99", von der in Bad Segeberg stationierten *ASGARD BBS*-Mailbox ruft im abgespaltenen Teil des Thule-Netzes ihre Kameradinnen und Kameraden zu Verstärkung ihrer Anti-Antifa-Aktivitäten auf. Die Sammlung von Informationen über *„Linke Drahtzieher und Anstifter"*, zu denen Kosche Lehrer, Sozialarbeiter, Journalisten, Erzieher und Studenten zählt, solle dem Ziel dienen, *„Aktionsfreiräume"* für *„erfolgreiches Handeln"* zu schaffen. Kosche fordert ihre Mitkämpferinnen und -kämpfer auch dazu auf, zu Veranstaltungen „der Linken" zu gehen: *„Das erfordert natürlich so viel Feingefühl, da nicht in 'Faschokostümierung' aufzukreuzen, aber das dürfte ja wohl klar sein."*

Der neue Kreisvorsitzende der Lübecker REPs heißt **Torsten Mey**. Bislang kaum in Erscheinung getreten, wachsen zwei versuchte Veranstaltungen in Lübeck-Moisling auf seinem Mist. Unklar ist, ob es auch an seiner Person liegt, daß die REPs und die NPD eine braune Einheitsfront gebildet haben.

Als Anhänger eines *„dritten Weges zwischen Kapitalismus und Kommunismus"*, bezeichnet sich der Oldesloer Unternehmer Dr. **Frank Schepke**. Dies ist auch der Slogan der *Freisozialen Union* (*FSU*), die sich maßgeblich an dem Antisemiten und Frauenfeind Silvio Gesell orientiert. Als Einstieg in ein *„anderes Wirtschaftssystem"* können sich die in seinem Unternehmen tätigen Lohnabhängigen Teile des Lohns in Naturalien auszahlen lassen. Die entsprechende Idee einer Tauschbörse findet derzeit bundesweit zunehmend Interessierte und wird von der FSU gefördert.

DAS KULTURMAGAZIN IN Enough is enough!

VERZERRER

Platten - Platten - Platten - Platten - Platten - Platten

Lard / pure chewing satisfaction

Nach geschätzten 6 Jahren Veröffentlichungspause meldet sich ein Projekt zurück, das die kreativen Köpfe von Ministry mit der Kultkreissäge Jello Biafra (Ex - Dead Kennedys) verbindet. Immerhin hat die erste Platte dieser Formation das Leben der Zeckenfunkredakteure entscheidend beeinflußt und wir können bestätigen, daß die „Power of Lard“ nicht nachgelassen hat. Nach eigener Aussage handelt es sich zum größten Teil um alte Stücke, die dann auch gewohnt zur Sache kommen, an Jellos Gesang scheiden sich seit jeher die Geister, wir lieben ihn dafür. Für alle jugendlichen MTV verseuchten Hörer bzw. Leser, die über das Bad Religion hören nicht zu den Dead Kennedys und den Folgeprojekten gekommen sind, sei es noch einmal gesagt: hier handelt es sich um 100%ig aktuelle politische Maximalforderungen, unterlegt mit einer Musik, die uns vor 6 oder 7 Jahren als eine Offenbarung der Härte erschien, gekrönt von Jellos manischem Gesang. Treffend im INTRO beschrieben „Damals war LARD eine unglaublich epische Walze aus Lärm und Geschrei und in Bezug auf Härte und Dichte unerreicht“. Leider haben sich die Zeiten geändert, mitlerweile hat jedes fünftklassiges Studio ein kleines Airbuscockpit und es wird allerorten gelärmt und imitiert was das Zeug hält. Aber trotz unzähliger zwischenzeitlich veröffentlichter Imitate immer noch das ungeschlagene Original!!!

caspar brötzmann & page hamilton / Subsonic 4

Eine Platte mit 6 Instrumentalstücken und 48min Spielzeit! Das sagt schon fast alles über das Ergebnis der Fusion des Radaubruders Brötzmann mit Helmet Sänger Hamilton. Symphatien erwuchsen vermutlich auf den gemeinsamen ausgedehnten Touren in Europa und USA... Den geneigten Hörer erwarten fast endlose Gitarrengewitter in Brötzmannmanier, die nie langweilig werden, aber garantiert bei vielen Menschen schwere Depressionen auslösen, wie alle Brötzmann-Scheiben also ein Fall für echte Fans.

Ignite / Past our Means

Zu Ignite müssen nicht viele Worte verloren werden, beherbergen sie doch Mitglieder der legendären „Unity“- dem Side-Project von „Uniform Choice“, daß schon Ende der ‘80er Jahre für eine Hardcore-Welle in Europa gesorgt hat. Den Sound von „Unity“ verfolgen Ignite heute gekonnt weiter, lockere kalifornische Oldschool-HC Gitarren, rauh gespielt durchsetzt mit göttlichen Melodien. Dazu angenehme Gesangslinien, fertig ist die Ignite Platte, keine Überraschung aber ein verläßlicher Faktor in dieser Zeit...

1. Mai - Flensburger Neonazis nicht dabei!

Eineinhalb Wochen vor dem ersten Mai begannen Flensburger Neonazis für den geplanten bundesweiten Massenaufmarsch der Naziszene in Leipzig zu mobilisieren. Mit Plakaten und Aufklebern der Jungen Nationaldemokraten (JN) versuchten sie in Kontakt mit anderen Neonazis zu treten. Den Plakaten, die in mehreren Stadtteilen verklebt wurden, war die Information zugefügt, daß auch Busse aus Flensburg fahren würden. Auch Treffpunkt, Uhrzeit und Kontaktnummer wurden bekannt gegeben.

Schon bald stellte sich heraus, daß es sich bei den Infos um den Versuch handelte, die örtliche Antifa zu täuschen. Lediglich ein Auto war für den Transport der Interessenten, die in Hamburger Busse verfrachtet werden sollten, organisiert. Dabei handelt es sich um das JN-Mitglied **Tim Kirschner** aus Handewitt (nahe Flensburg). Gemeinsam mit dem JN-Mitglied **Ulf Blessmann** und zwei weiteren Jungfaschisten ist er auch für das Verkleben der Plakate verantwortlich. Bei der Person die hinter der Kontaktrufnummer steht, handelt es sich ebenfalls um Kirschner (*76). Er gehörte auch zu den Initiatoren eines Flugblattes, welches im Frühjahr gegen das autonome Wohnprojekt Hafermarkt hetzte. Sein Postfach diente dabei als Kontaktadresse. Erstmalig trat Kirschner im März '94 in Erscheinung. Damals traf er sich mit dem Neonazi **Sven Fischer** aus Satrup, dieser wurde Tags zuvor beim Grenzschmuggel von Materialien des faschistischen Nordwind-Verlags in Kruså von Grenzbeamten gestellt.

Trotz des Arbeitsaufwandes anläßlich des 1. Mai blieb die ergriffene Initiative der Neonazis erfolglos. Es gab keine Rückmeldung von Gleichgesinnten. Dazu beigetragen haben sicherlich die Bemühungen von AntifaschistInnen, die dafür sorgten, daß Propagandaplakate nur kurz, in vielen Fällen sogar nur wenige Minuten hingen. Auch mit dem mißlungenen Mobilisierungsversuch im Nakken, beabsichtigten Kirschner und Kumpanen, sich an den Aktivitäten des 1. Mai zu beteiligen. Gegen Mitternacht plante Kirschner die wenigen Interessenten, darunter auch der Flensburger **Knut Sogorski**, an verschiedenen Orten einzusammeln. Einem BekennerInnenschreiben war zu entnehmen, daß dieses Vorhaben unterbunden wurde. Am Spätabend des 30. April sorgten Unbekannte dafür, daß an eine Fahrt mit Kirschners Fahrzeug nicht mehr zu denken war. Die Gruppe wurde somit im Vorfeld erfolgreich davon abgehalten, sich einem geplanten neofaschistischen Massenspektakel anzuschließen.

Nordischer Ring in Bredstedt

Am Sonntag, den 25. Mai '97 rief das Bündnis gegen Rechts aus Celle zu einer antifaschistischen Demonstration nach Bredstedt in Nordfriesland auf. Etwa 100 Menschen kamen. Anlaß für diese Demonstration gab Dr. Heinrich Wollanz.

Dr. Heinrich Wollanz ist Mitglied des *Nordischen Rings*, war bis1984 Vorstandsmitglied und stellt seitdem seine Anschrift als Kontaktadresse für diesen „Verein" zur Verfügung (Theodor-Storm-Straße 23).

Der Nordische Ring ist eine bundesweit agierende Gruppe, die sich hauptsächlich aus älteren Menschen zusammensetzt und offen den Rassismus vertritt. Dabei wird „Rasse" als Lebensgesetz definiert und dazu direkt auf die „Rassenkunde" des Nationalsozialismus zurückgegriffen. Von 1990-92 war der Nazi-Autor **Dieter Vollmer** aus Schleswig Vereinsvorsitzender. Seit 1993 führt die Rentnerin **Maria Thöle** aus Hamburg diese Organisation. Zweiter Vorsitzender ist der bekannte Nazi-Anwalt und ehemaliger **NF** (*Nationalistische Front*)-Funktionär **Jürgen Rieger**.

In einer 1992 veröffentlichen Selbstdarstellung des Nordischen Rings mit dem Titel: „Wir wollen uns Ihnen vorstellen", wird z.B. folgendes an die LeserInnen gebracht: „Jede ethnische Gruppe auf dieser Erde kann sich am besten in ihrem eigenen Lebensraum entfalten. Es wäre ein Rückschritt, diese Entwicklung durch Vermischung wieder aufzuheben. Die zunehmende Überfremdung verändert nicht nur das äußere Erscheinungsbild eines Volkes, sondern auch seinen Charakter."

Nicht zuletzt pflegt der Nordische Ring auch zu anderen neuheidnisch-rassistischen Organisationen, wie der „*Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung*" und der offen faschistischen *Artgemeinschaft* gute Kontakte, wie z.B. bei den „*Hetendorfer Tagunswochen*".

Schleswiger Unitarier-Anwalt Ralf Bernd Abel in Nöten

Ralf Bernd Abel, Rechtsanwalt aus Schleswig und Mitglied der CDU und der Wirtschaftsjunioren Deutschlands, gilt als Experte für Scientology. In dieser Eigenschaft sitzt er in der Bundestags-Enquetekommission „Sogenannte Sekten und Psychogruppen", wird zu Vorträgen eingeladen oder veröffentlicht Beiträge über die Scientology-Kirche (z.B: FAZ 11. März 1997). Weitgehend unbeachtet blieben Rechercheergebnisse, die 1991 in Kiel von AntifaschistInnen vorgelegt worden waren und Abel als langjährigen Aktivisten der völkisch-rassistischen Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft *(DUR) zeigten.*

In deren überregionaler Zeitschrift *glaube + tat*, deren „Schriftleiter" (= Chefredakteur) er war, schrieb er 1977 zu seiner Biographie: *„Mein Lehrer Dr. Augustin machte mich damals auf seinen Schüler-Gesprächskreis FREIES FORUM in Wuppertal aufmerksam, in dem das offene Gespräch ohne weltanschauliche Enge, konfessionelle Beschränkung oder gesellschaftliche Vorurteile möglich war.*"

Von Bräuchen und Kultstätten

Welches Umfeld Abel hier so positiv würdigt, macht ein Blick auf die Aktivitäten jenes **Alarich Augustin** deutlich: 1942 veröffentlichte er im Berliner Verlag der SS-Einrichtung *„Ahnenerbe-Stiftung"* ebenso wie in den späteren DUR-Publikationen über vermeintliche *„germanisch-heidnische Bräuche und Kultstätten"*. Er hielt als Mitglied des Geistigen Rates der DUR unzählige Vorträge in der Bundesrepublik und vertrat Anfang der 80er Jahre - der Neonazi **Manfred Roeder** organisierte die ersten Mordanschläge auf Flüchtlinge - u.a. in den *Unitarischen Blättern* rassistische Thesen von einer 'drohenden Überfremdung'.

Abel selbst stützte sich bei seiner in der Zeitschrift der DUR Schleswig-Holstein veröffentlichten Behauptung von der 'Ungleichheit der Rassen', vor allem auf die Arbeiten von Arthur R. Jensen und Hans Jürgen Eysenck, die ihren rassistischen Unsinn auch in neofaschistischen Zeitschriften veröffentlichen konnten.

„Nur mal reingeschaut..."

Eine Veröffentlichung von Peter Kratz in der Zeitschrift *Konkret* sowie von Andrea Röpke in *Die Woche*, die Abels enge Verbindungen mit der völkisch-rassistischen Sekte umfangreich belegten, haben den Sekten-Experten Abel und die DUR nun aufgeschreckt. Er selbst behauptet inzwischen, „da mal reingeschaut" zu haben. Dabei war er nicht nur seit 1966 Mitarbeiter der DUR-Zeitung, sondern wurde 1983 für mehr als sieben Jahre Leiter des Hilfswerkes der Unitarier. Seit 1970 Mitglied im *Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband*, kassiert das Werk Fördergelder von Bund, Land und Kommunen (auch in Schleswig-Holstein). Abel, der sich gegenüber der Zeitung *Die Woche* mit der Bemerkung, damals habe er längst keine konkreten Beiträge mehr geleistet, von rassistischen Texten des zweiten Chefredakteurs der DUR-Zeitschrift, Günter Pahl (Pinneberg), „distanzierte", ist heute Mitglied der CDU, deren rassistische Ausgrenzungspolitik wohl bekannt ist.

Hilfreich zur Seite sprang Abel nach der Veröffentlichung in *Die Woche* in einer langen Stellungnahme der Kieler **Wolfgang Deppert**, auch er langjähriger Aktivist der DUR. Weniger interessant als die Wiederholung bereits bekannter Ausflüchte dürfte dabei sein, daß Prof. Dr. Deppert bei der Unterzeichnung seines Leserbriefes seinen Namen um *„Philosophisches Seminar, Christian-Albrechts-Universität, Kiel"* ergänzte - und damit den Eindruck erweckte, hier handele es sich um eine offizielle Stellungnahme der Kieler Universität.

Rassismus im Süderbraruper Freibad

Nachdem eine kleine Gruppe bosnischer Kriegsflüchtlinge wiederholt den Bademeister des örtlichen Freibades massiv bedroht hatte, ließ der Bürgermeister der Gemeinde, **Johannes-Peter Henningsen**, das Freibad für alle etwa 150 in Süderbrarup untergebrachten BosnierInnen sperren. Sowohl der Bademeister, als auch die Gemeinde haben Strafanzeige gegen die „Rädelsführer" gestellt, denen weitere Delikte nachgewiesen werden könnten. Die Gemeindevertreter fordern unterdessen die Umquartierung der straffällig gewordenen Bosnier. Daß nun alle bosnischen Flüchtlinge für das angebliche Fehlverhalten einiger weniger büßen sollen, entbehrt jeglicher Logik und läßt sich eigentlich nur als Ausdruck rassistischer Vorurteile gegenüber Flüchtlingen erklären.

Burschenschaftler sprengen AStA-Veranstaltung

Am 10. Juni sollte im Audimax der Uni Kiel ein Vortrag unter dem Titel wie "Rechts sind die Studierenden" stattfinden. Veranstalter waren das AStA-Referat für politische Bildung, das Antifa Uniplenum und die Fachschaft Soziologie. Geplant war die Vorstellung einer Studie des Frankfurter Instituts für Sozialforschung durch einen angereisten Referenten. Zu diesem Vortrag kam es allerdings nicht, da eine Gruppe von ca. 60 rechten Studierenden aufmarschierte, die in der schwach besuchten Veranstaltung die übergroße Mehrheit gestellt hätten. Die Rechten kamen aus den Kieler Burschenschaften, der *Hochschulgilde Theodor Storm* und anderen Verbindungen sowie aus dem Kieler *RCDS*. Die Burschenschaftler marschierten „farbentragend" auf, d.h. sie trugen Bänzel, mit denen sie ihre Zugehörigkeit zu den faschistoiden Vereinigungen zeigten. Die Veranstaltung wurde daraufhin abgebrochen. Der Auftritt der Burschenschaftler zeigt ziemlich deutlich die Mobilisierungskraft der Rechten an der Uni, und das sie über Organi-sationsgrenzen hinweg gemeinsam auftreten. Die Aktion ist für die Rechten ein voller Erfolg, da sie gezeigt haben, daß es zur Zeit nicht möglich ist Veranstaltungen in dieser Form an der Uni durchzuführen. Kritisch muß angemerkt werden, daß die VeranstalterInnen die Gefahr einer rechten Mobilisierung leichtfertig ignorierten und so den Erfolg der Rechten erst ermöglichten.

Nazi-Schmierereien in der Kieler Uni

Mitte April wurde das sich in der Seminarsbibliothek der Geschichte befindliche Buch „Hitlers willige Vollstecker" des amerikanischen Historikers Daniel J. Goldhagen von einer unbekannten Person mit Hakenkreuzen und Naziparolen beschmiert. Die Geschäftsleitung des Historischen Seminars forderte das Rektorat auf, Anzeige gegen Unbekannt zu stellen, da hier die Tatbestände des Aufrufs zum Völkermord, der Verbreitung nazistischer Propaganda, der Verwendung nationalsozialistischer Symbole und der Sachbeschädigung gegeben sind. Des weiteren wird für den Fall, daß die Tat von eine, Angehörigen des Historischen Seminars begangen wurde mit schärfsten disziplinarischen Konsequenzen gedroht.

TERMINE

1. bis 19. September 1997: Ausstellung „Schwestern vergeßt uns nicht. Frauen im Konzentrationslager: Moringen, Lichtenburg, Ravensbrück 1938 - 1945" in der Stadtbücherei in Kiel, Holstenbrücke 1. Die Ausstellung ist während der allgemeinen Öffnungszeiten der Stadtbücherei (Mo, Di, Do, Fr 11.00-19.00 Uhr, Mi 15.00 - 19.00 Uhr) für alle Interessierten geöffnet.

Die folgenden Begleitveranstaltungen sind *nur für Frauen* zugänglich:

1. September 1997, 20.00 Uhr: Eröffnungsveranstaltung mit Gertrud Müller, Überlebende des Konzentrationslagers Ravensbrück und Vorsitzende der Lagergemeinschaft Ravensbrück. Stadtbücherei, Einlaß ab 19.30 Uhr.

4. September 1997, 20.00 Uhr, Filmabend. Zwei Filme, ein westdeutscher und ein in der ehemaligen DDR entstandener Film, stellen das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück dar. Stadtbücherei, Einlaß ab 19.30 Uhr.

10. September 1997, 20.00 Uhr: Lesung mit Ceija Stojka, Überlebende der Konzentrationslager Auschwitz, Bergen-Belsen und Ravensbrück. Die Autorin und Malerin wurde 1933 in Wien geboren und stammt aus einer Familie reisender Roma.
Stadtbücherei, Einlaß ab 19.30 Uhr.

18. September 1997, 20.00 Uhr: Abschlußveranstaltung zum Umgang mit dem Mahnen, Gedenken und Erinnern. Stadtbücherei, Einlaß ab 19.30 Uhr.

Im Anschluß an die Ausstellung werden in dem Zeitraum **vom 26. September bis 28. November 1997** verschiedene Filme im Frauenprojektehaus, Schaßstr. 4, gezeigt, die die Erinnerungen überlebender Frauen zum Thema haben.

Streetwork à la Rendsburg oder: Faschismus akzeptieren

Rendsburg und Umgebung gilt und galt als eine Hochburg für rechtes Gedankengut, verbunden mit den dazugehörigen Aktionen und Personen. Die Art und Weise, wie sich dies nach außen darstellt, hat sich gewandelt. In die Kritik ist dabei auch das eigentlich sehr sinnvolle und zu unterstützende (1994 eingerichtete) Streetworkerprojekt geraten. Warum? Die Antwort dazu im folgenden.

Eigentlich sind sich Streetworker **Thomas Schmidt** und die Rendsburger Polizei immer einig - zielt das von Schmidt betreute Projekt doch im Rahmen der Kriminalitätsverhütung von gewaltbereiten rechtsgerichteten Jugendlichen auch auf die Zusammenarbeit von Sozialarbeit und Polizei ab, so die Maßgabe aus dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Jugend und Gesundheit in Kiel. Doch in der Beurteilung der sogenannten „*Jugendgemeinschaft Kreis Rendsburg-Ekkernförde*“ weichen beide Seiten voneinander ab. „*Die Jugendgemeinschaft* ist nicht verfassungsfeindlich und sie ist vor allem nicht rechtsradikal“, stellt Schmidt den Mitgliedern einen Persilschein aus.

Für die Polizei ist sie dagegen „rechtsradikal unterlaufen“ (Landeszeitung, 3.2.97) bzw. „rechtsextrem“; „sie haben sich einen unverfänglichen Namen gegeben, weil es damit möglicherweise einfacher ist, an Versammlungsräume und behördliche Unterstützung zu kommen“, so der Revierleiter Schwark, zitiert in der Rendsburger Regionalausgabe der „*Kieler Nachrichten*“ (In die gleiche Kerbe schlägt übrigens der Verfassungsschutz).

Der Streit um die Bewertung basiert auf der Veranstaltung Anfang des Jahres in Büdelsdorf, als die Gruppierung zu einem Infoabend unter dem Motto „Weg mit dem Dreck aus dem Internet“ eingeladen hatte. Für die Beobachter war es ein Treffen „brauner Intelligenz“, das geschickt „verpackt“ an die Öffentlichkeit trat, ausgestattet mit dem populistischem Thema „Kindersex“. **Frank Drewes** (Büdelsdorf) - lud schon 1992 zu einem überregionalen Skintreffen ein - moderierte rhetorisch geschickt. **Ingo Stawitz** (NPD-Kader/Uetersen) im Zuhörerraum wird es gefallen haben.

In Flugblättern trat **Torsten Dreeßen** (Basdorf/Rieseby) als presserechtlich verantwortlich für die „Jugendgemeinschaft“ auf. Ihr wahres Gesicht zeigen Drewes und Co. nur selten, dann aber umso unmißverständlicher. 1996 sollte am 3. Oktober ein „Marsch durch Rendsburg“ stattfinden, den die Polizei im Vorwege unterband. Am 8. Mai, Tag der Befreiung, 1995 verteilte die „Jugendgemeinschaft“ ein Pamphlet, worin es unter anderem heißt: „Wir wurden durch sogenannte Befreier mitten in der Stadt von unseren Armbanduhren, Eheringen und Geldbörsen befreit. (...) Unsere Tante in Schlesien befreite man beispielsweise von ihrem Haus nebst ihrem gesamten Hab und Gut. Nach 16 befreienden Vergewaltigungen setzte man sie in Marsch nach Zwikkau.“



Jugendgemeinschafts- „Führer“ Frank Drewes, schlecht getarnt auf der Veranstaltung des *Bündnis gegen Rechts* am 9. Juni in Büdelsdorf.

Von Schlägern zu Ideologen

Aus den meist gewalttätigen Nazischlägern sind in Rendsburg und Büdelsdorf offenbar politisch revanchistisch argumentierende und sich mit populistischen Themen beschäftigende Jugendliche geworden. Der Verfassungsschutz im Lande meint dazu sinngemäß: „Nichts Neues, dahinter steckt Methode!“ Und die sieht offenbar so aus, daß die noch bis ins Jahr 1995 ausufernden Gewaltexzesse auf der Straße verschwunden sind, offen faschistische Aktivitäten offenbar gedrosselt worden sind. Aktiv ist der in Schleswig-Holstein besonders bezüglich Rechtsextremismus auffällige Raum in und um Rendsburg aber immer noch. Der noch 1996 für die *DLVH* kandidierende **Rainer Struve** „wirbelt“ weiterhin unauffällig. Der mit Versandgeschäften der verbotenen *Nationalistischen Front* in Erscheinung getretene **Ragnar Böhm** hat sich innerhalb der Stadt ein neues Domizil gesucht und betreibt nach außen hin einen unauffälligen Versandhandel. **Hauke Lage** samt Bruder gehört nach wie vor zur „Szene“, wie seine Teilnahme bei der geplanten Kranzniederlegung (überregionale Nazibeteiligung) in Glücksburg zum Volkstrauertag 1996 zeigte.

In einem Gespräch mit den Bürgermeistern auch aus den Randgemeinden Rendsburgs erläuterte die

Polizei sehr offen, daß es nach wie vor zahlreiche „Treffpunkte“ für die Rechtsaußen gibt. Auch über Wehrsportübungen wurde in diesem Zusammenhang gesprochen. All dies will Streetworker Schmidt offenbar nicht wahrhaben, der weiß., daß „seine Leute“ seinerzeit Kontakte zur mittlerweile verbotenen Wiking-Jugend in Berlin hatten

In Rendsburg konstituierte sich nach dem öffentlichen Auftritt der „*Jugendgemeinschaft*“ ein „*Bündnis gegen Rechts*“. Dies stellte sich mit einer Informationsveranstaltung in der Kirche Büdelsdorf-Rickert vor. Als ein Exkurs über die Ursachen und die Zeitfolge des Faschismus in Deutschland vorgetragen wurde und der von den Nazis mißhandelte und eingesperrte Fritz Niemand als Zeitzeuge über seinen Leidensweg und die Greueltaten der Nationalsozialisten referierte, wanderte die zuvor sich um Schmidt scharende Besuchergruppe der „*Jugendgemeinschaft*“ ab. Schmidt sinngemäß zu dem Pulk: „Das ist jetzt Geschichtsunterricht 9. Klasse, das brauchen wir uns nicht mehr antun“. Bei solchen Äußerungen und bei solchem Verhalten kommen Vergleiche zu Streetworkerprojekten auf, wo beispielsweise in Tostedt oder Berlin auch offen Partei für die Rechtsaußen ergriffen wurde. Zur Zeit läuft die politische Debatte über die Folgefinanzierung des zum Jahresende auslaufenden Projekts. Die Polizei lobt die Arbeit ausdrücklich, oben geschilderte Beispiele lassen allerdings, was die personelle Besetzung angeht, Zweifel aufkommen.

Horst Freires

Vermehrt rechte Übergriffe in Eckernförde

In den späten Abendstunden des 2. Mai wurde in Eckernförde ein junger Punk am Strand von Nazi-Skins überfallen und brutal zusammengeschlagen. Die Rechten ließen ihr Opfer mit schweren Kopfverletzungen bewußtlos am menschenleeren Strand liegen, wo es erst nach etwa zwei Stunden aufgefunden wurde. Der Punk mußte anschließend fast eineinhalb Wochen zum Teil auf der Intensivstation des Eckernförder Krankenhauses behandelt werden. Die gleiche Gruppe rechter Jugendlicher überfiel noch am selben Abend einen weiteren Jugendlichen, der jedoch vor den Angreifern flüchten konnte.

Die geschilderten Vorfälle reihen sich ein in eine seit Frühjahr '97 nicht abreißende Kette von rechten Übergriffen in Eckernförde. Bereits auf dem Frühjahrsjahrmarkt kam es zu einem rassistischen Übergriff auf eine ausländische Familie, wärend dem der Vater von Nazi-Skins drangsaliert wurde. Eine Eskalation konnte durch das mutige Eingreifen *zweier* Frauen verhindert werden. Der überwiegende Großteil der JahrmarktsbesucherInnen schaute entweder weg, oder - was nicht weniger schlimm ist - interessiert zu. Die alarmierte Polizei ließ sich nicht blicken...

Seither sind Pöbeleien und Provokationen der Nazi-Skin-Szene (die Polizei gibt das gewaltbereite Potential mit etwa 10-15 Personen an) an der Tagesordnung. Als Reaktion auf die sich häufenden Übergriffe organisierten Eckernförder Antifas eine Demo unter dem Motto „*Kampf dem Faschismus - werdet aktiv*!“, die mit über 400 Menschen äußerst gut besucht war. Nur am Rande der Auftaktkundgebung gab es eine kleinere Rangelei, als das Eckernförder *DVU*-Mitglied **Kai Kolditz** versuchte, Fotos von den Demo-TeilnehmerInnen zu machen. Durch den beherzten Eingriff einiger Antifas mußte er den Ort jedoch ohne den Film verlassen. Über die Leute, die hinter den Angriffen stecken und deren Stand der Organisation, gibt es derzeit leider keine gesicherten Angaben. Darüber und über eine Elterninitiative, die sich den Kampf gegen rechte und auch linke Gewalt auf die Fahnen geschrieben hat, werden wir in einer der nächsten Ausgaben mehr berichten können.

Sprengstoffanschlag auf Jugendzentrum in Neumünster

In der Nacht zum 15. Juni zündeten bisher unbekannte Täter einen Sprengsatz im Waschraum des Jugendzentrum in der Friedrichstraße in Neumünster.

Durch die Explosion wurde ein Waschbecken zerstört. Ein zweiter, im WC angebrachter Sprengsatz explodierte nicht, Menschen kamen bei dem Anschlag nicht zu Schaden. Es entstand allerdings ein Sachschaden von ca. DM 2000,-. Bei dem Sprengsatz handelte es sich nicht um einen einfachen Knallkörper, „Die Bombe ist nicht ganz so laienhaft gebaut“, sagte ein Polizeibeamter. Man nehme den Anschlag daher sehr ernst.

Im AJZ befanden sich zum Zeitpunkt der Explosion ca. 50 Personen, die ein Punk-Konzert besuchten. Einen Zusammenhang zu dem Brandanschlag in Lübeck auf die St. Vicelin-Kirche sieht die Polizei nicht. Aus welchem Dunstkreis die Täter stammen, dürfte klar sein.

NPD-Aktivist im Lübecker Umweltamt


NPDler *Dieter Kern* aus Stockelsdorf bei Lübeck

In Lübeck treibt ein besonderer „rechter Ökologe" sein Unwesen: Dieter Kern, Aktivist der NPD, beim Nazi-Aufmarsch in Bad Segeberg dabei, ist von der Stadt Lübeck dienstlich für Sauberkeit beauftragt. Der Faschist arbeitet als Umweltschutztechniker, beim Umweltamt der Hansestadt.

Aufgefallen ist Kern das erste Mal im März 1996, als er einen Propagandastand der *Deutschen Liga für Volk und Heimat* (DLVH) mitbetreute. Die Hetztätigkeit damals, zwei Monate nach dem Brandanschlag auf das Flüchtlingsheim in der Hafenstraße, war von AntifaschistInnen unterbunden worden: der Stand zerfiel dabei in seine Einzelteile, diverses Propagandamaterial landete am Boden, nach Aussage der Nazis für ewig unbrauchbar geworden, da sich der Inhalt einer Kaffeekanne noch darüber ergoß...

Zu diesem Zeitpunkt waren leider Name und berufliche Tätigkeit dieses sauberen Herrn noch nicht bekannt. Das änderte sich, als die Lübecker Staatsanwaltschaft, vertreten durch StA Ehlers, sich befleißigte, einen Mitarbeiter des *Lübecker Bündnis gegen Rassismus* wegen Sachbeschädigung am Stand der DLVH anzuklagen. Als Belastungszeugen wurden eben Dieter Kern, dazu noch **Ulrich Schwetasch** und **Ingo Stawitz** herangezogen. Nur zwei Tage vor dem Verhandlungstermin meldete sich Kern („**von den Nationaldemokraten**") telefonisch beim Bündnis und versuchte, mit dem angeklagten Bündnis-Vertreter über den Segeberg-Aufmarsch, die am gleichen Tag geplatzten Demoversuche der NPD und die Europapolitik zu plauschen. Vielleicht hält er die politische Auseinandersetzung für eine Art Sport, gestand er doch ein 1:0 für die Antifa ein!

Als Zeuge benahm er sich ähnlich ungeschickt: nach intensiver Befragung räumte er ein, daß nicht AntifaschistInnen den Nazi-Stand zerstört hätten (lediglich umgeworfen), sondern die Standbetreiber selber: der Holztisch sei beim Aufrichten auseinandergefallen...

Anwesend waren auch **Jörn Lemke** und **Jürgen Gerg**, mit weiteren ihrer Kameraden. Ulrich Schwetasch war die Niederlage vom Samstag zuvor wohl auf den Magen geschlagen: er meldete sich beim Gericht krank.

Da er in der Verhandlung seinen Beruf angab, war es ein Leichtes, die Beschäftigung bei der Hansestadt herauszufinden. Die Umstände sind der Stadt Lübeck, die nach den Synagogenanschlägen bekundete, Rechtsextremisten nicht im Stadtdienst dulden zu wollen, inzwischen mitgeteilt worden.

Das Verfahren gegen den angeklagten Antifaschisten ist übrigens ausgesetzt, es muß komplett wiederholt werden. Die Befragung sprengte den angesetzten Zeitplan.

Rassismus vor der Disko

Nach den jüngsten rechtsextremen Anschlägen in Lübeck hieß es: „*Das ist nicht Lübeck*". Seit 1994 wurde von allen Seiten bekundet, Rassismus sei die Ideologie einer verschwindend kleinen Minderheit. Ansonsten sei die Stadt weltoffen, liberal, erklärte sich gar per Bürgerschaftsbeschluß (Händchen heben ist so einfach) zur „ausländerfreundlichen Stadt".

Den alltäglichen Rassismus in Lübeck demonstriert ein ganzer Bereich der Gastronomie: Lübecker Diskotheken äußerten sich zu ihrem Umgang mit Nicht-Deutschen. Anlaß waren mehrere Zeitungsartikel, die nach der Veröffentlichung von rassistischer Einlaßpraxis der Disko „*Red Zone*" (An der Untertrave) in der Lübecker Presse erschienen waren.

Bacar, der bei der *Afrikanischen Gemeinschaft Lübeck* und dem Bündnis gegen Rassismus mitarbeitet, erlebte die Apartheid an der Untertrave am eigenen Leib: zuerst war ein Clubpaß von ihm verlangt worden, als er bewies, daß auch andere Gäste einen solchen Ausweis nicht benötigten, gab der Besitzer des „Red Zone", Andreas Donskoj, schließlich zu, daß er Angst vor dem Ausbleiben deutscher Gäste habe, wenn zu viele AusländerInnen seinen Laden besuchen würden.

Bis auf die Disko „*Eishaus*" an der Geniner Straße haben alle Betriebe, die sich äußerten, Stellungnahmen abgegeben, die von deutlichen Vorbehalten gegenüber Nicht-Deutschen zeugen.

Die Mammut-Disko „*Abaco*" gibt sogar offen zu, daß sie ein Vorschuß-Mißtrauen gegenüber Ausländer-Innen an den Tag legt: dort wird ein Ausweiszwang betrieben, wer nicht will, daß eine Kopie seines Ausweises angefertigt wird, muß draußen bleiben!

Lübeck, weltoffen, tolerant, ausländerfreundlich...

Das sagen andere Diskotheken-Betreiber:

Der Wochenspiegel hat sich umgehört, wie in anderen Diskotheken an der Eingangstür verfahren wird.

[illegible]

GS

REP-Veranstaltung behindert!

Am Samstag, den 21.6. planten die Republikaner eine Neuauflage ihrer drei Wochen zuvor untersagten Veranstaltung (siehe S. 5-8). Wieder sollte Dr. Richard Eckert gegen die europäische Vereinigung hetzen, wieder sollte dies in der Gaststätte "Marquez" im Andersenring in Moisling stattfinden.

Eine tatsächliche öffentliche Mobilisierung konnten sich die *REPs* allerdings nicht leisten: nur in der Nacht vorher wurden in einigen Haushalten im Stadtteil Moisling Flugblätter mit dem Veranstaltungstermin in Briefkä-



Ulrich Schwetasch: auf der Suche nach dem rechten Weg

sten gesteckt. Am Mittag des Veranstaltungstages wurde das Lübecker Bündnis gegen Rassismus von empörten EmpfängerInnen der Nazi-Werbung informiert (Danke!). In einer ausgesprochen kurzfristigen Mobilisierung gelang es uns dann trotzdem ca. 30 AntifaschistInnen zusammenzutrommeln, um die Veranstaltung zu verhindern, mindestens aber zu behindern.

Kurz vor dem geplanten Beginn der Veranstaltung um 16 Uhr erreichten wir das „*Marquez*" und tra-



Jürgen Gerg: irgendwie unzufrieden...

ten ein. Der *NPD-Saalschutz* (u.a. **Jürgen Gerg**, **Jörn Lemke**, **Ulrich Schwetasch**...) offensichtlich mehr mit Bier trinken als mit aufpassen beschäftigt, bemerkte uns erst, als wir die Tür bereits öffneten. Die genauso aggressiven wie ängstlichen Faschisten beließen es aber bei Schubsereien und verbale Provokationen. Einer erdreistete sich, den Hitler-Gruß zu zeigen, als er fotografiert wurde. Die von den Nazis herbeitelefonierte Polizei, augenscheinlich über die Veranstaltung vorher nicht informiert, verhielt sich besonnen: sie nahm die Blockade der Gaststätte zur Kenntnis und ließ sich auf Verhandlungen über die vorzeitige Beendigung der Nazi-Veranstaltung ein. Die Blockade vor dem Eingang traf nur wenige später eintreffende *REP*-Symphatisanten, ein Kegelclub der zeitgleich die Gaststätte nutzen wollte, hatte allerdings das Nachsehen.

Die Kegelbrüder und -schwestern nahmen das unterschiedlich auf: einige drohten mit Anzeige, andere hatten durchaus Verständnis für die Situation. Wirklich hysterisch zeigte sich nur die Besitzerin des Marquez, eine Filipina: jede Argumentation, daß sie mit den *REPs* und der *NPD* den Leuten ihre Gaststätte überläßt, die sie am liebsten hochkantig aus dem Land werfen würden, prallte an ihrem Geschäftssinn ab. So mußte sie dann überlegen, wer ihr mehr Geld einbringt: Kegelclub oder Nazis.



Dr. Richard Eckert, ehem. Landtagsabgeordneter der REPs in Baden-Würtemberg

Nach 1 ° Stunden mußten die *REPs* ihre Veranstaltung dann abbrechen, einen tatsächlichen Vortrag von Eckert dürfte es kaum gegeben haben. Etliche der insgesamt ca. 20 Faschisten hielten sich die gesamte Zeit über im Vorraum der Gaststätte auf, auch im eigentlichen Veranstaltungsraum kam wohl auch nicht die „rechte" Stimmung für Anti-EU-Hetze auf.

Die Faschisten mußten sich beim Verlassen der Gaststätte (und eiligem Einsteigen in Taxen) noch einige antifaschistische Parolen anhören, erst im Taxi provozierte die *NPD*-Truppe noch mit dem Kühnen-Gruß. Wir konnten uns dann persönlich durch einen Delegierten davon überzeugen, daß sich im "Marquez" keine Faschisten mehr aufhalten.

Fazit:

Bemerkenswert ist die kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen *REPs* und *NPD*. Die Faschisten konnten zwar ihr Treffen halbwegs durchführen, wirklich öffentlich mobilisieren konnten sie wieder nicht. Hätten wir zwei, drei Stunden mehr Zeit für die eigene Mobilisierung gehabt, wäre es vielleicht möglich gewesen, das Fascho-meeting ganz zu verhindern. Wir wurden durch einige nette Fotos und die aktuelle Propaganda der *REPs* entschädigt.

HPW

Moislinger Szenen

Außenteam der Lübecker Antifa verhinderte feindliche Kegelclub-Veranstaltung!



Moisling - das steht für Lübecks Ghetto. Plattenbauten im besten DDR-Stil, Armut, Alkoholismus, Gewalt. So sehen Außenstehende das. In Wirklichkeit ist Moisling ganz anders. Der Klönschnack vor Aldi, das Bierchen vor Penny, die Straßennamen, die einen an die Märchen der Kindheit erinnern (Eulenspiegelweg, Brüder-Grimm-Weg...), der Aalfang in Trave oder Kanal, der Kegelabend im „Marquez".

In Moisling passiert auch mal was. Im Andersenring. Wenn die weißen (roten?) RitterInnen der Antifa gegen die bösen REPs vorgehen. Moisling hat viele Aschenputtels, und vielleicht wollte **Maria Joensson** (die Kassenwärtin der REPs) ja die böse Eisprinzessin spielen.

In einer glorreichen Mobilisierungsaktion gelang es binnen zwei Stunden ca. 30 RitterInnen für ein Außenteam zusammenzustellen. Wir nutzten modernste Fortbewegungsmittel (keine Schlachtrößer, sondern mehrere Großraumtaxen), um noch rechtzeitig am Ort des Geschehens bei der Gaststätte „Marquez" zu sein. Leider kamen wir mit einigen Minuten Verspätung an, die Bösen hatten sich bereits in der Gaststätte eingefunden.

Der vollständige Erstürmung der feindlichen Festung scheiterte leider am allgemeinen Chaos, verursacht durch einen Taxifahrer, der einen Teil unserer Leute direkt vor der Kneipe absetzte. Der Eingang war jedoch besetzt, die zitternden (NPD)-Ordner mußten gequält in die Kameras von Presse und RitterInnen lächeln, und dem phillipinischem Wirtspaar ging allmählich auf, daß an diesem Tag wohl kein Geschäft mehr zu machen war. Bald traf auch die uniformierte Garde des Königs Kohl ein. Wohlwissend, daß sich Stadt und Polizei in Lübeck zur Zeit keine Naziveranstaltung leisten wollen, wichen wir nicht zurück und machten klar, daß die Veranstaltung so oder so vorzeitig beendet werden würde.

Bald darauf trat der Kegelclub auf den Plan, lauter Kegelbrüder, Kegelschwestern und Kegelkinder, dazu noch vereinzelte ErdbeerlieferantInnen (Menschen, die eigentlich nur Erdbeeren in das „Marquez" liefern wollten, sich aber überraschend gut mit dem Parteiprogramm der REPs auskannten). Sie alle mußten leider vor dem Eingang kehrt machen. Etwa die Hälfte der Kegler verstand unser Ansinnen gut und hielt die Aktion für richtig, die anderen ließen es sich nicht nehmen, uns die manchen Leuten leider zueigene Dummheit in Form von Sprüchen wie: „*Geh Arbeiten*!" oder „*Geh zur Schule!*" (Toll wäre noch gewesen: „*Mach die Negermusik leiser!*") zu demonstrieren.

Soweit so gut, schlecht war an dieser Stelle das Verhalten des Wirtspaares: die Frau, welche uns bereits vor zwei Wochen telefonisch mitteilte, die REPs seien anständige Leute und würden auch immer ihre Rechnung bezahlen(!), erhob nun ein großes Geschrei. Endgültig davon überzeugt, jetzt kein Geschäft mehr machen zu können (wollten die REPs heute etwa nicht zahlen?), tönte sie immer lauter werdend: „*Keine Nazis, nur Kegelclub*" u.ä..

Auf unsere Argumente, daß wenn die Faschos an die Macht kämen sie als Ausländerin nichts mehr zu Lachen (und zu verdienen) habe, antworteten sie und ihr Mann mit stereotypen Sprüchen über Scheinasylanten Sozialhilfebetrug, welche durchaus *Nationalzeitung*sniveau hatten.

Geschenkt, die Veranstaltung war gestört und die Nazis mußten nach 1 ˚ Stunden unter Polizeischutz die Kneipe verlassen. Lauter gute Bekannte kamen da zum Vorschein, einzelne heilten noch mal ab („deutscher-" bzw. „Kühnen-" Gruß) oder provozierten auf andere Art und Weise. Ein Heini kam sogar auf den Gedanken in seiner grenzenlosen Trumbunkenheit handgreiflich werden zu wollen. Die RitterInnen der Antifa schlagen sich jedoch im allgemeinen nicht aus Spaß und ziehen die Schwerter schon gar nicht gegen versoffene Idioten (schönen Gruß Du Penner!) und so schickten wir den Streitlustigen in die Wüste, was diesem gar nicht paßte, da er nun keine Hauerei mehr erleben konnte.

Und so endete ein Abend in Moisling. Und die Moral von der Geschicht': nicht heute und nicht morgen werden wir zulassen, daß das Nazipack Aufmärsche, Veranstaltungen oder Kegelclubveranstaltungen störungsfrei organisieren kann! Nicht in Lübeck und auch nicht anderswo!

INGO

Faschisten starten Wahlkampf in Hamburg

Mit Blick auf die am 21. September 1997 in Hamburg stattfindenden Wahlen zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen haben faschistische Organisationen bereits mit ersten Wahlkampfaktivitäten begonnen. Bei der letzten Wahl am 19. September 1993 hatte die DVU 2,8 %, die REP 4,8 % der Stimmen bekommen. Das Scheitern an der 5 %-Hürde hatte anschließend zu heftigen gegenseitigen Vorwürfen und der Forderung nach einer zukünftigen gemeinsamen Wahlliste geführt. Davon ist inzwischen nichts mehr zu sehen.

Ihre Kandidatur haben inzwischen neben REP und DVU auch die NPD und die Deutschen Konservativen des Volksverhetzers **Joachim Siegerist** angekündigt. Der *Bund Freier Bürger* um den früheren FDP-Politiker **Manfred Brunner,** der Anfang Juni in Hamburg drei Veranstaltung durchführte und dafür mit einer großen Anzeige in der *Hamburger Morgenpost* warb, hat bisher noch nicht abschließend über eine Teilnahme entschieden. Die neofaschistische Monatsschrift *Nation + Europa* kommentierte diese Entwicklung in ihrem Januar-Heft bedauernd: *„Heute ist die Lust am Brudermord schon wieder so groß wie vor vier Jahren der Katzenjammer... Ein Blick in die Programme der zerstrittenen Gruppen läßt vielleicht stilistische, aber keine substantiellen politischen Unterschiede erkennen."*

Braune Elbbelastung

Insbesondere die *Deutsche Volksunion* (DVU) mobilisiert bereits seit Monaten ihre Mitglieder. Im Frühherbst 1996 fand eine große DVU-Versammlung statt, bei der neben Parteichef **Gerhard Frey** auch **Renate Köhler** (Ex-Abgeordnete aus Schleswig-Holstein) und die Landesvorsitzenden **Heinrich Gerlach** (SH), **Dieter Wiegräfe** (NRW) und **Rudolf Reimers** (HH) sprachen. Reimers wies insbesondere auf die Wahlergebnisse der DVU im Hamburger Umland hin (Geesthacht: 7,8 %; Lauenburg: 8,6 %), die eine Kandidatur aussichtsreich erscheinen lassen. Auch der Parteitag der DVU-Landesverbände Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern im Frühjahr 1997 diente der Einstimmung auf den Wahlkampf, für den Frey in seinen Wochenzeitungen seit Monaten um Geldspenden bittet. Schließlich gehört auch die DVU-Sonnenwendfeier der norddeutschen Verbände am 20. Juni 1997, bei der der Nazi-Barde **René Heizer** für *„musikalische Untermalung"* sorgte, zur Aktivierung faschistischer Wahlkampfhelfer. In Hamburg selbst belebt die DVU in bescheidenem Maße örtliche Gesprächsrunden unter dem Titel *„Klönschnack der DVU"*, verteilt Hetzmaterial auf Wochenmärkten und verschickt Postwurfsendungen an alle Haushalte. Am Rande des Parteitages der DVU Hamburg im Frühsommer wurden insbesondere Jungnazis als Wahlkampfhelfer geworben. Und auch die beiden DVU-Vertreter in der Bergedorfer Bezirksversammlung lassen sich jetzt wieder häufiger bei deren Sitzungen sehen. Zusammen mit den REP-Abgeordneten in den Bezirksversammlungen Mitte und Harburg haben sie in dieser Legislaturperiode ca. 850.000 Mark Aufwandsentschädigungen und Fraktionsgelder kassiert.

Klönschnack der DVU in Hamburg-Harburg
Nächster Termin:
Mittwoch, 19. Februar, 19.00 Uhr,
mit Abgeordneten der DEUTSCHEN VOLKSUNION.
Wichtiger Hinweis:
ab sofort NEUES LOKAL!
Info-Ruf: [redacted]

Klönschnack der DVU Hamburg
Nächster Termin:
Mittwoch, 5. Februar, 19.00 Uhr.
DVU-Abgeordnete sind anwesend!
Info-Ruf: [redacted]

Rassistische Hetze per Post...

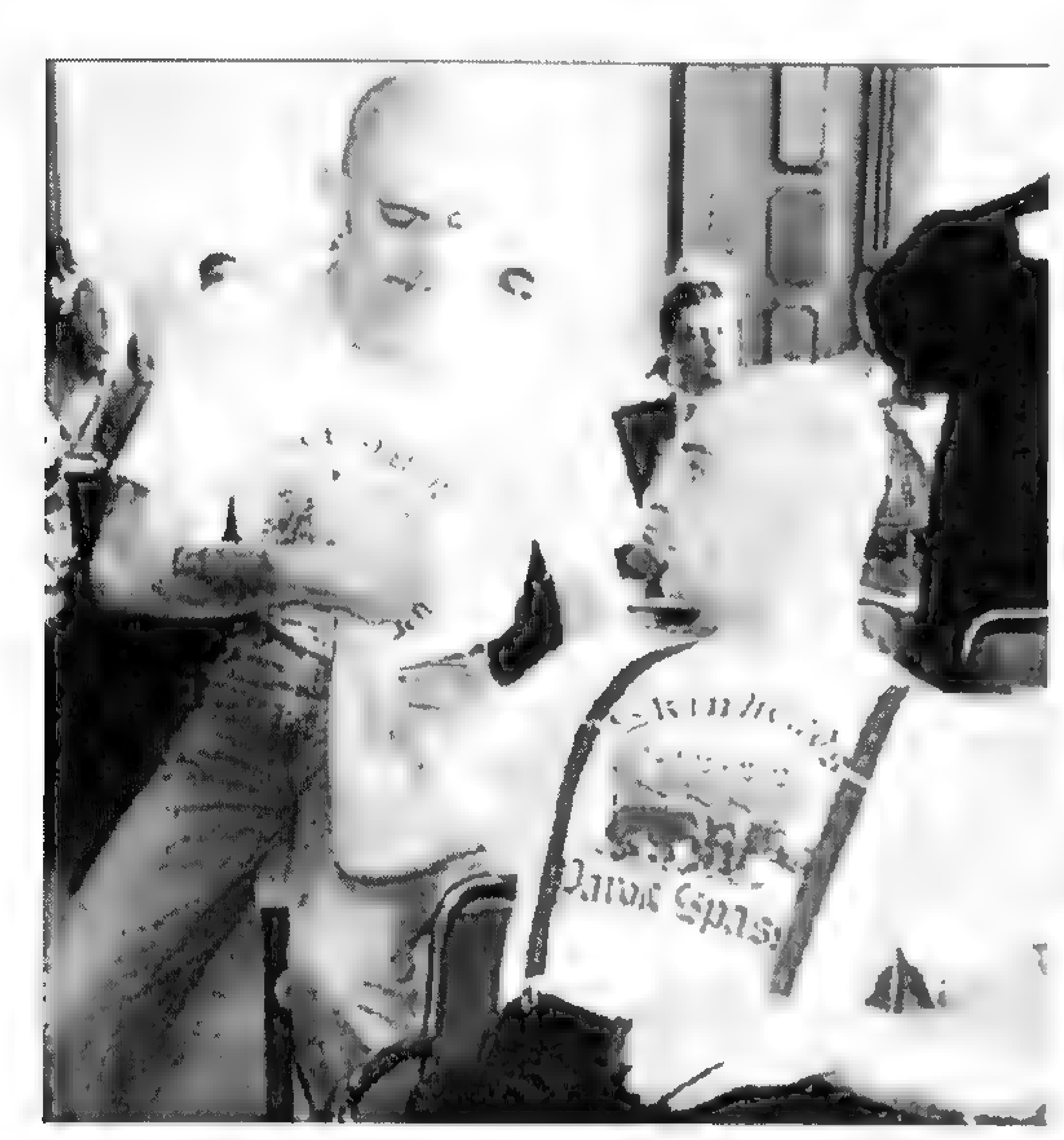
Insbesondere der Versand der DVU-Wahlpost mit der Aufschrift „Achtung: wichtige Wahlunterlagen!" hat in Hamburg für Proteste gesorgt, da dies zunächst den Eindruck erweckte, es handele sich um amtliche Unterlagen. Das DVU-Wahl-„Programm" versucht, insbesondere sozial- und wirtschaftspolitische Probleme anzusprechen und auszunutzen. Dem klaren *Nein zum Euro* folgt der Ruf nach Subventionierung der Werften. Nur deutsche Unternehmen sollen bei öffentlichen Aufträgen berücksichtigt werden. Weiterer Schwerpunkt der Nazi-Propaganda ist der Ruf nach dem starken Staat: mehr Polizei für den Kampf gegen die *„Kiez-Mafia"* wie gegen die "*aggressiven ausländischen Bettler-Banden*". Stichwortgeber für diese Themen finden sich auch bei CDU und SPD.

Die DVU wird es ihnen danken.

Vorankündigung:
DVU-Sonnwendfeier der norddeutschen Verbände
am Freitag, 20. Juni 1997.
Musikalische Untermalung: René Helzer.
DVU-Abgeordnete und Mitglieder des Bundesvorstands haben zugesagt!
Nähere Informationen und Anmeldung (bitte möglichst rechtzeitig) unter der Sammelnummer [redacted]
Landesverband Hamburg (Veranstalter)
Landesverband Schleswig-Holstein
Landesverband Bremen
Landesverband Niedersachsen
Landesverband Mecklenburg-Vorpommern

Milde Strafe für Nazi-Schläger

Mitte Juni endete in Schwerin der sog. „Zeltplatz"-Prozeß; am 13. Juli 1996 hatte eine Gruppe faschistischer Skinheads einen Campingplatz in Leisten am Plauer See (Mecklenburg-Vorpommern) überfallen und dabei sechs Betreuer einer dort zeltenden Jugendgruppe aus Nordrhein-Westfalen zum Teil schwer verletzt. Nach dem Überfall feierten sie in der Nähe, zündeten ein Holzkreuz an und sangen faschistische Lieder. Von den 50 junge Faschisten, die wenig später von der Polizei festgenommen wurden, standen seit Februar in drei Prozessen 20 als Angeklagte vor Gericht. Die bereits ergangenen Urteile lauteten in der Regel auf geringe Arbeitsauflagen, „soziale Trainingskurse" oder Schadensersatz. Im nun beendeten Prozeß wurde ein Beschuldigter aus Schleswig-Holstein, der aus der organisierten Nazi-Szene um Hamburg kommt, unter dem Beifall von zwei Dutzend Skinheads freigesprochen. Drei Nazis erhielten zur Bewährung ausgesetzte Bewährungsstrafen in Höhe von 12 bzw. 15 Monaten. **Sven Krüger** aus der Nähe Wismars wurde zu zwei Jahren Gefängnis ohne Bewährung verurteilt; der Nazi, der bereits einschlägig vorbestraft und seit Jahren in der Nazi-Szene Mecklenburg-Vorpommerns aktiv ist, hatte das Signal zum Angriff gegeben. Der Vorsitzende Richter am Schweriner Landgericht, Heydorn, verharmloste den Terror der Nazis als 'spontane Aktion', für die 'Gruppendruck, Mißverständnisse und Alkohol' entscheidend gewesen seien. Von „ursprünglich oder gezielt rechtsradikalen Umtrieben" konnte nach Ansicht Heydorns nicht die Rede sein. ■



Zwei der Angeklagten: Guido Choitz (links) und Sven Krüger kurz vor der Urteilsverkündung im Gerichtsaal

CDU/CSU verschärft rassistische Ausgrenzung

Der Parole *Deutsche Arbeitsplätze zuerst für Deutsche* will die CDU/CSU verstärkt Geltung verschaffen. Eine entsprechende Initiative von „Sozial"politikerInnen dieser Parteien will die Arbeitsaufnahme von ZuwanderInnen und SaisonarbeiterInnen weiter erschweren. Menschen, die künftig aus Staaten außerhalb der Europäischen Union in die Bundesrepublik kommen, soll grundsätzlich der Zugang zu legaler Arbeit verwehrt werden. Eine strengere Überprüfung soll es zudem bei Einladungen an Menschen aus Osteuropa geben. Besuchervisa, bisher auf drei Monate befristet, werden grundsätzlich nicht verlängert. Die Gruppe um Julius Louven will AsylbewerberInnen eine legale Arbeitsaufnahme zudem erst nach zwei Jahren Wartezeit ermöglichen. Schließlich verlangen die AutorInnen eine Verringerung der Zahl von 200 000 Lohnabhängigen aus Drittstaaten, die 1996 in der Bundesrepublik in eine Saisonbeschäftigung vermittelt wurden. Statt dessen sollen etwa Erntearbeiten wieder verstärkt von „*deutschen Arbeitskräften*" geleistet werden. Bei einem Stundenlohn von 10 Mark oder weniger werden Arbeiten wie Spargelstechen im Akkord und bei 15stündigem Arbeitstag seit Jahren z.B. von Männern und Frauen aus Polen gemacht. ■

DNSB lud zu Versöhnungsfeier

Am 17.Mai kam es in Dänemark zur ersten großen Naziversammlung, nach dem Rudolf Hess-Marsch-Debakel in Roskilde im August'95. Die *Dänische Nationalsozialistische Bewegung (DNSB)* organisierte eine internationale Zusammenkunft in dem südlich von Kopenhagen gelegenem Ort Greve. In dem dort liegendem Hauptquartier der *DNSB* versammelten sich die Neonazis um die internen Streitigkeiten der NS-Musikbranche zu schlichten. Nach Polizeiangaben beteiligten sich rund 100 Personen an dem Fest, der *DNSB*-Chef **Jonni Hansen** sprach von 250 Teilnehmern. In den letzten Monaten war der Streit um die Vormachtstellung in der Nazirockvermarktung eskaliert. Auf der einen Seite der Front steht der *ISD-Record-Vertrieb*, der zu der britischen, terroristischen Nazitruppe *Combat 18* gehört. *ISD* steht für **Ian Stuart Donaldson.** Ian Stuart war Leadsänger der populären englischen Naziband *Skrewdriver* und Leiter des *Blood & Honour-Musikvertriebs.* Er verstarb im September 93 bei einem Verkehrsunfall. *Combat 18* übernahm seinen Vertrieb und gab ihm den Namen *ISD-Rekords.* Auf der anderen Seite steht das schwedische Nazi-Musikmagazin *Nordland*, welches mehr und mehr die wichtige Rolle der Briten schmälert. Die Gruppen griffen zu immer heftigeren Mitteln. So waren zum Beispiel im Januar 2 Briefbomben für konkurrierende Nazikreise vorgesehen. Bei der Versöhnungsfeier war auch ein ehemaliges Mitglied der Band *Skrewdriver* anwesend. Mit den Worten: „*Nun ist es an der Zeit, daß wir uns zusammen setzten und über die Streitigkeiten diskutieren. Der Kampf zwischen uns selbst, ist das Letzte was uns fehlt*" wendete er sich an die Zuhörer. Weiter waren Personen aus Norwegen, Schweden und Deutschland angereist. Auch die üblichen Gewalttaten bei Zusammenrottungen von Neonazis blieben nicht aus. Ein Fernsehteam aus Kopenhagen, das einen Bericht über das Treffen drehen wollte, wurde von den Nazis angegriffen und mit Steinen beschmissen.Ebenso erging es einen Taxifahrer. ■

Nazikonzert im Norden Bremens

Am 20. Juni fand im Norden Bremens in einem Schützenheim Richtung Schwanewede ein Nazikonzert mit ca. 500 Besuchern statt. Beglückt wurden die größtenteils stockbesoffenen Nazis, die aus dem Bereich Norddeutschland bis Ruhrpott angereist waren, unter anderem von den Bands *Freikorps*, *Boot Brothers*, und *Sturmwehr*. Veranstalter war *Hansarecords*, das Label der Naziband *Endstufe*. Es ist nicht das erste mal, daß in dieser Region Nazikonzerte veranstaltet werden. Das letzte Konzert fand in dieser Gegend vor zwei Monaten statt. Insgesamt war das Konzert ziemlich konspirativ organisiert. Bekanntgemacht wurde zunächst nur eine Anlaufstelle, bei der man den genauen Veranstaltungsort erfragen mußte. Die Polizei war mit genau 5 Zivilpolizisten nur schlecht vertreten, um eventuellen Straftaten nachzugehen. Das Interesse scheint nicht besonders groß zu sein. ▪

Nazi-Veranstaltung in Stade von Polizei durchgesetzt

Am 7. Juni fand in Stade eine Veranstaltung mit dem bekannten neurechten Theoretiker und Vorsitzenden des *„Thule-Seminars“*, **Pierre Krebs** aus Kassel, statt. Veranstalter war das *„Bündnis Rechte“*, eine NPD-dominierte Wählergemeinschaft, die mit einem Abgeordneten im Stader Kreistag vertreten ist.

Hintergrund war offenbar der Versuch, ein überregionales Sammlungstreffen durchzuführen. Schließlich hat das „Bündnis Rechte“ einen Aufruf für das *„Bündnis Rechts für Deutschland“* mit unterstützt, das zur Bundestagswahl 1998 antreten soll.

Vermieter des Veranstaltungssaals war die Stadeum GmbH, die Betreibergesellschaft des stadteigenen Saals. Erst nach dem Eingreifen der VVN-BdA kündigte die Stadeum GmbH den Saal. Diese Kündigung wurde jedoch vom Oberverwaltungsgericht Lüneburg zwei Stunden vor Veranstaltungsbeginn wieder aufgehoben. Eine Hundertschaft Bereitschaftspolizei sperrte den Veranstaltungsort ab uns setzte die Veranstaltung gegen die antifaschistischen Proteste durch. Insgesamt nahmen 42 Nazis teil.

Ein Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN, faschistische Versammlungen in städtischen Räumen generell zu untersagen, wurde von der CDU bereits im Verwaltungsausschuß abgebügelt. Dann müsse auch über die „linken Extremen“ gesprochen werden, so CDU-Fraktionschef Schröder. ▪

Berlin: REP-Demo unter Polizeischutz



Zu einer Demonstration anläßlich des 17. Juni (den die REPs als *„Tag der nationalen Einheit“* begehen wollten), zu der die neofaschistischen „Republikaner“ bundesweit mobilisiert hatten, kamen etwa 600 Menschen. Die Rede des Parteivorsitzenden Rolf Schlierer wurde durch Pfiffe und *„Nazis Raus!“*-Rufe der etwa 500 AntifaschistInnen massiv gestört. Schlierer pöbelte daraufhin die GegendemonstrantInnen an und diffamierte sie als *„rotlackierte Faschisten“*.

Nach Abschluß der Kundgebung setzte die Polizei, die den Faschistenaufmarsch geschützt hatte, einen Wasserwerfer gegen die AntifaschistInnen ein und nahm 19 Personen fest. Die REPs zogen sich geschlossen in Bussen vom Kundgebungsplatz zurück. ▪



Oben: Noch die trägt die moderne SA keine Fackeln am Brandenburger Tor.

Links: Teilnehmer der REP-Demo am 17.6.; mutig, da Polizeiketten sie von den AntifaschistInnen trennen

„Schwestern vergeßt uns nicht..."

Gespräch mit der Kieler Vorbereitungsgruppe der Ausstellung „Schwestern vergeßt uns nicht. Frauen im Konzentrationslager: Moringen, Lichtenburg, Ravensbrück 1938 - 1945" .

Vom 1. bis zum 19. September 1997 wird die Wanderausstellung „Schwestern vergeßt uns nicht. Frauen im Konzentrationslager: Moringen, Lichtenburg, Ravensbrück 1938 - 1945" in der Stadtbücherei in Kiel zu sehen sein. Zu den Begleitveranstaltungen wurden die Überlebenden des Konzentrationslagers Ravensbrück, Ceija Stojka und Gertrud Müller, eingeladen.
Gertrud Müller war viele Jahre Vorsitzende der Lagergemeinschaft Ravensbrück und wird auf der Eröffnungsveranstaltung einen Vortrag zum Thema "Überleben in Ravensbrück" halten sowie die Besucherinnen auf ihrem ersten Gang durch die Ausstellung begleiten.
Ceija Stojka, in Wien lebende Schriftstellerin und Malerin, liest am 10.September aus ihren autobiographischen Aufzeichnungen „Wir leben im Verborgenen". Anhand der Geschichte ihrer eigenen Familie erzählt sie von der Verfolgung der Roma und Sinti während des Nationalsozialismus.
Darüber hinaus werden Filme während und nach der Ausstellung Biographien z.B sozialistischer und jüdischer Frauen zeigen sowie verschiedene Aspekte zum Frauenkonzentrationslager Ravensbrück aufgreifen.

Das folgende Gespräch führte enough is enough mit einigen Frauen aus der Vorbereitungsgruppe, dem "Kieler Frauen/Lesben-Arbeitskreis zur Mahn- und Gedenkstätte des ehemaligen Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück".

Wie hat sich die Gruppe gefunden?

Beate: Entstanden ist die Vorbereitungsgruppe aus einer antirassistischen Frauen/Lesbengruppe, in der eine Frau von ihrer Fahrt zu den Feiern zum fünfzigsten Jahrestag der Befreiung in der Gedenkstätte des Konzentrationslagers Ravensbrück berichtet hat.

Christa: Ja, ich war 1995 in Fürstenberg[1] und habe an den Gedenkfeiern zu der Befreiung teilgenommen. Es waren sehr viele überlebende Frauen und deren Angehörige sowie überlebende Männer dort (...). Tausende waren da (...). Zusammen mit Frauen aus Hamburg und anderen Städten haben wir Interviews mit Überlebenden gemacht, um ein Stück Geschichte für die Gedenkstätte und für uns zu archivieren. Mich haben diese Begegnungen so beeindruckt, daß ich diese Erfahrungen in meine Gruppe hineingetragen habe und gesagt habe, daß ich gerne noch einmal mit meiner Gruppe nach Ravensbrück fahren möchte. Parallel zu unseren Planungen und Überlegungen gab es bei anderen Frauen in Kiel genau den gleichen Wunsch. Wir haben uns ausgetauscht und sind dann gefahren.

enough is enough : Das ist ja interessant, daß dieses Bedürfnis bei den Frauen parallel entstand.

Christa: Ja, anfangs haben wir diese Fahrt ganz privat geplant und dann waren wir fast dreißig Frauen.

enough is enough: 1995 gab es in Berlin auch einen Frauenkongreß zum Thema Faschismus und Nationalsozialismus. Es gibt also ein breites Interesse in feministischen Gruppen an diesem Thema. Aber zurück zur Fahrt. Wie lange wart ihr da?

Anke: Manche haben einen Tag in der Gedenkstätte verbracht, andere hatten etwas mehr Zeit. Ein Tag ist sehr knapp.

Beate: Wir sind länger in Fürstenberg geblieben (...) und hatten so Zeit, längere Gespräche über unsere Eindrücke zu führen.

Anke: Das hat mir, die ich nicht so lange bleiben konnte, sehr gefehlt. Auf der Rückreise waren wir sehr in uns gekehrt und haben kaum geredet. Sofort nach der Ankunft begann für mich wieder der Alltag. (...) Darum fand ich es so gut, daß sich daraufhin der Arbeitskreis[2] gebildet hat, um auch mit anderen reflektieren zu können, was ich in der Gedenkstätte gesehen habe.

Christa: Es war eigentlich gar nicht geplant, daß wir uns weiterhin treffen. Es sollte vorerst nur einen Austausch von Gedanken und Fotos geben. Das erste Treffen war jedoch von sehr viel Sprachlosigkeit bestimmt, von Betroffenheit und (...) Fragen wie zum Beispiel: „Wie geh ich damit um?" Es geht bei diesem Thema ja nicht nur um Wissen, sondern auch um Gefühle. (...) Erstmal ist nicht viel passiert und wir haben beschlossen, uns noch einmal zu treffen.

Sprachlosigkeit überwinden?

enough is enough: Es ging also darum, diese Sprachlosigkeit zu überwinden?

Christa: Ja, es ging darum, einen Umgang mit den Eindrücken zu finden. Für mich geht es neben dem Wissen um Geschichte (...) auch darum, Bezüge zu meiner und unserer Geschichte herzustellen.

enough is Anke: Ja. Es bleibt aber eine Frage, ob dieser persönli-

che Zugang tatsächlich die Sprachlosigkeit überwindet. Es ist eine Möglichkeit, mich diesem Thema zu nähern, jenseits dessen, was ich bisher erfahren habe.

Beate: Ich finde schon, daß der persönliche Zugang die Chance bietet, die Sprachlosigkeit zu überwinden. Zugleich wird damit auch das abstrakte Gebilde Geschichte konkreter. Dadurch wird es „erfahrbar", Geschichte wird zu einem einzelnen Leben und einem einzelnen Sterben. Es ist viel leichter über Fakten, Zahlen zu reden, darüber daß der Konzern Siemens in Ravensbrück die Häftlinge ausgebeutet hat. Es ist zum Teil aber auch schwieriger über die einzelnen Biographien zu reden und über meine Gefühle, die ich dazu habe. Das war auch eine Erfahrung während der Fahrt. Alle waren beschäftigt und sprachlos. Der persönliche, der biographische Zugang ist eine andere Qualität der Beschäftigung mit dem Thema Nationalsozialismus, ein sehr fordernder Zugang, den wir in dieser Form bislang nicht kannten. Deswegen muß auch über diese Form das Sprechen erst gelernt werden.

„ ... so steht (...) die Frage nach der Schuld immer im Raum."

Anke: Es ist ja nicht so, daß wir uns das erste Mal damit auseinandersetzen würden. Aus der Schule und der politischen Arbeit kennen wir die Fakten, aber das Schweigen hat in der BRD eine 50 Jahre alte Geschichte. In unseren Familien wird nicht darüber gesprochen.

enough is enough: Ja, oder mit sehr viel Aggressivität. Es wird sofort zu einem Verteidigungsgespräch. Laute-Stärke, hinter der sehr viel verschwiegen wird. (...) Mir scheint, der biographische Zugang fragt auch stärker nach der persönlichen Verantwortung hier und heute. (...)

Christa: Ja, nicht nur „Wie war es in meiner Familie?" muß ich fragen, nicht nur „Was haben meine Eltern, meine Großeltern gemacht?". Sondern auch was ich an Lasten aus dieser Zeit, was ich an Antisemitismus, was an Rassismus weiter trage. Ich bin in diesem Land geboren und erzogen worden und so steht - vor allem bei Begegnungen mit Überlebenden - die Frage nach der Schuld immer im Raum. (...) Diesen Umgang nicht alleine, sondern im Zusammenhang einer Gruppe diskutieren zu können, hat für mich eine besondere Qualität.

"(...) ein Element des Nationalsozialismus (war) Sexismus"

enough is enough: Welche Rolle spielt es, daß sich Frauen mit diesem Thema mittels eines frauenzentrierten Zugangs beschäftigen?

Beate: Dies ist eher eine neuere Perspektive. Es gibt zwischen uns und den in der Ausstellung dokumentierten Frauen zum einen die Parallele des Frau-Seins. Darüber hinaus spielt es eine Rolle, daß wir uns einem wenig betrachteten Aspekt der Geschichte zuwenden. Welche von uns hat denn schon lange vor der Fahrt von dem Frauen-KZ Ravensbrück gehört? Kaum eine.

enough is enough: Während die Ausstellung allen Interessierten offen steht, sind die Begleitveranstaltungen nur für Frauen.

Beate: Ja, um eine Auseinandersetzung unter Frauen in Gang zu bringen.

Christa: Auch dies war unser Zugang und der spiegelt sich in unseren Veranstaltungen wider.

Beate: Was ich wichtig finde, ist herauszustellen, daß die Veranstaltungen den biographischen Zugang der Ausstellung wieder aufgreifen. Wir haben Gertrud Müller und Ceija Stoika eingeladen, beides Überlebende, die uns von ihrer Geschichte erzählen werden. Und daß die letzte Veranstaltung, in der es um Gedenken und um Herangehensweisen geht, sich auf unsere Biographien bezieht, auf unsere Geschichte der Auseinandersetzung, der Annäherung und der Unfähigkeit, mit der Geschichte umzugehen. (...) Es sind also keine reinen Informationsveranstaltungen, sondern immer auch eine Widerspiegelungen unseres Zugangs. Das gilt auch für die Filme. Anhand einer Biographie einer Frau wird Geschichte erklärt.

enough is enough: Die Veranstaltungsreihe folgt also einer Linie. Soll die letzte Veranstaltung auch auf das Handeln hinführen ?

Beate: Ja, es ist keine theoretische Auseinandersetzung, sondern die letzte Veranstaltung stellt die Frage: Wie bringen wir das in unser Leben?

1 Gemeint ist Fürstenberg in Brandenburg, wo das ehemalige Frauenkonzen-trationslager Ravensbrück liegt.
2 Gemeint ist die Vorbereitungsgruppe.



Buchbesprechung (Teil 1)

Ein Leben zwischen Hitler und Carlos: Francois Genoud

Limmat Verlag 1996, Karl Laske

Francois Genoud, geboren am 26.10.1915 in der Schweiz, verstarb kurze Zeit nach Erscheinen der französischen Ausgabe des Buches. Er kam aus einer wohlhabenden Schweizer Familie. Schon in sehr jungem Alter entwickelte er zwei Leidenschaften, die sein gesamtes weiteres Leben bestimmen sollten: die fanatische Begeisterung für die Ideologie des Nationalsozialismus und eine tiefe Verbindung zum arabischen Nationalismus.

1932 im Alter von 17 Jahren begegnete Genoud erstmals Adolf Hitler bei einem Essen einer befreundeten Familie in Bonn. Die Begegnung war für den jungen Genoud ein Schlüsselereignis. Fortan entdeckte er für sich den „deutschen Geist" und entwickelte sich zum begeisterten Anhänger Schweizer Naziorganisationen. 1936 unternahm er gemeinsam mit einem Freund eine längere Autoreise durch den gesamten Orient. Sein Begleiter schrieb in einem Brief: „Bagdad entpuppt sich als das Zentrum des arabischen Nationalismus. Wir haben das Glück, dort allen großen Palästinenserführern zu begegnen, die von England zum Tod verurteilt wurden." In Jerusalem wurden die beiden vom Großmufti Hadsch Amin el-Husseini empfangen. Diesen sah Genoud später mehrfach wieder.

Der Großmufti war eine bis heute umstrittene Gestalt. Er fungierte jahrelang als Propagandist für die Nationalsozialisten und half moslemische Kollaborateure für die Kämpfe im Osten zu rekrutieren. Ab 1942 stellte er deutsch-arabische Kampfeinheiten auf, die unter deutschem Befehl kämpften. Die mit seiner Unterstützung gegründete moslemische Waffen-SS-Truppe für Bosnien zählte über 20 000 Kämpfer. Diesem Beispiel folgten andere: so wurden moslemische Waffen-SS-Einheiten in Aserbaidschan, Turkestan, Albanien und Kroatien formiert. „*Eure Division ist ein Beispiel für die Moslems aller Länder*" schwebt als Losung el-Husseinis über diesen Divisionen. In den letzten Kriegstagen trafen sich el-Husseini und Genoud in offizieller Mission. Inzwischen wohl im geheimen Dienste der Deutschen, versuchte Genoud Gelder des Großmufti loszueisen und diesem einen Weg ins Ausland zu eröffnen.

In Hitlers Diensten

Die genaue Tätigkeit des Francois Genoud während der Kriegsjahre und in den ersten Nachkriegsjahren bleibt bis heute im Dunkeln. Jedenfalls hatte er kontinuierlich mit deutschen Geheimdiensten zu tun, bereiste regelmäßig das gesamte europäische Ausland und war verschiedentlich in geheime finanzielle Transaktionen verwickelt.

Unter anderem verhalf er einem deutschen Geheimdienstler zu einer Legende, die diesem eine große Karriere in der BRD sichern sollte. Im August 1942 „verschwindet" der deutsche Geheimdienstmitarbeiter Paul Dickopf aus Deutschland. Den Alliierten gegenüber versicherte er später, er sei wegen seiner anti-nationalsozialistischen Einstellung desertiert. Etliche Fakten sprechen allerdings dafür, daß der bereits mit 23 Jahren dem Nationalsozialistischen Studentenbund beigetretene Dickopf unter dem Deckmantel der Flucht vor den Nazis, geheime Transaktionen in verschiedenen europäischen Ländern durchführte. Dabei wurde er tatkräftig von Genoud unterstützt. Nach der Niederlage der Nazis wurde Dickopf Präsident des Bundeskriminalamtes, anschließend übernahm er zwischen 1968 und 1972 den Vorsitz von Interpol. Genoud beteiligte sich am Ende des zweiten Weltkrieges und in der Nachkriegszeit an den Fluchthilfeoperationen für führende Nationalsozialisten. Heute ist nicht mehr klar zu trennen, wie groß der Anteil der Legenden an den Berichten über seine Tätigkeit ist. Jedenfalls hat er während des Krieges und im direkten Anschluß daran etliche Kontakte zu Nazigrößen geknüpft, die ihm später immer wieder nützen. Doch auch er würde sich als treuer Verbündeter erweisen, der zur Stelle ist, wenn er gebraucht wird.

1947 wurde er erstmals verlegerisch tätig. Aus dunklen Kanälen erwarb er einen Teil des Archives von Martin Bormann, 1951 den zweiten Teil. In dieser Zeit betrieb er mehrere Firmen in Tanger und war eifrig am Schmuggel von Nazivermögen beteiligt. Bei diesen Transaktionen traf er vermutlich auch auf den Kriegsverbrecher und Kopf von Nazifluchthilfeorganisationen Otto Skorzeny, der 1973 in Madrid behauptete, daß „*Francois Genoud ein wichtiger Mann des Nachrichtendienstes war, der Hitler direkt unterstand*". Auch wenn solche Behauptungen mit großer Wahrscheinlichkeit ins Reich der Legenden gehören ist klar, daß Genoud jedenfalls in der Nachkriegszeit ein fester Bestandteil des internationalen Nazinetzwerkes war.

Seine besonderen Kontakte ermöglichten es Genoud, in den folgen-

den Jahrzehnten etliche Nazibiographien und -Tagebücher zu veröffentlichen. Er begann mit den ersten Erinnerungen von Léon Degrelle in 1949 und den sogenannten "Tischgesprächen" Hitlers, erstritt unter anderem die Rechte an den Goebbels-Tagebüchern und veröffentlichte das bis heute umstrittene und vermutlich gefälschte „Politische Testament" Hitlers. Der Tod der Schwester Hitlers in 1960, vor einem geplanten Vertragsabschluß, verhinderte den Traum Genouds: die Verlegung Hitlers Gesamtwerkes - inklusive *„Mein Kampf"*.

Auf dem Höhepunkt der Suez-Krise trat Genoud öffentlich für die Interessen der arabischen Nationalisten ein. Damit knüpfte er nicht nur an seine persönlichen Bindungen aus seiner Jugend und seinen offiziellen Kontakt mit dem Mufti el-Husseini an, er befand sich in trauter Einheit mit den international agierenden Altnazis.

Nazis in der FDP

Schon frühzeitig nach dem Putsch der „Freien Offiziere" unter Nasser in Ägypten wurden in deren Umfeld „deutsche Berater" ausgemacht. Diese entstammten größtenteils den Fluchthilfeorganisationen, zu deren Zielregionen unter anderem die arabischen Länder gehörten. Unter anderem soll der berüchtigte Otto Skorzeny selbst ein Jahr lang als Berater Nassers fungiert haben - auf Bitte und zur Hälfte bezahlt von dem damaligen BND-Chef Gehlen. Die Präsenz deutscher Kriegsverbrecher, gesuchter Offiziere, aber auch einfacher, in Afrika versprengter, Soldaten wird so stark, daß schließlich wöchentliche Bierabende in der Kairoer „Union"-Brauerei abgehalten werden. Doch nicht nur im Fluchtland Ägypten unterstützten Nazis den arabischen Befreiungskampf. Schon im Jahr 1953 wurde in der BRD die sogenannte „Naumann-Affaire" aufgedeckt. Das britische Foreign Office beschuldigte Altnazis der Verschwörung. Sie hatten systematisch die FDP unterwandert und weitreichende politische und wirtschaftliche Verbindungen geknüpft. Wichtige Posten im Umfeld des FDP-Vizes Middelhauve waren von Altnazis besetzt. Sogar der Verfasser des FDP-Programmes, Hans Fritsche, gehörte zur „Naumann-Gruppe", die unter anderem die heute noch erscheinende Zeitung „Nation Europa" finanziell unterstützte. Insbesondere die Vorstände und Inhaber der rheinischen Stahl- und Maschinenindustrie waren innerhalb des Verschwörungszirkels gut vertreten. Der Kopf des Ganzen, Werner Naumann, ehemaliger Staatssekretär unter Goebbels, war nachdem er 1949 nach Deutschland zurückgekehrt war, schon bald Direktor zweier großer Unternehmen geworden. Er lernte Francois Genoud im Jahr 1952 kennen und zeigte sich insbesondere an der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Ägypten interessiert. Hinter der gesamten Verschwörung verbargen sich in erster Linie wirtschaftliche Interessen. Sämtliche Mitglieder der Gruppe waren an finanziellen und geschäftlichen Verhandlungen im Mittleren Osten, besonders in Ägypten, beteiligt. Die Gelder zur Unterstützung der Gruppe stammten aus der Schwerindustrie an Rhein und Ruhr, von den Herrschaften also, die Jahre vorher auch Hitler und die NSDAP bedingungslos unterstützt hatten. Ziel des ganzen war, durch die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit arabischen Ländern die Position der Kolonialmacht England anzugreifen und dabei selbst ordentlich Gewinn zu machen.

Auf ägyptischer Seite wurde unter anderem mit Wilhelm Voss verhandelt, der eine wichtige Rolle im ägyptischen Wirtschaftsplanungsbüro inne hatte. Vor dem Krieg war das SS-Mitglied Voss Direktor der AG Reichswerke Hermann Göring, dann Direktor der Skoda-Werke in der Tschechoslowakei und schließlich bei Albert Speer im Rüstungsministerium tätig.

Mittelsmann zur algerischen Befreiungsbewegung

Ende 1954 begann der algerische Aufstand gegen die französische Herrschaft. Agypten unterstützte die Aufständischen massiv. Zu dieser Zeit diente Genoud bereits Ägypten als Mittelsmann zu Vertretern der algerischen Befreiungsbewegung. Sein nächster Schritt mutet auf den ersten Blick wagemutig an: er gründete die *„erste im Ausland ansässige arabische Bank"* - die *„Banque comerciale arabe"* (BCA). Vorsitzender des Verwaltungsrates der Bank war der ehemalige syrische Ministerpräsident Djamil Mardam Bey, einflußreiches Mitglied der Syrischen Volkspartei. Sein Neffe übernahm gemeinsam mit Francois Genoud die Leitung der Bank. Anläßlich der Gründung der BCA wurde auch Finanzexperte Dr. Hjalmar Schacht konsultiert.

Hjalmar Schacht

Schacht - Finanzexperte des Dritten Reiches, bis 1939 Reichsbankpräsident sowie bis 1943, als er bei der Naziführung in Ungnade fiel, Minister ohne Geschäftsbereich hatte nach Ende des zweiten Weltkrieges mit seiner privaten Außenhandelsbank „Schacht und Co" Millionen gemacht. Als Finanzberater von Ländern wie Brasilien, Äthiopien, Indonesien, Iran, Ägypten, Syrien und Libyen konnte er sowohl seine alten Kontakte, als auch seine Erfahrung als „Generalbevollmächtigter für die Kriegswirtschaft" gewinnbringend einsetzen. Bei einem Treffen mit Genoud und einem arabischen Diplomaten brachte er seine Tätigkeit auf einen kurzen Nenner: Deutschland könne die Welt auch erobern, ohne Krieg zu führen. Als Finanzberater Indonesiens empfahl Schacht beispielsweise die deutschen Arbeitsgesetze von 1930-1945 sowie die „Zwangsumsiedelung bestimmter Volksgruppen". Solchermaßen gut beraten, und mit Hilfe der Kontakte aus seinen Geschäften in Tanger, entwickelte Genoud die BCA in den folgenden Jahren zu einer der zentralen Verwaltungsstellen für die Gelder und Besitztümer der Befreiungsbewegungen Marokkos, Algeriens und Tunesiens. Dabei führte er das „System der Bankkonten mit mehreren Unterschriftsberechtigten" ein, das angeblich jenem System nachempfunden war, das die Nazis für ihre Geheimfonds verwendet hatten.

Fantomas

In der nächsten Ausgabe der *Enough is enough* wird die Buchbesprechung fortgesetzt..

Kampf dem Atomstaat

Dokumentation Sommer '97 5,- DM

→ **Herausgeber: Rat der Gnome, c/o Schwarzer Hahn, Lensian, Am Rundling, 29462 Wustrow.**

Antifaschistische Informationen

Rechte Organisationen in Hamburg

Nr.2

Alle Artikel haben ihren Ausgangspunkt in Hamburg und stehen im Zusammenhang mit einer kontinuierlichen Praxis vor Ort. Mit der Broschüre wollen wir das verstreute Wissen über die in Hamburg ansässigen faschistischen und reaktionären Gruppen, Parteien und Verlage zugänglicher machen.

Aus dem Inhalt:
●Der Hamburger Lesekreis der 'Jungen Freiheit' ●FSU: Der Dritte Weg der Freiwirtschaft ●Die Vereinigungskirche ● Bismarckstiftung in Planung ●Naziszene in Hamburg ● Rassekunde an der Uni ● FFK - Die Freunde des Nazifilms ● ÖDP/UÖD: Ökologisch ohne rot zu werden.

Bezug:
Hamburger Bündnis Keinen Fußbreit den Faschisten, *Email:* kfdf@mail.nadir.org. *Postanschrift:* kfdf c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp46, 20357HH. & über den linken Buchhandel in Hamburg.

Preis:
DM4,50-plus DM 1,50,- Porto. (für 46 Seiten, A4)
Ab 5 Stück = DM 3,- zzgl. Porto (gegen Rechnung)

Notruf & Beratung für vergewaltigte Frauen und Mädchen

Telefonische Beratung:
Mo, Do, Fr 10-12 Uhr/
Di 17-20 Uhr

Öffnungszeiten:
Di 17-19 Uhr, Fr 10-12 Uhr

Telefon:
0451-70 46 40
Marlesgrube 9,
23552 Lübeck

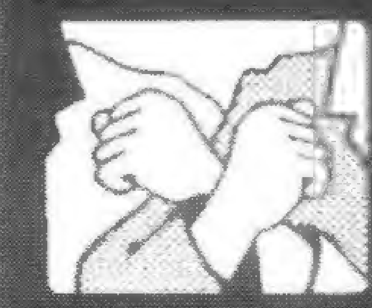
Für die Gefangenen aus der RAF
Für alle politischen Gefangenen aus linken Bewegungen weltweit

Perspektive Freiheit

13.6.: Koblenzer Staatsschutzsenat lehnt Anklageschrift ab +++ Kurdenverfolgung: §-129-a-Prozeßlawine rollt +++ Der Atomstaat schlägt zu: Die Polizei prügelt den CASTOR durch +++ 18. März: Solidarität und Widerstand gegen staatliche Unterdrückung +++ Vorarbeiten zur „Rote-Socken-Kampagne": Die PDS im Visier des VS

für 3,50 DM in guten Buch- und Infoläden und bei Eurer Ortsgruppe oder für 5,- DM in Briefmarken bei:

Rote Hilfe e.V., Postfach 6444, 24125 Kiel
Telefon und Fax: (0431) 75141



DIE ROTE HILFE 2/97



Aus dem Inhalt:
- Vorwort der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration
- Das Antirassismusbüro Bremen – Eine Skizze zur Geschichte und Arbeitsweise
- Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für polizeilichen Rassismus
- Die Kampagne gegen den sogenannten »Asyl- und Sozialhilfebetrug«
- Drogen und Polizei
- Vom »Dealerhaus« zur »Straftaterabschiebung«
- Drogenfahndung und Migrationspolitik
- Auf dem Weg zur Apartheid
- Der Hydra den Kopf abschlagen – Drogenfahndung in Hamburg
- Rassistische Brutalisierung der Strafverfolgung
- Brechmittel als Instrument polizeilicher Beweissicherung
- Alterstests bei jugendlichen Flüchtlingen in Bremen
- Strafverfahren wegen »Asyl- und Sozialhilfebetrug«
- Resumee: »Polizeiskandale« und der alltägliche Rassismus
- Anhang: Kriminologische Analyse der sogenannten »Ausländerkriminalität«

Erschienen 1997 im Verlag der Buchladen Schwarze Risse/Rote Straße, Berlin/Göttingen, 336 Seiten, 18,- DM, ISBN 3-924737-32-0

Erhältlich im Buchhandel oder beim:
Antirassismusbüro Bremen
Sielwall 38, 28203 Bremen
Fax: (0421) 70 64 45
Email: arab@is-bremen.de

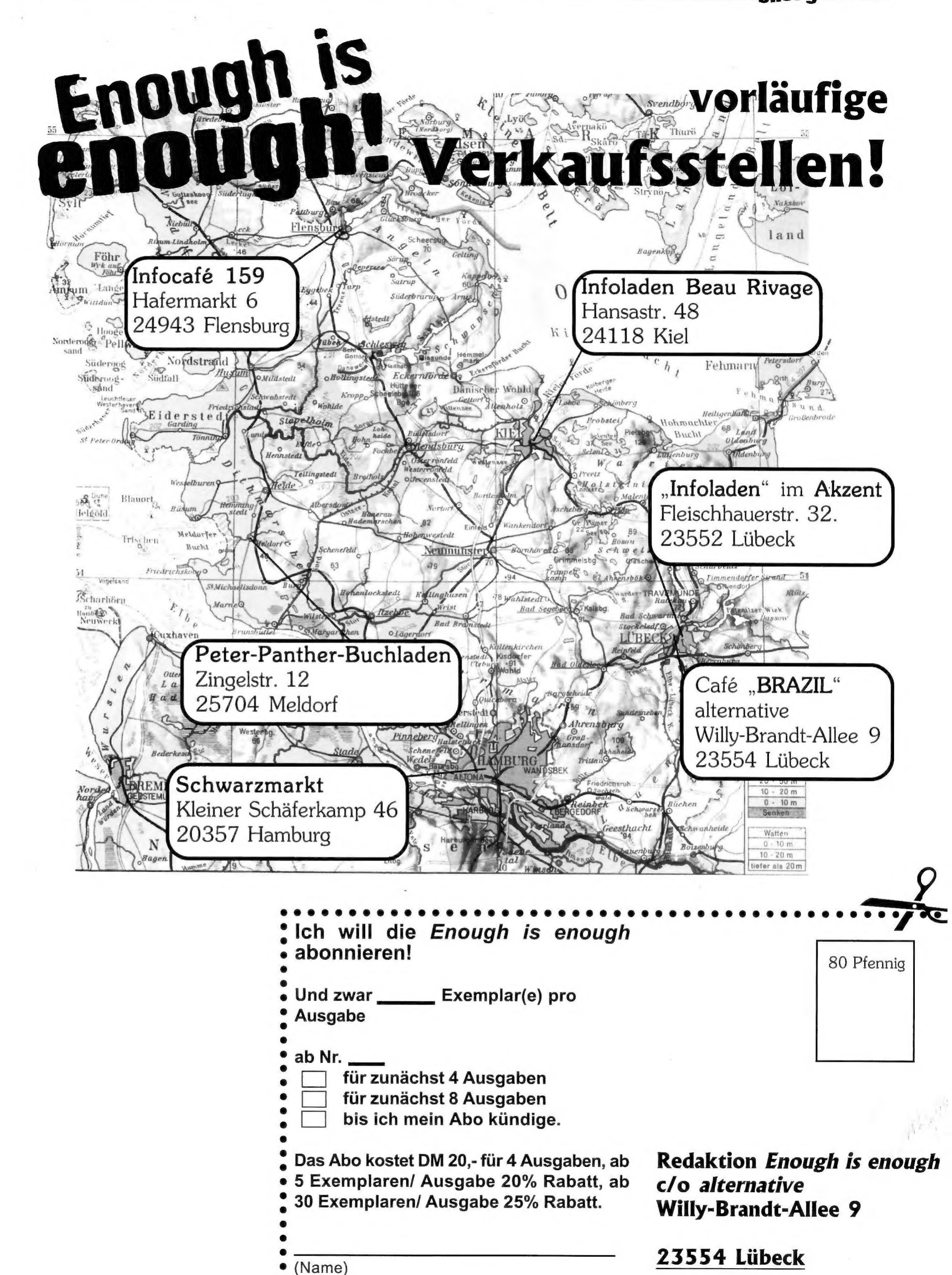
Nr. 23 Sommer 1997

BAHAMAS

Alpträume der Zivilgesellschaft

Anarchie in Albanien, Sozialfaschismusthese, Wehrmacht in der Diskussion, Entschädigung für NS-Opfer, „junge Welt" in Abwicklung, Nationalcharakter und instrumentelle Vernunft, Demokratiepreis für Goldhagen, Dialektik im 20. Jhdt. u.a.m.

Einzelpreis DM 7,50 (Vorauskasse / Briefmarken)
Abonnement DM 22,50 für drei Ausgaben;
BAHAMAS, Postfach 620628, 10796 Berlin
Fax/Fon: 030 / 623 69 44



Ich will die *Enough is enough* abonnieren!

Und zwar _____ Exemplar(e) pro Ausgabe

ab Nr. ____

- ☐ für zunächst 4 Ausgaben
- ☐ für zunächst 8 Ausgaben
- ☐ bis ich mein Abo kündige.

Das Abo kostet DM 20,- für 4 Ausgaben, ab 5 Exemplaren/ Ausgabe 20% Rabatt, ab 30 Exemplaren/ Ausgabe 25% Rabatt.

____
(Name)

____
(Straße)

____
(PLZ, Ort)

80 Pfennig

Redaktion *Enough is enough*
c/o *alternative*
Willy-Brandt-Allee 9

23554 Lübeck

Sa 6/9/'97

Lübeck, Freilichtbühne

10.000 WATT GEGEN NAZIS

FETTES BROT

TOCOTRONIC

THE SCOFFLAWS

RYKER'S

TRIBE AFTER TRIBE

Einlaß: 13:00 Uhr, Beginn: 14:00 Uhr,

Vvk: 23,- DM, u.a. bei: Wo-Anders, Beckergrube, HL